



AIB

2V 20899 E

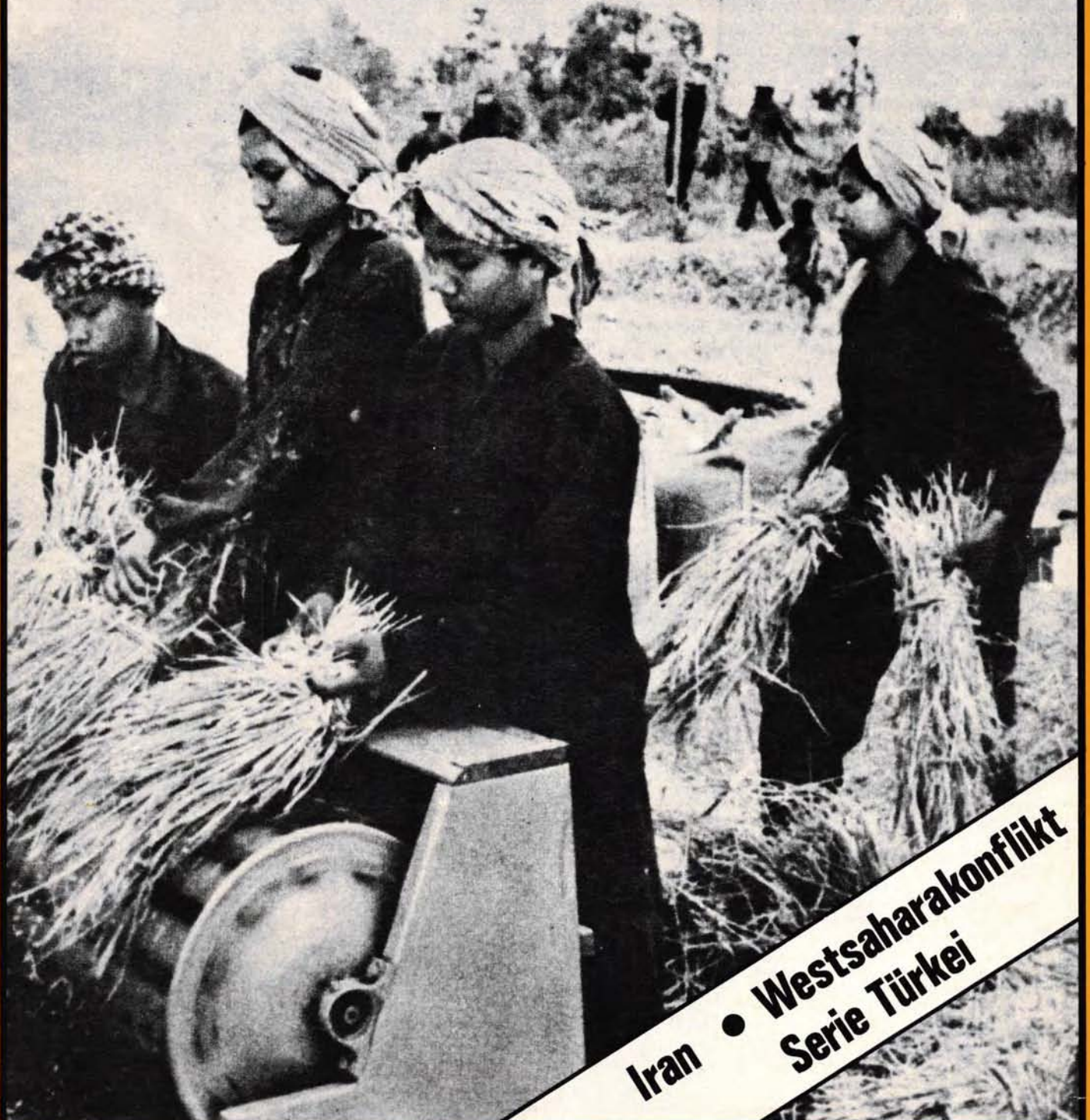
2,- DM

Februar
Nr. 2 / 1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

KAMPUCHEAS ZWEITE BEFREIUNG



Iran • Westsaharakonflikt
Serie Türkei

Inhalt:

AIB-Aktuell: Rettung für den Schah?	S. 3
Kampuchea	
Die Befreier Phnom Penhs	S. 4
Manifest des Revolutionären Volksrates Kampuchea: Proklamation der Volksrepublik Kampuchea	S. 5 — 6
Nationale Einheitsfront Kampuchea für Nationale Rettung: 8-Punkte-Sofortprogramm	S. 6
Deklaration der Nationalen Einheitsfront Kampuchea	S. 7 — 9
BRD-Neokolonialismus	
Wolfram Brönnner: Die BRD — „ehrlicher Makler“ im Nahen und Mittleren Osten?	S. 10 — 13
Wolfgang Ritter: Bonner Nibelungentreue zum Schah	S. 13 — 15
Türkei-Serie	
Kemal Şahin: Von Atatürk zu Ecevit (1. Teil)	S. 16 — 21
Länderdaten Türkei	S. 20
Westsaharakonflikt	
Interview mit Mohammad Abdel-Aziz: Nein zu einem Ministaat	S. 22 — 24
IV. Kongreß der Frente POLISARIO: Politisches Manifest	S. 25 — 26
Lothar Heinrich: Hassans Aderlaß	S. 26 — 28
Sudan	
Interview mit Osman Mohammed Ali: Die Opposition wird rege	S. 29 — 30
Äthiopien	
Mengistu Haile-Mariam: Priorität für die Produktionsschlacht	S. 31 — 32
Brasilien	
Rainer Falk: Geisels „relative Demokratie“	S. 34 — 35
Nikaragua	
Programm der Vereinigten Volksbewegung (MPU)	S. 36 — 37
Gründungsmanifest der MPU	S. 37
Rezensionen: Neokolonialismus in der Krise?	S. 38
Kurzinformationen: Kuba, Namibia, OPEC, Algerien, USA-China	S. 39
Kommentar: Pinochets unperfekte Verbrechen	S. 40



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. (06421) 2 46 72
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wuff
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund
Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Redaktionsschluß: 12. Januar 1978

Es arbeiteten mit: S. Bolhöfer, B. Brinkmann, D. Busch, G. Faust, E. Gröwe, R. Hegewald, M. Hellmann, S. Klein, H. Mayer, B. Pflug, G. Ritter, U. Rupp, E. Weng, K. Wetzel

Anzeigen, Beilagen
— AIB-Katalog 1978
— Das Argument
— Maghreb Information



**Moncada-Rede
Fidel Castros
in vollem Wortlaut**

AIB-Sonderdruck 1/1978

Umfang 16 Seiten, Preis 1,— DM

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

AIB-Aktuell: Rettung für den Schah?

Mit der Installierung der Zivilregierung des Juristen und Schahschwagers M. Schahpour Bakhtiar am 6. Januar 1979 hielt die — übrigens auf Betreiben Washingtons vom Schah eingesetzte — Militärjunta Azhari gerade zwei Monate. Auch ihr blieb es trotz einer „gnadenlosen“ Handhabung des Kriegsrechts versagt, die antidiktatorische Massenbewegung (siehe Iran-Beiträge und Dokumente in AIB 1/1979) niederzuringen. Im Gegenteil.

Der 10./11. Dezember brachte mit nationalen Demonstrationen, an denen sich 10—12 Mio Menschen beteiligten (in Teheran alleine 2 Mio), den absoluten Höhepunkt des seit Herbst 1978 unauflöslich anschwellenden Massenwiderstandes. Die Streikaktionen der Erdölarbeiter, Eisenbahner, Postler, Zöllner, Bankangestellten, Fluglotsen u. a. wirkten zur Jahreswende eine nahezu Lahmlegung des öffentlichen Lebens in Teheran und andernorts. Die Azhari-Junta mußte kapitulieren.

Der Schah erlebte Beistand von den NATO-Mächten und suchte verzweifelt ein Arrangement mit der Nationalen Front bzw. Teilen der islamischen Opposition, die freilich standhaft blieben. Sie beharrten auf der im Aufruf des Komitees zur Vorbereitung des Demonstrationsmarsches am 10./11. Dezember formulierten Kernforderung: „Sturz des Schah und Abschaffung aller mit seiner Machtausübung verbundene Einrichtungen, Sturz des kaiserlich-diktatorischen Regimes und Beendigung aller Merkmale und Einflüsse der kolonialistischen ausländischen Mächte und deren Verwurzelung mit dem Regime und den ausländischen Ausführungsorganen. Übergabe der Macht an das Volk und Verwirklichung der Rechte und Kontinuität der unabhängigen Macht des kämpfenden islamischen Volkes des Iran.“

Bakhtiar — ein großbourgeoiser „Sozialdemokrat“

Muslimführer Khomeini und Karim Sandjabi, Vorsitzender der Nationalen Front, zeigten sich auch im neuen Jahr zu keinem Kompromiß mit dem Schah-Regime bereit. Bakhtiar, bis dahin stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Front, wurde wegen seiner Kollaboration mit dem Schah von der Front ausgeschlossen, seiner sog. „Übergangsregierung“ die Unterstützung versagt. Aufs Neue riefen die Oppositionsführer das iranische Volk zum zivilen Ungehorsam, zum Kampf bis zum endgültigen Sturz des Schah und seiner „Lakaien“-Regierung auf.

Während Bakhtiar ankündigte, er wolle den Iran „sozialdemokratisch“ regieren und erbitte den Streikabbruch, um das Land „retten“ zu können, forderte der Einsatz von Militär am 8. Januar gegen demonstrierende Schahgegner wiederum 35 Todesopfer. Die Fortdauer der Streikämpfe und landesweiten Massenproteste verdeutlichte, daß es dem Kabinett Bakhtiar auch mittels nennenswerter Zugeständnisse (Freilassung politischer Gefangener, Abbau des Kriegsrechts, Wahlversprechen, Durchgreifen gegen Korruptionsfälle, Einengung der Machtbefugnis des Schah) nur schwerlich gelingen dürfte, die Wogen der Massenerhebung zu glätten. Die Radikalisierung dieser Volksbewegung ist zu weit fortgeschritten, ihre Opfer schon zu hoch, als daß sie sich auf halbem Weg abspesen ließe. Auch der mittlerweile selbst von den USA gutgeheißene Vorschlag Bakhtiar, der Schah möge einen vorübergehenden Auslandsaufenthalt antreten, bis die Lage normalisiert sei, verfährt nicht.

Im Kern geht es darum, eine völlige Entmachtung Reza Pahlewi und damit ein Verenden der Monarchie zu vereiteln. Auch unter der Bakhtiar-Regierung sollen nämlich, sieht man von einer eventuellen Opferung des Geheimdienstes SAVAK ab, die Hauptsäulen des verhassten Regimes unangetastet bleiben: Dem Schah soll das Oberkommando der 280 000-Mann-Armee verbleiben, die Pfründe des imperialistischen Auslandskapitals und der parasitären einheimischen Großbourgeoisie sollen verschont, die Militärpräsenz und Militärberater der USA nicht angetastet werden. Bakhtiar's geheucheltes „sozialdemokratisches“ Gebärde kommt heute den großbourgeois Erdöl- und Profitinteressenten sehr gelegen, soll es doch vorab erst einmal den Ansturm der Massen besänftigen. Denn die von ihnen in Zweifel gezogenen Wirtschafts- und Militärinteressen der Westmächte, voran der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD (siehe nachstehende Beiträge) sind beträchtlich.

Längst bevor die Regierungschefs der vier Westmächte Anfang Januar d. J. auf ihrem Gipfeltreffen in Guadalupe über ihre Iranpolitik Heimlichkeiten austauschten, hatten sie dem Schah-Regime tatkräftig



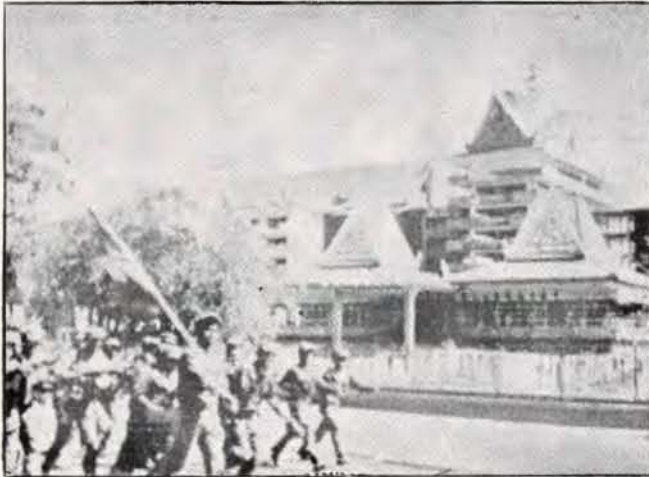
Der Schah bei der Abnahme des Kabinetts Bakhtiar's (r.)

beigestanden. Die Carter-Administration bildete zum Jahresende 1978 einen Krisenstab zum Iran, ordnete die Ausweitung des Teheraner US-Botschaftspersonals (natürlich um erfahrende CIA-Spezialisten) an und machte Ernst mit der Entsendung der VII. US-Flotte vom Pazifik in den Persischen Golf. Das Pentagon betonte ferner, die USA würden ihre Militärlieferungen an das Schah-Regime unvermindert fortsetzen. Die Bundesregierung assistierte der iranischen Diktatur analog mit der ad-hoc-Lieferung von Wasserwerfern und Handschellen. Die zusätzliche Lieferung von Handfeuerwaffen zur Massakrierung tausender Schahgegner erübrigte sich, da — wie der iranische Deserteur Hekmat Yazdan gegenüber dem Stern (4. 1. 1979) bezeugte — die Armee des Schah bereits hinlänglich mit bundesdeutschen G 3-Gewehren ausgestattet ist. Zur Parteinahme der Herrschenden der Bundesrepublik für den Schah gehört auch die gängige Verzerrung der antiimperialistisch-demokratischen Bewegung des Landes zu angeblich fortschrittsfeindlichen Fanatikern. Nach den von ultralinken Kräften während einer Anti-Schah-Demonstration Ende November 1978 in Frankfurt mitprovokierten Zwischenfällen verboten die Behörden Solidaritätsdemonstrationen mit dem iranischen Volk u. a. in Heidelberg und Hamburg. Diesen Angriffen auf das Demonstrationsrecht folgten Ausweisungsanträge gegen hiesige iranische Schahgegner. Die Zeichnung eines Schreckensbildes von den demokratischen Kräften im Iran — durch die Frankfurter Chaotenaktion nur bestätigt — aber soll für die Rechtfertigung eines westlichen Interventionismus und zur Kaschierung einer aalglatten neokolonialistischen Interessenpolitik im Perserreich herhalten.

Aus der skrupellosen Verfolgung imperialistischer Öl- und Militärinteressen erklärt sich die ausgesprochene Nibelungentreue der Washingtoner und Bonner Spitzenpolitiker zum Schah, dessen — nach Präsident Carters Sichtweise — „fortschrittliche Regierung“ für die ganze Welt großen Wert habe. Der ehemalige Teheraner US-Botschafter und CIA-Chef Helms schloß den abgestimmten Einsatz militärischer Mittel seitens der NATO-Mächte, die Interesse am mittelöstlichen Öl und an der Vereitelung der „Kontrolle von Kommunisten“ über den Persischen Golf hätten, nicht aus. Zu diesen Mächten rechnete er die USA, die BRD, Frankreich, Großbritannien und Israel. Sympathisanten eines massiveren militärischen Interventionismus der NATO-Staaten im Iran, einem Vorposten gegen das sozialistische Lager, finden sich in großbürgerlichen Kreisen auch hierzulande zur Genüge. Ein gewisser Vocke rügt gar in der Frankfurter Allgemeinen vom 30. 12. 1978 unter der Schlagzeile „Für den Schah eintreten“ die USA, weil sie den Aufmarsch von Kriegsschiffen im Persischen Golf ankündigten, anstatt klammheimlich im Iran aufzumarschieren. Fürwahr ein „Armutzeugnis“, denn — so der umsichtige Vocke — weiter: „Wenn sich jetzt westliche Regierungen scheuen, für den Schah einzutreten, dann schwächen sie zugleich die Monarchien in Saudi-Arabien, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Kuwait.“ In der aktuellen Krise hätten die Westmächte die „Pflicht, gemeinsam ihre mittelöstlichen Freunde zu unterstützen“, und nachgerade Schah Reza Pahlewi, „immer noch Kaiser von Iran.“

Den imperialistischen Befürwortern des Kabinetts Bakhtiar geht es gegenwärtig nach wie vor darum, mit der Überbrückungshilfe des Schahschwagers die Haut des Schah-Regimes und mit ihm die eigenen neokolonialistischen Pfründe zu retten. Eine Rettungsaktion ohne Zukunft.

Die Befreier Phnom Penh



Einzug der revolutionären Streitkräfte in Phnom Penh

Am 7. Januar 1979 gelang den revolutionären Streitkräften Kampucheas mit Unterstützung der aufständischen Bevölkerung nach der Befreiung einer Reihe von Provinzen auch die der Hauptstadt des Landes, Phnom Penh. Der kampucheanischen Nachrichtenagentur Stimme des Kampucheanischen Volkes (SKP) zufolge, ist das Regime Pol Pot/Ieng Sary gestürzt. Die siegreiche Nationale Einheitsfront Kampucheas zur Nationalen Rettung, die inzwischen einen Revolutionären Volksrat unter Heng Samrin als neue Regierung nominierte und die Volksrepublik Kampuchea proklamierte, wandte sich an das Volk mit dem Aufruf, unter Führung der Einheitsfront der Pol Pot/Ieng Sary-Clique weitere Schläge zu versetzen, bis zu deren völliger Zerschlagung.

„Unser Volk wird unbedingt ein friedliches, demokratisches, unabhängiges und nichtpaktgebundenes Kampuchea aufbauen, das den Weg zum Sozialismus gehen wird“, betont sie in ihrem Aufruf des 8. Januar. Die Bevölkerung wird aufgefordert, die revolutionären Streitkräfte allseitig zu unterstützen sowie aktiv an der Normalisierung des Lebens und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mitzuwirken, um das Land „von der verhassten blutigen Clique und deren hegemonistischen ausländischen Schutzpatronen“ zu befreien. Davon sind vorab die auf ca. 15 000 bezifferten chinesischen Militärberater des Pol Pot-Regimes betroffen.

In den befreiten Gebieten des Landes wurde das Politische Minimal-Programm der Einheitsfront bzw. 8-Punkte-Programm veröffentlicht, das als eine Aufgabe die Beseitigung der Diskriminierung der Bevölkerung nennt. Das Programm verkündet gleiche Rechte für alle Bürger auf politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet. Die Einwohner können jetzt in ihre Heimatorte zurückkehren bzw. einen beliebigen Wohnort wählen. Das Programm sieht die Abschaffung des vom gestürzten Regime aufgebauten Zwangsapparates und die Bildung von Volksausschüssen als örtliche Machtorgane vor.

Am 9. Januar hielten die Streitkräfte der Nationalen Einheitsfront bereits weit über die Hälfte des Landes unter Kontrolle. Die Pol Pot-Getreuen hingegen fanden mit ihren Appellen zum „Volkskrieg“ kaum Resonanz. Das nimmt nicht Wunder, denn mit ihrem Unterdrückungssystem haben sie sich selbst in eine Isolation manöviert, die erst die Schnelligkeit des Vormarsches der Nationalen Einheitsfront erklärlich macht. Vergeblich versuchte das Pol Pot-Regime, gestützt auf massi-

ven chinesischen Militär- und Wirtschaftsbeistand, in den letzten Wochen das allorts sichtbare Aufflammen von Widerstandsaktionen in eine „Aggression Vietnams“ umzufälschen. Auch seine ständigen Beteuerungen — so z. B. noch am 28. 12. 1978 über Rundfunk Phnom Penh — die in neun ostkambodschanischen Provinzen „Einmarschierten“ hätten „schmachvolle Niederlagen“ erlitten, zeitigten keine Wirkung mehr bei einem Volk, dem nichts an Illusionen und Bürgerrechten mehr geblieben war (siehe Einschätzung von G. Ritter in AIB 11—12/1978) — jene Rechte, die sie sich im Verein mit den revolutionären Streitkräften der Nationalen Einheitsfront Kampucheas und mithilfe der internationalistischen Solidarität Vietnams erkämpften.

Auch die aktuellen Interventionsdrohungen der VR China und der USA werden eben deshalb kein Roll Back gegen die kampucheanischen Befreier Phnom Penh erzwingen können. Dies zumal diese mit der Unterstützung eines gedemütigten Volkes rechnen können, über ein revolutionäres Programm frei von Sektierertum verfügen und sich im Dezember 1978 an der Spitze der Nationalen Einheitsfront Kampucheas zur Nationalen Rettung kampferfahrene und repräsentative Führungskräfte zusammenfanden.

Wer ist die Nationale Einheitsfront Kampucheas?

Flugblattaktionen, die Installierung eines Befreiungssenders, spektakuläre militärische Erfolge wie die Einnahme einer großen Militärbasis am 3. 11. 1978 in der Provinz Kompong Cham, die ständige Ausweitung der befreiten Gebiete zunächst im Osten sowie das Überlaufen ganzer Truppenteile wie einer großen Anzahl von Funktionären aus Partei und Verwaltung waren Vorboten des raschen Falls von Phnom Penh.

Anfang Dezember 1978 fand in einer befreiten Zone Kampucheas nahe der Gummipflanzstadt Snoul der 1. Kongreß der Nationalen Einheitsfront statt.

Die historische Bedeutung der Organisation aller Gegner des Pol Pot/Ieng Sary-Regimes in einer Nationalen Front ist rückblickend kaum noch zu leugnen. Bis dahin waren die Aufstände und Erhebungen des kampucheanischen Volkes gegen seine Peiniger relativ spontan und unkoordiniert geblieben. Mit der Gründungsversammlung der Nationalen Einheitsfront Kampucheas zur Nationalen Rettung, an der mehr als 200 Delegierte teilnahmen, veränderte sich dieser Zustand von Grund auf. Es wurden alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um „alle patriotischen Kräfte, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Einstellung“ im Kampf gegen das Pol Pot-Regime zu vereinen.

An der Spitze der Front steht ein 14-köpfiges Zentralkomitee, dessen Vorsitzender Heng Samrin ein führender Funktionär des KP Kampucheas war. Sein Stellvertreter Chea Sim war ebenfalls Sekretär des Parteikomitees der 20. Region und Mitglied des Volkskongresses Kampucheas. Auch hohe Offiziere der kampucheanischen Armee, wie Som Rom, sind in der Leitung der Front vertreten. Auf der konstituierenden Versammlung der Front wurde eine hier in vollem Wortlaut dokumentierte Erklärung verabschiedet, die umfassende Vorschläge für ein friedliches, unabhängiges, demokratisches und nichtpaktgebundenes Kampuchea beinhaltet.

Der Sturz des Pol Pot-Regimes bewirkt so zugleich eine unverzügliche Beendigung des kampucheanischen Grenzkrieges gegen Vietnam. Ein Sieg der Revolution und des Friedens in Indochina!

Manifest des Revolutionären Volksrates Kampucheas

Proklamation der Volksrepublik Kampuchea

Die stürmischen Erhebungen, die vom kampucheanischen Volk ausgelöst wurden, um das Land und sich selbst zu retten, sind von einem totalen Sieg gekrönt. Am 7. Januar 1979 wurde die Hauptstadt Phnom Penh völlig befreit. Der von militärischer Diktatur und Vetternwirtschaft geprägte Verwaltungsapparat der Clique Pol Pot/Ieng Sary ist überall im Lande gänzlich zusammengebrochen. Am Rande des Abgrunds und in der Gefahr der Vernichtung hat sich das ganze kampucheanische Volk zum Kampf erhoben. Jetzt ist Kampuchea wahrhaft unabhängig und frei. Das kampucheanische Volk ist nun wirklich Herr über das Land und sein eigenes Geschick.

Eine Erhebung des ganzen kampucheanischen Volkes ...

Nach dem großen Sieg im Kampf gegen die amerikanische Aggression zur nationalen Rettung hätte sich unser Land der Unabhängigkeit und Freiheit, unser Volk des Friedens erfreuen können, um Wohlstand und Glück für das Vaterland zu schaffen. Doch die Clique Pol Pot/Ieng Sary hat die Interessen der Nation verraten, sich der Errungenschaften der Revolution bemächtigt und ein diktatorisches Regime errichtet. Mit einer in der Geschichte beispiellosen Grausamkeit hat sie Kampuchea in eine von Blut und Tränen bedeckte Hölle auf Erden, in eine Gefahr für Frieden und Stabilität in Südostasien, in ein Instrument im Dienste der expansionistischen Pläne der reaktionären Kräfte im Ausland verwandelt.

Sie hat das Familienleben, die Existenz der Dörfer und die Struktur der Gesellschaft zunichte gemacht, die Bevölkerung aller Freiheiten, aller demokratischen Rechte, aller Produktionsmittel und Mittel für den Lebensunterhalt beraubt und unsere Landsleute wie im Mittelalter in Zwangsarbeitslagern zusammengepfercht. Unzählige unserer Kader, Kämpfer und Landsleute wurden dahingemordet oder starben in diesem Sklavenleben neuen Typs an Auszehrung.

Eine so grausame Regierung kann einfach keinen Bestand haben.

Erfüllt von Haß angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen derer, die die Nation verhöhern, und der Volksverräter hat sich unser ganzes Volk unter dem Banner der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung zum Kampf erhoben, diese Regierung gestürzt und einen ruhmreichen Sieg errungen. Es ist der Sieg eines heldenhaften Volkes, dessen Unbeugsamkeit Tradition hat, eines Volkes, das den Sachwalter des Imperialismus besiegt, Unabhängigkeit und Freiheit zurückgewonnen und entschlossen gegeneinander in Henkern gekämpft hat, vor dem die gesamte Menschheit Abscheu empfindet.

Es ist der Sieg des heiligen Rechtes aller Völker auf Selbstbestimmung, eines Rechtes, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist und eines der grundlegenden Prinzipien der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder darstellt.

Dieser große Sieg hat eine neue Ära in der Geschichte Kampucheas — die Ära wirklicher Unabhängigkeit und wahrer Freiheit — eröffnet, in der das Land von keinem anderen Staat abhängig ist.

Er hat einem ungerechten Krieg ein Ende gesetzt, der auf ausländisches Betreiben hin und mit ausländischer Unterstützung



Heng Samrin (l.), Vorsitzender des Revolutionären Volksrates und der Nationalen Einheitsfront; Chea Sim (r.), sein Stellvertreter

von der Clique Pol Pot/Ieng Sary ausgelöst wurde, einem Krieg, der den nationalen Interessen zuwiderlief und die traditionelle Freundschaft zwischen den Völkern Kampucheas und Vietnams untergrub.

Dieser Sieg eröffnet große Perspektiven für den Frieden, die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen Kampuchea und den Nachbarländern und ist ein Beitrag zu Frieden, Stabilität und Wohlstand in Südostasien.

Wir, der Revolutionäre Volksrat Kampucheas, erklären feierlich im Namen des gesamten kampucheanischen Volkes:

Das diktatorische und faschistische Regime des Völkermords der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary gänzlich abzuschaffen und das Regime der Volksrepublik Kampuchea zu errichten.

Der Revolutionäre Volksrat der Volksrepublik Kampuchea ist entschlossen, das ganze Volk dazu zu führen, das 11-Punkte-Programm der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung vom 2. Dezember 1978 zu verwirklichen und mit Erfolg ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus schreitendes Kampuchea aufzubauen.

... und das Ende eines ungerechten Krieges

Die Volksrepublik Kampuchea verwirklicht im Interesse des Volkes die demokratischen Freiheiten, die Freiheit des Glaubens, das Recht auf Arbeit, Erholung und Bildung, sie respektiert die Würde und das Privatleben aller Bürger, realisiert die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der kampucheanischen Gesellschaft.

Die Volksrepublik Kampuchea betreibt eine Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und der Nichtpaktgebundenheit mit dem Ziel, zu Frieden, Stabilität und Prosperität in Südostasien sowie zur Sache des Friedens und des Fortschritts in der Welt beizutragen.

Der Revolutionäre Volksrat der Volksrepublik Kampuchea bekräftigt feierlich sein Recht, als einziger rechtmäßiger und gesetzlicher Repräsentant in den internationalen Beziehungen, bei den Vereinten Nationen, der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder und in den anderen internationalen Organisatio-

nen, denen Kampuchea angehört, aufzutreten, und weist die Aktivität jeglicher anderen Kräfte zurück, die im Namen Kampuchea agieren.

Er erklärt, daß er alle zwischen Kampuchea und anderen Ländern bestehenden diplomatischen Beziehungen aufrechterhält und bereit ist, diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Interessen aufzunehmen.

Das kampucheanische Volk hat Unabhängigkeit und Freiheit wiedererlangt, wofür es so viele der besten Söhne der Nation geopfert hat, und ist heute der wahre Herr des Landes. Das ganze kampucheanische Volk ist entschlossen, seine revolutionären

Errungenschaften um jeden Preis zu verteidigen und sich für den Wiederaufbau des von der Clique Pol Pot/Ieng Sary verwüsteten Landes einzusetzen.

Der Revolutionäre Volksrat Kampuchea ist fest davon überzeugt, daß die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker und Regierungen in der Welt, die den bisherigen Kampf des kampucheanischen Volkes gegen die amerikanische Aggression zur nationalen Rettung unterstützt und das Völkermord-Regime der Clique Pol Pot/Ieng Sary verurteilt hatten, auch weiterhin den gerechten, siegreichen Kampf unterstützen werden, den das kampucheanische Volk mit dem Ziel führt, ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus schreitendes Kampuchea aufzubauen.

(Quelle: SPK, Phnom Penh, 11. 1. 1979)

Nationale Einheitsfront Kampuchea für Nationale Rettung

8-Punkte-Sofortprogramm

1. Völlige Abschaffung der von der reaktionären Clique Pol Pot/Ieng Sary verfügter Einteilung der Bevölkerung in drei „Kategorien“ und Verbot jedweder Diskriminierung der Bevölkerung.

Alle im befreiten Gebiet lebenden Bürger Kampuchea aller sozialen Schichten und jeder ethnischen Herkunft unabhängig von ihrem Geburtsort, von ihrer Tätigkeit unter irgendeinem ehemaligen Regime . . . sind gleich, haben die gleichen Rechte und Pflichten auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Sie vereinen sich und unterstützen sich gegenseitig. Die Bürger sollten entsprechend ihrem Alter aktiv an der Produktion teilnehmen und den bewaffneten revolutionären Organen angehören, der Revolution Augen und Ohr leihen und aktiv in den revolutionären Massenorganisationen mitarbeiten. Die Einwohner sind berechtigt, zu ihren Familien und an ihre Geburtsorte zurückzukehren sowie ihren Aufenthaltsort frei zu wählen. Ehemaligen Stadtbewohnern, die den Wunsch haben, in städtische Gebiete zu ziehen, wird dies erlaubt. (. . .)

2. Abschaffung aller einstigen administrativen Organe, aller Formen des Zwanges und der Geheimpolizei, Aufbau von Machtoorganen der Selbstverwaltung unter dem Namen Selbstverwaltungs-Volkskomitees. Das jeweilige Komitee, das von der Bevölkerung gewählt wird, umfaßt Opfer der von der Clique Pol Pot/Ieng Sary begangenen Verbrechen, Personen mit Verdiensten an der Revolution und alle, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Seine Aufgabe ist es, alle Angelegenheiten der Ortschaft zu leiten, die Bevölkerung zu ermutigen und zu organisieren, damit sie das 8-Punkte-Programm richtig anwendet, sowie die Produktion aufrechtzuhalten und zu fördern. Es wird beauftragt, eine Miliz und Selbstverteidigungseinheiten aufzustellen, Ordnung, Sicherheit und Verteidigung der Dörfer zu gewährleisten, das Eindringen von Feinden in die revolutionären Organisationen zu verhindern, konterrevolutionäre Propaganda des Feindes, das Säen von Zwietracht unter der Bevölkerung und in den revolutionären Streitkräften zu verhindern, sich großzügig um das materielle und kulturelle Leben, die Gesundheit sowie ein höheres Bildungsniveau der Bevölkerung zu sorgen. (. . .)

3. Auf ökonomischem Gebiet ist mit allen Mitteln zu sichern, daß die Bevölkerung Nahrung, Kleidung und Obdach erhält. Unverzüglich sind Gruppen der landwirtschaftlichen Produktion zu bilden sowie die Bearbeitung und die Pflege des Bodens, das Pflanzen und die Ernte zu organisieren, damit für jedermann und für jede Familie das Lebensnotwendige gesichert wird. Es ist verboten, sich Ländereien und Gärten anzueignen.

Die Früchte der Ernte sind entsprechend der geleisteten Arbeit zu verteilen. Alten Menschen, Gebrechlichen, Kranken und Waisen ohne Unterstützung muß geholfen werden.

Die Strukturen und die Arbeit der Fabriken, Güter und Forstbetriebe sind aufrechtzuerhalten. Die Belegschaften benennen ein Komitee zur Leitung der Angelegenheiten und zur Überwachung der Produktion der Fabriken, Güter und Forstbetriebe.

4. Kriegsbeschädigte und Familien, deren Eltern und Verwandte als Kämpfer gefallen sind oder Verdienste an der Revolution haben oder deren Eltern und Verwandte den Streitkräften der Nationalen Einheitsfront Kampuchea für Nationale Rettung angehören, genießen besondere Aufmerksamkeit der Front. (. . .)

Kinder von Personen, die als Kämpfer gefallen sind und Familien mit Verdiensten an der Revolution genießen besondere Fürsorge bei Erziehung und Bildung. Familien und Verwandte jener, die von der Clique Pol Pot/Ieng Sary gemordet wurden, erhalten Hilfe.

5. Die Grundschulen für Kinder von 7—10 Jahren werden wiederhergestellt. Das Analphabetentum muß schrittweise beseitigt werden.

Der Aufbau von Krippen und Kindergärten in Gruppen der gegenseitigen Produktionshilfe entspricht den konkreten Bedürfnissen der Bevölkerung. Schwangere erhalten einen Urlaub von einem Monat vor bis zu einem Monat nach der Entbindung bei vollem Lohn. Es ist ein System von sanitären Einrichtungen in den Ortschaften zu schaffen und dabei maximal die traditionelle Medizin anzuwenden. (. . .)

Das historische Erbe, vor allem die Kulturdenkmäler, sind zu bewahren und die Sitten und Bräuche aller Nationalitäten, besonders der Minderheiten, zu achten.

6. Der Glaube der Bevölkerung ist zu respektieren. Die Pagoden müssen entsprechend dem Bedarf der Bevölkerung und in Übereinstimmung mit den konkreten Bedingungen der Ortschaft repariert und unterhalten werden, um den Einwohnern zu ermöglichen, ihrem Glauben nachzugehen.

7. Jene, die einst von der Administration und der Armee des Feindes beeinflußt waren, nunmehr . . . zu ihren Familien oder in ihren Geburtsort zurückkehren, werden herzlich aufgenommen . . . Jenen, die in die revolutionären Streitkräfte eintreten wollen, wird das erlaubt. Diejenigen, die zu ihren Familien zurückkehren möchten, erhalten die Erlaubnis und Hilfe . . . Gefangene und Soldaten, die ihre Waffen niedergelegt und sich der Revolution ergeben haben, werden als Kinder des Volkes betrachtet, die sich irrten und gezwungen waren, für den Feind zu arbeiten. (. . .)

Was jene angeht, die sich weigern, ihre Fehler einzusehen oder die hartnäckig an ihrer reaktionären Konzeption festhalten, so ist für sie ein vollständiger Umerziehungslehrgang erforderlich.

Alle Arten von Gewaltanwendung gegenüber Kriegsgefangenen und Personen, die die Waffen gestreckt haben, wie Qual und körperliche Züchtigung, sind strengstens verboten.

8. Ausländische Zivil- und Militärpersonen, die für das Regime Pol Pot/Ieng Sary in irgendeiner Form arbeiteten und die zu den revolutionären Kräften übergehen, werden willkommen geheißen und gut behandelt . . . Jene, die sich der Revolution widersetzen, werden streng bestraft. Die Selbstverwaltungs-Volkskomitees erhalten den Auftrag, für ihre Sicherheit zu sorgen. (. . .)

(Quelle: ADN, Berlin, 11. 1. 1979)

Deklaration der Nationalen Einheitsfront Kampuchejas



Dezember 1978: Widerstandskämpfer der Nationalen Einheitsfront Kampuchejas auf dem Vormarsch

Liebe, verehrte Mitbürger,
liebe Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer,
liebe im Ausland lebende Mitbürger!

Viele Mitbürger, Funktionäre und Soldaten sind in der langen Periode, während der Kampuchea unter dem Joch des Kolonialismus, Imperialismus und Feudalismus schmachtete, der ruhmreichen Tradition unserer Vorfahren gefolgt. Sie haben trotz zahlreicher Schwierigkeiten und Opfer, ohne Unterlaß und äußerst heldenmütig gegen den französischen und den amerikanischen Imperialismus gekämpft, mit dem Ziel, Unabhängigkeit und Freiheit für das Vaterland wiederzugewinnen und unserer herrlichen Heimat Angkor Ehre zu machen. Besonders während des Widerstandskampfes gegen den amerikanischen Imperialismus und für die nationale Rettung hat unser Volk, das sowohl auf seine eigenen Kräfte zählte als auch von der Sympathie und Hilfe der sozialistischen Länder und der Frieden und Gerechtigkeit liebenden Menschen der ganzen Welt unterschützt wurde, ruhmreiche Siege errungen. Mit dem großen Sieg vom 17. April 1975 wurde unser gesamtes Land befreit, und für das Volk Kampuchejas wurde eine neue Ära, die Ära der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Sozialismus, eröffnet. Nachdem unser Land die völlige Unabhängigkeit zurückgewonnen hatte, hätte sich unser Volk über den Frieden freuen, alle seine Energie und Kraft in den Dienst des nationalen Wiederaufbaus stellen und mit den sozialistischen Ländern und allen den Frieden, die Unabhängigkeit und die Freiheit liebenden Staaten Südostasiens und der ganzen Welt Beziehungen der Freundschaft und Solidarität unterhalten können.

Stattdessen ist während der letzten drei Jahre eine völlig entgegengesetzte Situation entstanden. In Kampuchea wurde ein diktatorisches, militaristisches, faschistisches und in seiner Grausamkeit beispielloses Regime errichtet. Die reaktionäre Clique Pol Pot / Ieng Sary hat die gesamte Macht an sich gerissen. Sie unternahm alles, um das Land zu verrotten und dem Volk zu schaden. Sie brachte unendliches Leid und Elend über die Mitbürger und drohte, unser Volk auszurotten. Und die chinesischen Behörden haben diese Verräter und Tyrannen bis zum letzten ermuntert und unterstützt.

Das Zerstörungswerk des Pot/Sary-Regimes . . .

Nur wenige Tage nach der Befreiung haben sie unter dem Etikett „radikale soziale Revolution auf allen Gebieten“ und „Reinheit der Gesellschaft“ die Städte ausgelöscht und Millionen Einwohner der Städte und Ortschaften gezwungen, ihre Häuser sowie ihr Hab und Gut zu verlassen und auf das Land zu gehen. Dort lebten sie in Armut und unter einem Zwangsarbeitsregime. Sie waren dem langsamen Untergang geweiht. Die Verräter durchschnitten alle heiligen emotionalen Bindungen der Menschen zu ihren Eltern, Ehefrauen und Ehemännern, Brüdern und Schwestern und selbst zu den Nachbarn. In der Tat löschten sie die Dörfer und Landstriche aus, in denen unser Volk seit Jahrtausenden lebte und mit denen seine Gefühle verwoben sind. Sie proklamierten die „Zwangskollektivierung“, die „Abschaffung des

Geldes und des Marktes“ und zwangen die Menschen, gemeinschaftlich zu essen und zu schlafen. In Wirklichkeit aber sperrten sie unsere Mitbürger in getarnte Konzentrationslager, beschlagnahmten alle Produktionsmittel und Konsumgüter, verpflichteten unser Volk zu endloser Arbeit, während sie ihm nur ein Minimum an Nahrung und Kleidung zur Verfügung stellten. Sie zwangen alle Schichten der Bevölkerung, in Armut zu leben, und stießen sie in die Sklaverei zurück. Sie teilten die Menschen in verschiedene Kategorien ein, um sie sich leichter unterwerfen zu können und um sie sich gegenseitig umbringen zu lassen.

Die Verbrechen der Clique Pol Pot / Ieng Sary können bestimmt nicht mehr gezählt werden! Überall wurde unser Volk Zeuge grausamster Schändereien — noch barbarischer als im Mittelalter oder unter den Hitlerfaschisten. Die Verräter erklärten selbst, sie würden nicht zögern, Millionen unserer Mitbürger zu opfern, um den Sozialismus nach ihrer Manier aufzubauen. In mehreren Gegenden haben sie ganze Dörfer, ganze Weiler ausgerottet. Sie machten nicht einmal vor Embryos im Mutterleib halt. Mehr noch. Sie hatten die Absicht, die mehr als 1,7 Mio Einwohner der Ostregion zu ermorden. Angesichts dieser Situation haben sich Hunderttausende gegen sie erhoben. Zehntausende, deren Leben bedroht war, sahen sich gezwungen, das Vaterland zu verlassen und ins Ausland zu flüchten. Jene, die blieben, leben in ständiger Furcht — wie Fische im Netz — und wissen nicht, wann die Reihe an ihnen ist, ermordet zu werden.

... hat nichts mit Sozialismus zu tun

Die Clique Pol Pot / Ieng Sary hat die Führung der Partei an sich gerissen und vergessen, was das revolutionäre Volk für sie getan hat, um sie zu ernähren und zu schützen. Seit dem Augenblick, da sie die höchste Macht in ihren Händen hielten, zahlten sie mit Quälereien und Schändereien. Sie verrieten ihre Mitbürger und ihre Genossen. Viele Funktionäre und Mitglieder der Partei, wahrhaftige Revolutionäre und Patrioten sowie Funktionäre und Soldaten der Streitkräfte, die zur Befreiung beigetragen und ihre absolute Treue zum Vaterland bewiesen hatten, wurden auf allen Ebenen und in allen Gegenden nur aus dem einzigen Grunde ermordet, weil sie die reaktionäre, barbarische Politik nicht unterstützten.

Alle Traditionen, die guten Sitten und Gebräuche unseres Volkes, wurden mit Füßen getreten, und unsere nationale Kultur wurde zerstört. Die Glaubensfreiheit wurde verboten, kollektive Zwangseheschließungen wurden organisiert, Familien getrennt, Sitten und Gebräuche entehrt. Die Verräter zerstörten Pagoden und Tempel des Buddhismus, der langjährigen Staatsreligion Kampuchas, und nötigten die Bonzen, zum weltlichen Leben zurückzukehren. Sie verboten den Hinduismus in unserem Lande und rotteten die Nationalität der Champa aus.

Sie liquidierten nahezu alle Schuleinrichtungen, angefangen von der Grundschule bis zur Hochschule. Alle Kinder von 13 und 14 Jahren wurden gezwungen, das Lernen aufzugeben und der Armee beizutreten, um den Interessen der Verräter zu dienen.

Das Regime der Clique Pol Pot / Ieng Sary ist eine Sklavenhalterordnung neuen Typs und hat mit dem Sozialismus nicht das Geringste zu tun!

Um ihre unerhöhten Verbrechen an unserem Volk zu verschleiern und ihr diktatorisches, militaristisches und barbarisches Regime aufzubauen, das bereit ist, jeden zu töten, der sich ihm nicht unterordnet, und um gleichzeitig den strategischen expansionistischen Großmachtzielen der chinesischen Behörden zu dienen, haben sie den Grenzkonflikt mit Vietnam provoziert und damit einen Freund in einen Feind verwandelt. Unsere revolutionären Streitkräfte machten sie zu Söldnern der chinesischen Machthaber, zu einem Unterdrückungsinstrument gegen die Widerstandsbewegung des Volkes.

Verehrte Mitbürger,
liebe Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer,
liebe kampucheanische Brüder und Schwestern im Ausland!

Die Verräter und Tyrannen Pol Pot und Ieng Sary haben Kampuchea in Blut und Tränen gestürzt. Voller Haß gegen diese barbarischen Akte und diese Politik des Verrates am Vaterland und am Volk haben sich die wahrhaft revolutionären und patriotischen Kräfte gemeinsam mit der Bevölkerung des ganzen Landes zum energischen Kampf gegen diese Verräter erhoben, um unser Land und unser Volk vor der Sklaverei und der Gefahr der Ausrottung zu bewahren. Die Nationale Einheitsfront Kampuchas für Nationale Rettung, die soeben gegründet wurde, erklärt feierlich:

Die im Geiste wirklicher Unabhängigkeit des Volkes von Kampuchea gegründete Nationale Einheitsfront Kampuchas für Nationale Rettung vereint alle Nationalitäten im Lande, alle patriotischen Kräfte, un-

geachtet der politischen und religiösen Richtungen, darunter Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, Intellektuelle, Bonzen, Patrioten, die sich noch in den Reihen der gegenwärtig an der Macht befindlichen Clique befinden, sowie Mitbürger, die gegenwärtig im Ausland leben, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts, um einmütig die unmittelbare revolutionäre Aufgabe des kampucheanischen Volkes zu verwirklichen. Diese besteht darin, das gesamte Volk zu vereinen und sich zum Sturz der reaktionären und despotischen Clique Pol Pot / Ieng Sary, der Bande von militaristischen Diktatoren im Dienste ausländischer reaktionärer Kräfte, zu erheben, ihr barbarisches, blutiges Regime zu liquidieren, eine volksdemokratische Ordnung einzuführen, die Traditionen von Angkor zu entwickeln, aus Kampuchea ein wahrhaft friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus voranschreitendes Land zu machen und damit aktiv zum gemeinsamen Kampf für Frieden und Stabilität im südostasiatischen Raum beizutragen.

Eine volksdemokratische Ordnung errichten

Um die erwähnte historische Mission gut zu erfüllen, schlägt die Nationale Einheitsfront Kampuchas für Nationale Rettung vor:

1. Verwirklichung einer Politik breiter nationaler Einheit, Sturz des diktatorischen, militaristischen und despotischen Regimes der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary; Auflösung des von Pol Pot / Ieng Sary geschaffenen Rates der Volksvertreter; Durchführung allgemeiner Wahlen zu einer Nationalversammlung; Reorganisation der demokratischen Volksmacht auf allen Ebenen; Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die das Recht des Volkes auf wirkliche Gleichheit, Freiheit und Demokratie garantiert; Schaffung der Gesetzgebung eines unabhängigen, demokratischen, zum Sozialismus voranschreitenden Staates.

2. Aufbau von revolutionären Massenorganisationen Kampuchas, die der Nationalen Einheitsfront Kampuchas für Nationale Rettung angeschlossen sind, mit dem Ziel, die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu erfassen und ihnen zu helfen, die antinationale und volksfeindliche Natur der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary zu erkennen, damit sie alle von dieser Clique geschaffenen Organisationen und Gruppen aufgeben und dem Jugendverband für Nationale Rettung, dem Frauenbund für Nationale Rettung, der Gewerkschaft für Nationale Rettung, dem Bauernverband für Nationale Rettung und dem Intellektuellenverband für Nationale Rettung beitreten, um die reaktionäre, despotische Clique Pol Pot / Ieng Sary zu stürzen und allen Bevölkerungsschichten das Recht zu garantieren, wahre Herren des Landes zu sein.

3. Aufbau und Entwicklung der revolutionären Armee Kampuchas, die gemeinsam mit der Bevölkerung die Aufgabe hat, die reaktionäre Administration Pol Pot / Ieng Sary zu zerschlagen, die revolutionäre Macht, das Leben und das Hab und Gut der Bevölkerung zu verteidigen, das Vaterland wirksam zu schützen und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampuchas entschlossen zu bewahren.

4. Verwirklichung der Rechte auf wahre Freiheit und Demokratie und Respektierung der Würde des Volkes. Alle Kampucheaner haben das Recht, in ihre Geburtsorte zurückzukehren und ihr Familienleben in Glück wiederaufzubauen. Alle Kampucheaner haben das Recht, sich frei im Lande niederzulassen und zu bewegen, haben das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit und Freiheit des Glaubens, das Recht auf Arbeit, Erholung und Bildung, die Garantie der persönlichen Freiheit. Alle nationalen Gruppen sind frei und gleich und haben die gleichen Pflichten und Rechte.

5. Verwirklichung einer unabhängigen und souveränen Wirtschaftspolitik, um zum wahren Sozialismus voranzuschreiten. Wiederaufbau des vom Krieg verwüsteten Landes. Wiederaufbau der von der Clique Pol Pot / Ieng Sary untergrabenen nationalen Wirtschaft. Die neue Wirtschaft dient auf der Grundlage der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie den Interessen des Volkes. Sie ist eine Planwirtschaft, die über Märkte verfügt und den Bedürfnissen des Fortschritts und der Gesellschaft entspricht.

Annullierung der Verpflichtung für die Menschen, nach dem System „Gemeinsam arbeiten und essen“ zu leben. Abschaffung der von der Clique Pol Pot / Ieng Sary betriebenen Politik, den Reis sowie das Hab und Gut der Bevölkerung zu beschlagnahmen. Unterstützung und Förderung aller Formen freiwilliger gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit der Bauern mit dem Ziel, einen starken Produktionsaufschwung und eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zu erreichen.

Gründung von Banken, Herausgabe einer Währung, Wiederherstellung



Kinderarbeit — Bestandteil des Zwangsregimes unter Pol Pot

und Entwicklung der Warenzirkulation, Entwicklung des Binnenhandels und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils.

Abschaffung des von der Clique Pol Pot / Ieng Sary eingeführten und die Menschen gleichschaltenden Zwangsarbeitsregimes. Verwirklichung des Achtstundenarbeitstages und Bezahlung nach dem Leistungsprinzip.

6. Abschaffung der Zwangsehe und Wiedereinführung der freien Eheschließung. Wiederherstellung eines glücklichen Familienlebens. Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und Schaffung günstiger Voraussetzungen für alle Frauen, einen Beruf zu erlernen und sich darin zu vervollkommen, damit sie wie die Männer der Gesellschaft dienen können.

Sorge für die Kriegsverletzten, für Familien, deren Angehörige auf dem Feld der Ehre gefallen sind, sowie für Familien, die wertvolle Beiträge zur Revolution leisteten. Sorge für die Volksgesundheit, die Alten, die Invaliden und mittellosen Waisen.

Verteidigung der legitimen Interessen der im Ausland lebenden kampucheanischen Bürger und Ausübung einer gerechten Politik gegenüber den in Kampuchea lebenden Ausländern.

7. Liquidierung der gesamten reaktionären „Kultur“ der Clique Pol Pot / Ieng Sary und Aufbau einer neuen Kultur mit nationalem und Volkscharakter. Überwindung des Analphabetentums, Entwicklung des nationalen Bildungswesens, Bau von Grund- und Hochschulen sowie von Berufsschulen.

Richtiger Einsatz der Wissenschaftler, Techniker, Künstler und Kulturschaffenden.

Erhaltung und Restaurierung der historischen Bauten, Pagoden und Parks, die von der Clique Pol Pot / Ieng Sary beschädigt und zerstört wurden.

Beendigung des Grenzkonflikts mit Vietnam

8. Herzliche Aufnahme von Offizieren und Soldaten, Funktionären und Angestellten der reaktionären Armee und Administration, die in die Reihen des Volkes zurückkehren und sich zur Rettung des Vaterlandes und ihrer eigenen Familien der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary widersetzen, sowie Schaffung günstiger Bedingungen für sie.

Bestrafung der reaktionären Anführer, die sich dem Volk hartnäckig widersetzen und Blutschuld auf sich geladen haben. Gnade für jene, die aufrichtig bereuen. Vergütung für jene, die im Dienste der Revolution mit der Waffe in der Hand kämpften.

Menschliche Behandlung der im Kampf gefangenen Angehörigen der Administration und der Armee von Pol Pot / Ieng Sary. Wir wollen ihnen helfen, ehrliche, für die Gesellschaft nützliche Menschen zu werden.

9. Verwirklichung einer Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und der Nichtpaktgebundenheit in den Beziehungen mit allen Ländern, ungeachtet der politischen und sozialen Ordnung auf der Grundlage

der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität, Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils.

10. Lösung aller Meinungsverschiedenheiten mit den Nachbarländern durch friedliche Verhandlungen auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität. Beendigung des von der Clique Pol Pot / Ieng Sary provozierten Grenzkonflikts mit Vietnam. Wiederherstellung der Beziehungen der Freundschaft, Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft mit den Staaten Südostasiens, um zum Aufbau eines friedlichen, unabhängigen, freien, neutralen, stabilen und blühenden Südostasiens beizutragen.

Kampuchea tritt keinen Militärbündnissen bei und erlaubt keinem Land auf dem Territorium Kampuchreas Militärstützpunkte zu errichten und Militärausrüstungen einzuführen.

11. Verstärkung der Solidarität mit den revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt. Entschlossene Unterstützung des gemeinsamen Kampfes der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.

Liebe und verehrte Mitbürger,
 liebe Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer,
 liebe Mitbürger im Ausland!

Unser Volk wird von der Ausrottung bedroht. Unser Vaterland ist in Gefahr. Die Nationale Einheitsfront Kampuchreas für Nationale Rettung appelliert an alle Mitbürger aller Nationalitäten, an alle Volksschichten und an die im Ausland lebenden Kampucheaner, junge und alte, Männer und Frauen, ungeachtet der politischen und religiösen Auffassungen, ihre Reihen unter dem Banner der Nationalen Einheitsfront Kampuchreas für Nationale Rettung zu schließen und vereint zusammenzustehen, um das diktatorische, militaristische, von der despotischen und blutigen Clique Pol Pot / Ieng Sary geführte Völkermord-Regime zu stürzen. Das ist der einzige Weg zur Rettung des Volkes, des Landes und zu unserer eigenen Rettung. Nur so können wir unserem Land Frieden und wahre Unabhängigkeit sichern, wirkliche Demokratie und Glück für unser Volk.

Volkserhebung zum Sturz des Regimes!

Funktionäre, Angestellte, Kämpferinnen und Kämpfer, die Ihr noch im Verwaltungsapparat und in der Armee der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary tätig seid!

Erhebt Euch gegen die Politik des Verrats dieser Clique an Volk und Vaterland, nehmt aktiv teil am gerechten Kampf des Volkes! Liquidiert die Folterknechte! Werdet zu wahren revolutionären Streitkräften des Volkes!

Die Nationale Einheitsfront Kampuchreas für Nationale Rettung appelliert eindringlich an die Völker und Regierungen sowie die demokratischen Organisationen der ganzen Welt, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen, den gerechten Kampf unseres Volkes auf allen Gebieten aktiv zu unterstützen.

Das herrschende, äußerst barbarische und brutale Regime der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary ist bereits bis in seine Fundamente erschüttert und kann dem völligen Untergang nicht entkommen.

In der gegenwärtigen Epoche kann keine internationale reaktionäre Kraft, so grausam und hinterhältig sie auch sein mag, das heroische Volk Kampuchreas ausrotten.

Ogleich sie noch zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden haben, werden die wahrhaft revolutionären Kräfte Kampuchreas, die eine gerechte revolutionäre Linie und ein gerechtes, der heiligen Hoffnung der Nation und dem Lauf der Geschichte entsprechendes Kampfziel haben, die sich auf einen festen Block der nationalen Einheit stützen und Sympathie und Unterstützung der den Frieden, die Gerechtigkeit und den sozialen Fortschritt liebenden Völker in der ganzen Welt genießen, unweigerlich einen ruhmreichen Sieg erringen.

Die Zeit der Revolution ist gekommen! Mögen unsere Mitbürger, Funktionäre, Kämpferinnen und Kämpfer sich vereinen und mutig vorwärtsschreiten!

Mögen sie entschlossen für den Sturz der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary kämpfen!

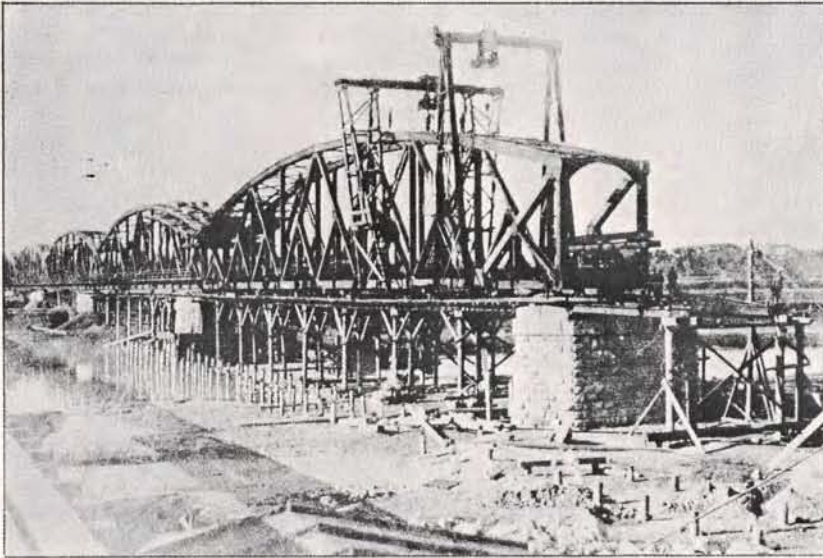
Unser Volk wird ohne Zweifel ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus voranschreitendes Kampuchea aufbauen!

Die kampucheanische Revolution wird siegen!

(Quelle: Neues Deutschland, Berlin, 6. 12. 1978)

Wolfram Brönner

Die BRD - „ehrllicher Makler“ im Nahen und Mittleren Osten?



1900 begann der deutsche Bau der Bagdad-Bahn (l.): Vorstoß zu den Ölquellen von Mossul; Nazi-General Rommel beim Afrkafeldzug 1942 in Ägypten (r.)

Nicht erst seit der Ära Schmidt/Genscher reklamiert man hierzulande ein angebliches geopolitisches Vorrecht auf den in der sog. Dritten Welt nächstliegenden arabisch-persischen Raum (Nahe Osten, Mittlerer Osten und Nordafrika).

Schon um die Jahrhundertwende, als Großbritannien, Frankreich und das Osmanische Reich die Kolonialbesitzungen der Region innehielten, trat das wilhelminische Deutschland als ihr ernsthaftester Konkurrent auf: Es teilte sich mit dem anglo-französischen Imperialismus in 90 % aller Kapitalexporte im Osmanischen Reich, das damals noch den arabischen Osten kolonial beherrschte und doch längst zur Halbkolonie der Großmächte herabgesunken war. Deutschland drängte u. a. mit einem forcierten Waren- und Kapitalexport, dem Bau der Bagdad-Bahn, der Unterstützung der zionistischen Bewegung und einer engen Militärkooperation mit dem Osmanischen Reich auf eine territoriale Neuaufeilung. Als Kriegsalliiertes der Türkei im 1. Weltkrieg formulierte das Deutsche Reich als strategische Kriegsziel die „Erstürmung des Suezkanals“, die Kolonialeroberung des gesamten ostarabisch-vorderasiatischen Raumes „möglichst bis nach Indien“, schließlich die Aneignung der damals lukrativsten Ölquellen im irakischen Mossul und im Iran. Doch im Ausklang des 1. Weltkrieges fiel diese Beute den britischen und französischen Konkurrenten zu, angloamerikanische Monopole teilten sich die Ölquellen und das seit Ende der 30er Jahre stark expandierende Ölexportgeschäft.

Die ewig zu spät gekommene Großmacht

Dem deutschen Imperialismus gelang dennoch bis 1938 der Wiederaufstieg zu einer der führenden Handelsmächte in der Region: Sein Anteil am gesamten Nahosthandel betrug 7,3 %, der deutsche Warenexport rangierte in Palästina auf Rang 1, in Ägypten auf Platz 2. Der Kriegsplan des Hitlerfaschismus im 2. Weltkrieg stellte die Eroberung der strategischen Schlüsselän-

der Ägypten und Palästina sowie der Ölfelder obenan. Er wurde aufs Neue abgeschlagen.¹

Das Ende der anglofranzösischen Kolonialherrschaft in den Kernländern des Nahen und Mittleren Ostens nach 1945 ging einher mit einer fortan dominierenden Position der Militär- und Monopolmacht der USA. Bei dem Streben in dieser Periode neokolonialistischer Expansion im arabisch-persischen Raum wiederum Fuß zu fassen, sah sich die BRD in den 50er/60er Jahren vor die Situation gestellt, daß:

1. in den vom Öl-, Agrar- und Handelssektor geprägten unterentwickelten Wirtschaften der Region Großbritannien, Frankreich und die USA klar tonangebend waren und im besonderen die angloamerikanischen Ölmultis bis in die 70er Jahre eine unangefochtene Monopolstellung in dem entscheidenden Wirtschaftsbereich dieser Region, der Ölwirtschaft, zu behaupten vermochten;
2. die dem arabisch-israelischen Konflikt innewohnenden politischen Widersprüche zusätzlich einengend auf die wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten der bundesdeutschen Monopole in der arabischen Welt wirkten;
3. die westdeutsche neokoloniale Expansion im nah- und mittelöstlichen Raum sich in enger Anlehnung an die US-Politik und im Rahmen der NATO-Strategie vollzog.

Aus diesen spezifischen Startbedingungen erklärt sich, daß sich Bonn ungeachtet seiner Teilhabe am „Abfangen der Revolution“ (Kennedy) in der Dritten Welt eher als seine westlichen Hauptkonkurrenten zur Errichtung begrenzter verarbeitender Industrieinrichtungen bereit fand. Die neokoloniale Vorenthaltung von Grundstoff- und Schwerindustrieproduktionsstätten für die Entwicklungsländer war von der Sowjetunion ohnehin an der Wende der 50er/60er Jahre in Ägypten und dem Iran durchbrochen worden. Die BRD wie die anderen imperialistischen Staaten gingen in den 70er Jahren zu begrenzten Industrialisierungsbeihilfen auch in diesen Zweigen über. In den

nicht von nationaldemokratischen Revolutionen erfaßten Billiglohnländern wie dem Iran oder Tunesien installierten bundesdeutsche Konzerne seit der Wende der 60er/70er Jahre zügig arbeitsintensive Teilfertigungsstätten bzw. Montageindustrien, vornehmlich im Textil-, Schuh- und Kraftfahrzeugbereich. In Staaten wie Ägypten, Syrien und dem Irak zeigte das westdeutsche Großkapital hingegen keine Investitionsfreudigkeit, solange ihm nicht freier Kapital- und Devisentransfer, die Gängelung der Arbeiterklasse oder Garantien gegen Enteignung zugesichert wurden. Die heute in Ägypten fortgeschrittene kapitalistische Restaurations- und Öffnungspolitik Sadats macht auch das von Bonn als arabisches Schlüsselland deklarierte Ägypten für bundesdeutsche Kapitalinvestoren zu einer Attraktion.

Der Bundesrepublik kam bei ihren neokolonialistischen Geländegewinnen in der Region geradeso wie den USA die Tatsache zustatten, daß sie im arabisch-persischen Raum nie als Kolonialmacht aufgetreten war. Nachdem sich die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich 1956 mit dem Desaster im Suezkrieg, die USA 1958 mit der Militärintervention im Libanon als Interventionsmächte gegen den nationalen Unabhängigkeitswillen der arabischen Völker diskreditiert hatten, schickte sich die BRD an, als „unverdächtiger Makler“ des Westens in die entstandenen Lücken zu stoßen. Doch sollte sich Mitte der 60er Jahre die Bonner Verwicklung in den Nahostkonflikt und die Anerkennungsfrage als zwischenzeitlicher Stolperstein für die Expansion in der arabischen Welt erweisen.

Arabische Umkehrung der Hallstein-Doktrin

Die Adenauer-Regierung machte sich, um ihren Alleinvertretungsanspruch auf „Gesamtdeutschland“ und ihre internationale Salonfähigkeit voranzubringen, die sog. „Wiedergutmachung“ an Israel zunutze, mit der die Judenausrottungspolitik des deutschen Imperialismus abgestreift werden sollte. Zugleich gelang mit der Herstellung guter Beziehungen zu Ägypten und Syrien die Verankerung der Hallstein-Doktrin, d. h. der Nichtanerkennung der DDR, in der arabischen Welt. Mit einer Konzentration von 20% der bundesdeutschen Entwicklungshilfevergaben auf den arabischen Raum wurde dieser in der ersten Hälfte der 60er Jahre zum regionalen Schwerpunkt des staatlichen Expansionsbeitrages. Als jedoch 1964/65 die geheimen Waffenlieferungen Bonns an Israel aufflogen und die Nasser-Regierung daraufhin demonstrativ den DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht nach Ägypten einlud, nahm die Bundesregierung im Gegenzug diplomatische Beziehungen zu Israel auf. Die arabischen Staaten kehrten die Hallstein-Doktrin gegen Bonn um, indem sie — ausgenommen Tunesien, Marokko und Libyen (damals noch Monarchie) — mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen antworteten; was ihnen auch die



Ministerpräsident Begin (l.) und Israel-Besucher Genscher 1978

Streichung der BRD-Wirtschaftshilfe eintrug. Die geradezu frenetische Parteinahme der bundesdeutschen Öffentlichkeit und Regierung zugunsten des Aggressors Israel während und nach dem Junikrieg 1967 vertiefte noch die Krise des Verhältnisses zur arabischen Welt. Dieses Scheitern Bonns im arabischen Raum trug maßgeblich zur Modifizierung der Hallstein-Doktrin (1969) bei. Allerdings hob erst 1972 mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ägypten und dem Libanon ein Normalisierungsprozeß an.

Aktivposten Iran und Israel

Die Stützungspolitik gegenüber Israel und dem Iran lief hingegen auf vollen Touren. Im Iran stiegen die BRD-Monopole Ende der 60er Jahre zur Handelsmacht Nr. 1 und zum drittgrößten Kapitalinvestor hinter den USA und Großbritannien auf. Das Schah-Regime erhielt die in der gesamten Dritten Welt größte (ausgewiesene!) militärische Aufrüstungshilfe und mit einer Kapitalhilfe von 2,5 Mrd DM bis 1971 einen der größten Entwicklungshilfeposten überhaupt. Mehr noch, bewog die Erfahrung des arabischen Ölembargos 1973 den BRD-Imperialismus zu einer dramatischen Ausweitung des Iran-Geschäfts, was im April 1974 mit Abschlüssen in Höhe von 5,5 Mrd DM auf der sog. Teheraner Investitionskonferenz dingfest gemacht wurde.² Einen noch außergewöhnlicheren Beitrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Militärpotentials einer regionalen Stellvertretermacht der NATO-Allianz leistete die BRD gegenüber Israel. In dem sog. „Wiedergutmachungs“-Abkommen von Luxemburg hatte sich Bonn 1952 zu einer unentgeltlichen Wirtschaftshilfe an Israel von 3 Mrd DM verpflichtet, zuzüglich einer Globalzahlung von 450 Mio DM an die Vertretung jüdischer Organisationen, die gleichsam in israelische Kanäle floß. Sie wurde im Zeitraum 1952—78 noch ergänzt um weitere rund 1,8 Mrd DM ausgewiesener staatlicher Kapitalhilfe. Die tatsächliche staatliche BRD-Hilfe liegt nach Angaben des israelischen Finanzministers Ehrlich jedoch mehr als doppelt so hoch, nämlich bei nun über 5 Mrd Dollar.

Dies entspricht etwa 15% des gesamten Kapitalzustroms nach Israel, womit die BRD hinter internationalen jüdischen Quellen (43%) und den USA (26%) zum bedeutendsten Außenfinanzier des Landes wurde.³

An dieser zu insgesamt 60% aus Schenkungen und aus Vorzugskrediten zusammengesetzten Hilfe ist freilich nicht nur der Umfang außergewöhnlich, sondern auch ihr Charakter. Sie bestand größtenteils aus Projekten zur Entwicklung einer hochmodernen, eigendynamischen kapitalistischen Wirtschaftsbasis. Das illustriert die Zusammensetzung der im Rahmen des „Wiedergutmachungs“-Abkommens von der BRD zwischen 1953—1966 in einem Gesamtwert von 3 Mrd DM an den Staat Israel geleisteten Lieferungen:

Zu 33% fanden sie Verwendung für die an britische Ölkonzerne vergebene Lieferung von Brennstoffen, anderen Ölprodukten und Ölverarbeitungsanlagen, also zum raschen Aufbau einer starken infrastrukturell-energetischen Basis in Israel. Die restlichen 2 Mrd DM gingen über westdeutsche Firmen zu 50% als Erzeugnisse der stahlverarbeitenden Industrie, zu 15% der chemischen und anderer verarbeitender Industriezweige, zu weiteren 30% in Gestalt von Rohstahl, Eisen, sonstigen Metallen und Dienstleistungen nach Israel. „Westdeutsche Firmen“ — so K. M. Lewan — „bauten und installierten 5 Kraftwerke. Das Ergebnis war, daß zwischen 1953 und 1964 die Stromkapazität vervierfacht wurde. . . Aus der BRD kamen Ausrüstungsgegenstände für den Abbau von Mineralien, einschließlich der gesamten Ausrüstung für eine Kupferbergwerk, . . . 280 km Riesenröhren für eine Bewässerungsanlage in der Negev. Aus westdeutschen Werften bekam Israel 59 Schiffe — 41 Frachter, 4 Tanker, 8 Fischtrawler, 2 Zollschnellboote und 4 Passagierschiffe. Dazu kam ein Walzwerk, 200 000 t Roheisen und einige Tausend t anderer Rohstoffe.“ Erst diese Bonner Wirtschaftshilfen brachten die in den frühen 50er Jahren noch relativ deso-

late israelische Wirtschaft „auf die Beine“.⁴ Sie schlossen seit Mitte der 60er Jahre u. a. auch den Mitaufbau eines Atomzentrums in der Wüste Negev ein.

Anders auch als in den unterentwickelt gehaltenen arabischen Ländern flossen die **privaten Direktinvestitionen** der bundesdeutschen — wie auch der angloamerikanischen — Konzerne in Israel vorzugsweise in hochmoderne Industriezweige. Speziell seit dem Junikrieg gingen die Steigerungsraten privater BRD-Direktinvestitionen steil nach oben: Von ausgewiesenen 14,5 Mio DM im Jahre 1966 erhöhten sie sich 1972 auf 180,2 Mio DM, bis 1977 gar auf nahezu 550 Mio DM. Israel avancierte damit zum bundesdeutschen Investitionsland Nr. 1 im gesamten Nahen und Mittleren Osten.⁵

Vielfach wurden die im Rahmen des „Wiedergutmachungs“-Abkommens gelieferten Fabriken kurzweilig auf **Rüstungsproduktion** umgestellt. Solche Geburtshilfen für den israelischen militärisch-industriellen Komplex fanden seit 1957 Ergänzung durch die BRD-Ausbildung israelischer Offiziere und — in Absprache mit den USA vereinbarte — unentgeltliche Bonner Waffenlieferungen in den 60er Jahren in Höhe von 500 Mio Dollar, darunter Panzer (M-48), U-Boote, Flugzeuge u. a. Kriegsmaterial, das in der Vorbereitungsphase auf die israelische Juniaggression 1967 eine eminente Rolle spielte.

Den israelischen Eroberungskrieg 1967 bejahte die Regierung der „Großen Koalition“ einträchtig als — so beispielsweise der damalige SPD-Fraktionsführer und heutige Bundeskanzler Helmut Schmidt — legitimen Akt gegen die angebliche „Bedrohung der Existenz“ Israels wie „des westlichen Bündnisses“. Die Ursache hierfür wählte er darin, daß einige arabische Staaten in „den Sog der Sowjetunion“ geraten seien. Die „Deutschen“ blickten daher „voller Vertrauen“ auf die US-Nahostpolitik.⁶ Diese völlig einseitige Bonner Parteinahme für die israelisch-amerikanische Stärkepolitik währte faktisch bis zum Oktoberkrieg 1973.

Bonner „Ausgleichs“-Plädoyer nach dem Oktoberkrieg

Erst unter dem Eindruck der Kräfteverschiebung zuungunsten Israels im Oktoberkrieg 1973 und des arabischen Einsatzes der **Ölwaffe** ging die BRD zu einer flexibleren Haltung über: In der Nahostkonfliktfrage wurden der arabischen Seite nun verbale Zugeständnisse wie die Aufforderung Israels zur Räumung besetzter Gebiete oder die Anerkennung von „Palästinenserrechten“ gemacht. Die eindimensionale Parteinahme für Israel wich einer sog. „ausgewogenen“ Nahostpolitik, die im Einklang mit der gewandelten US-Strategie einen „Ausgleich“ zwischen Israel und „gemäßigten“ Arabern favorisiert.

So assistierte die Bundesregierung der Carter-Administration bei der Förderung der israelisch-ägyptischen Separatpolitik. Unmittelbar nach Sadats Separatinitiative von November 1977 reiste Bundeskanzler Schmidt zur Jahreswende 1977/78 demonstrativ nach Kairo, um die kapitulationalistische Haltung des ägyptischen Regimes — laut Spiegel vom 2. 1. 1978 — „durch wirtschaftliche Hilfe politisch zu stabilisieren“. Konkret erhöhte Bonn die bereits zugesagte Kapitalhilfe an **Ägypten** für 1978



„Ausgleichs“politiker Sadat und Bundeskanzler Schmidt

Haupthandelspartner des arabisch-persischen Raums 1976 (in Mrd Dollar)

	Exporte Importe		Exporte			
	gesamt	gesamt	Saudi Arab.	Iran	Israel	Ägypten
USA	11,8	13,9	2,8	2,8	1,4	0,8
BRD	9,5	9,8	0,6*	2,1*	0,4*	0,4*
Japan	8,2	19,9	1,7	1,5	0,1	0,3
*1975						

auf 310 Mio zuzüglich staatlicher Hermesbürgschaften in Höhe von 750 Mio DM. Schon im Zeitraum 1973—76 war Ägypten zum Empfänger der größten bundesdeutschen Entwicklungshilfevergaben in der gesamten Dritten Welt aufgestiegen: 1 Mrd DM erhielt es an Krediten und technischer Hilfe.

Neben Ägypten und Israel (Mitte der 70er Jahre je über 300 bzw. 150 Mio DM) entfiel der größte jährliche Kapitalhilfesatz Bonns in der arabischen Region ausgerechnet auf das im Nahostkonflikt zweite Schlüsselland **Syrien**: 1977/78 stieg er von 100 auf 240 Mio DM. Mit ihrem Aufstieg zum größten Handelspartner Syriens verknüpft die BRD die Hoffnung auf dessen künftige Gewährung größerer neokolonialer Freiräume für private Kapitalinvestoren (Profifittransfer!) und auf ein Herauslösen Syriens aus der antiimperialistischen Arabischen Front der Standhaftigkeit.

Andererseits trug die BRD als führende Kraft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) dafür Sorge, daß Israel in Präferenzabkommen 1970 und 1975 eine Art Sonderstatus (außerordentliche Zollerleichterungen) eingeräumt wurde — ein außerordentliches Stabilisierungsmoment für die lädierte israelische Wirtschaft, da auf Westeuropa allein über 50 % seines gesamten Außenhandels entfällt.

Die Bundesregierung übernahm auch im Ende 1973 konstituierten (West-) „**Europäisch-Arabischen Dialog**“ mit alleine 30 % den größten Finanzierungsanteil an der multilateralen Kapital- und Projekthilfe für die arabischen Staaten. In 1976 / 77 geschlossenen EG-Kooperationsabkommen mit Ägypten, Syrien, Algerien, Tunesien, Marokko, Jordanien und dem Libanon ist der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen auf Gebieten wie Privatinvestitionen, Vermarktung, Erforschung von Bodenschätzen, Finanzhilfe usw. vorgesehen.

Während die EG der arabischen Seite handelspolitische Zugeständnisse im Stile etwa der Zollerleichterungen für Israel bisher versagte, zeigen sich die BRD und die anderen EG-Mächte vordringlich um die neokolonialistische Anbindung und den Rückfluß (Recycling) der nach 1973 gewaltig angewachsenen Öleinkünfte, der sog. „**Ölmilliarden**“, bemüht. Im innerimperialistischen Konkurrenzkampf um Liefergeschäfte für Infrastruktur-, Industrie- und Rüstungsprojekte mit den „**Ölmilliardären**“ Saudi Arabien, Iran, Irak, Vereinigte Emirate, Libyen, Kuwait und Algerien erschlossen sich neuartige, ungeahnte Expansionsmöglichkeiten.

Staat und Monopole der BRD erkannten hierin die Chance einer sprunghaften Ausweitung des Handelsumfangs und der Gründung kapitalstarker Gemischtunternehmen im arabisch-persischen Raum, der Vereinbarung von neokolonialen „Dreiecksgeschäften“ mit der erstarkenden arabisch-iranischen Bourgeoisie speziell in anderen arabisch-afrikanischen Ländern. Hinzu tritt ein fundamentales Interesse an der Sicherung eines ungehinderten Ölzufusses aus dem arabisch-persischen Raum, aus dem die BRD derzeit 2/3 ihrer gesamten Ölimporte bezieht.⁸ Nach den Erfahrungen des arabischen Ölembargos und der drastischen Ölpreiserhöhungen der Exportländer 1973/74 nimmt die BRD regen Anteil an der Entschärfung der arabischen Ölwaffe. Speziell setzt sie auf die hierbei „mäßigen“ Rolle Saudi Arabiens und Ägyptens. Am Sadat-Regime weiß beispielsweise Willy Brandt besonders zu schätzen, daß es „sich gegen ein erneutes Drohen mit der Ölwaffe ausgesprochen hat“.⁹

Regionale Hauptländer privater BRD-Direktinvestitionen
(in Mio DM)

Land	1977	1976	1975
1. Israel	546,6	509,3	419,3
2. Iran	377,9	337,8	222,5
3. Ägypten	146,3	126,0	65,7
4. Türkei	140,1	139,2	134,2
5. Ver. Arabische Emirate	44,9	31,7	30,6
6. Saudi Arabien	20,6	19,8	5,7

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens stieg Mitte der 70er Jahre zu dem in der Dritten Welt mit Abstand führenden **Handelsexpansionsgebiet** der Westmächte auf. Die BRD rangiert hinter den USA und in etwa gleichauf mit Japan auf Platz 2¹⁰.

Im Jahr 1977 wurde die BRD zum größten Lieferanten des Iran und zum drittgrößten Saudi Arabiens. Israel und Ägypten rangierten unter den Warenimporteuren aus der BRD auf den Plätzen 3 und 4. Die ausgewiesenen **Direktinvestitionen** von BRD-Konzernen im arabisch-persischen Raum konzentrierten sich 1977 in erster Linie auf Israel, den Iran und Ägypten.

Umgekehrt hatten Mitte 1977 die Erdölländer dieser Region in der BRD 451,5 Mio DM an Anteilen in privaten Kapitalgesellschaften angelegt; an der Spitze der Iran (Krupp, Babcock) mit Kapitalanlagen in Höhe von 272,8 Mio DM.¹¹ Verglichen etwa mit heute ca. 7 Mrd DM in Lateinamerika sind die Kapitalinvestitionen im Nahen und Mittleren Osten mit 1,3 Mrd DM zwar noch verhältnismäßig gering, doch verheißt die mit dem Ölboom hier beschleunigte kapitalistische Entwicklung auf einen Direktinvestitionsboom in naher Zukunft.

Darüber hinaus forciert die BRD neben dem Export von Nuklearausrüstungen — im Iran mit Aufträgen von 11 Mrd DM — sichtlich auch die **Rüstungsexpansion**. Einmal läßt die Errichtung von Produktionsstätten für Maschinengewehre durch Heckler & Koch in Saudi Arabien und dem Iran, von Schnellbooten für bzw. in Israel durch Lürssen oder von Alpha-Jets in Ägypten durch Dornier (geplant) aufhorchen. Umwerfend aber ist der Abschluß eines BRD-Rüstungsgeschäfts mit dem Schah-Regime in Höhe von 6 Mrd DM, der Mitte 1978 bekannt wurde

und vornehmlich die Lieferung von U-Booten und anderen Kriegsschiffen umfaßt.¹²

Daß die Schwerpunkte der westdeutschen Wirtschaftsexpansion mit denen der Rüstungsexpansion in der arabisch-persischen Region zusammenfallen, ist kein Zufall. Es handelt sich gerade um jene Staaten, denen die NATO-Mächte den Auftrag zur Niederwerfung der nationalen Befreiungsbewegungen zuwies. Und es sind gerade die aggressivsten Staaten der Region, Israel und der Iran — siehe die iranische Militärintervention im Oman —, die in Vergangenheit und Gegenwart die bedeutendste Aufrüstungsbeihilfe seitens der Bundesrepublik empfangen und empfangen.

Die BRD-Expansion im arabisch-persischen Raum bewegt sich im Rahmen der imperialistischen Strategie, die Völker dieser Region in neokolonialer Abhängigkeit zu halten, ihren gerechten Kampf für nationale und soziale Befreiung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Der Neokolonialismus der BRD ist eine potente und aggressive Gegenkraft der Befreiungsbewegungen der Region geworden, die es ungeachtet seiner „antineokolonialistischen“ Imagepflege als Gefahrenherd ebenso ernst zu nehmen gilt wie zu Zeiten des Deutschen Reiches.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. zur Kolonialgeschichte des arabischen Raumes: W. Bröner, Der Nahostkonflikt und die Palästinafrage, Frankfurt/M. 1979, Kapitel 2
- 2) Angaben nach: AIB, Marburg, Nr. 1/1975 und AIB-Sonderbroschüre zum Iran, Juli 1975
- 3) Zahlen nach: Israel-Information, Nr. 7/10.10.1977
- 4) K. M. Lewan, Die Bundesrepublik und die Palästinafrage, o. J., S. 4
- 5) Daten nach: BfA-Mitteilungen, Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Israel, Nr. 307/Dezember 1976; Überseerundschau, Nr. 2/1978
- 6) Zit. nach: K. M. Lewan, Die Bundesrepublik und die Palästinafrage, a. a. O., S. 40/41
- 7) Zahlen nach: Events, Beirut, 2. 12. 1977; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 2. 1978
- 8) Handelsblatt, 18/19. 8. 1978
- 9) Frankfurter Rundschau, 14. 6. 1978
- 10) Nach: Middle East Yearbook 1978, London 1978, S. 53—64; The Middle East, London, Nr. 9/1975
- 11) Nach: Überseerundschau, Nr. 2/Mai 1978
- 12) AIB, Nr. 5 und 6/1978

Wolfgang Ritter **Bonner Nibelungentreue zum Schah**

Um die Jahreswende 1978/79 hat sich die Situation im Iran weiter zugespitzt. Westliche Länder gaben ihren Staatsangehörigen die Empfehlung, den Iran zu verlassen. Sie glaubten selbst nicht so recht daran, daß der vom Schah umworbene und inzwischen aus der Nationalen Front¹ ausgeschlossene Schapur Bakhtiar eine stabile Regierung bilden und die Massenbewegung aufhalten könnte. Diese Dilemma der imperialistischen Politik zeigt sich insbesondere darin, daß sie ihr Motto, demzufolge es „keine Alternative zum Schah gibt“,² bis zuletzt aufrechterhält. Gerade die USA und die BRD zeichneten sich zuletzt durch die Lieferung von Polizeiausrüstungen (Gummiknüppel, Helme, Schilder, Wasserwerfer, Tränengas, Handschellen u. ä.) zur Bekämpfung von Demonstrationen aus, um das Schah-Regime bis zum letzten Atemzug zu verteidigen zu helfen.

Angesichts der Krise im Iran forderte Washington die NATO-



Schah-Besucher Bundespräsident Scheel 1978

Partner auf, den Schah zu unterstützen; diesen Aufruf befolgten die herrschenden Kreise in der BRD nur zu bereitwillig, steht doch auch für sie im Iran einiges auf dem Spiel. Neben der strategisch entscheidenden Rolle als subimperialistischer „Wächter über 60 % der Erdölreserven“ (Schah R. Pahlewi) ist der Iran zudem selbst als Öllieferant, Export- und Kapitalanlagenspähre für die internationalen Konzerne äußerst wichtig.

Vor allem, wenn es um das iranische Öl geht, läßt man hierzulande keinerlei Zweifel an seinen Ansprüchen aufkommen: „Persien hat zuviel Erdöl, als daß dessen Abnehmer dieses Land auch nur vorübergehend dem völligen Chaos überlassen möchten. Die Gegner des Schahs täuschen sich, wenn sie glauben, sie könnten das ausländische Interesse am Iran negieren.“³ Als zweitgrößter Erdöllexporteur und viertgrößter Erdölproduzent der Erde ist der Iran zu 19 % an den westdeutschen Erdölimporten beteiligt und damit Hauptlieferant. Von den rund 45 Mio t Rohöl-Importen der BRD im ersten Halbjahr 1978 kamen 8,5 Mio t (im Wert von rund 1,79 Mrd DM) aus dem Iran, 7,6 Mio t aus Libyen und 6,7 Mio t aus Saudi Arabien. Kennzeichnend ist dabei, daß nur 2,5 Mio t direkt bezogen werden und der gesamte Rest über das Internationale Erdölkonsortium im Iran bezogen wird, dem British Petroleum, Exxon, Shell, French Petroleum und weitere amerikanische Konzerne angehören. Dieses Konsortium erhält wiederum für jeden Barrel (= 159 Liter) verkauften Erdöls zusätzlich einen Rabatt von 22 Cents vom Schah-Regime.

Was den Handel generell anbetrifft, so steht der Iran mit einem Warenaustausch in Höhe von 11 Mrd DM jährlich an erster Stelle unter den Handelspartnern des Mittleren Ostens. Während die BRD im Jahre 1977 im wesentlichen Erdöl und Textilien für 4,3 Mrd DM aus dem Iran importierte, rückte sie mit einem Exportwert von 6,4 Mrd DM (zu 2/3 Investitionsgüter) wieder an die Spitze der Lieferländer des Iran.

Zu den größten Projekten und den profitabelsten Geschäften der BRD im Iran gehört der Bau von Kernkraftwerken. In Buschir am Persischen Golf werden derzeit von der Siemens-Tochter Kraftwerk Union AG (KWU) zwei Kernkraftwerke vom Typ Biblis mit einem Projektwert von jeweils 4 Mrd DM gebaut, über vier weitere mit einem Projektwert von insgesamt 20 Mrd DM wurden Verträge abgeschlossen.

Allein an diesem „größten Brocken auf der Kippe“ (Stern) des Iran sind rund 700 westdeutsche Firmen beteiligt. Da der Iran über kein Uran verfügt, wurde die Lieferung von 30 000 t dieses kostbaren Rohstoffes — via Südafrika bzw. Brasilien — gleich mitvereinbart. Die enormen Kosten dieser Kernkraftwerke resultieren nun nicht allein aus den geographischen und strukturellen Gegenbenheiten des Iran. Sie beruhen zu einem erheblichen Teil auf Preisabsprachen der internationalen Konzerne, was selbst die finanziell gewiß nicht zimperlichen Saudis zu einer Beschwerde wegen überhöhter Preise gegen Siemens veran-

laßte.

Die iranischen Pfründe sind also für die BRD-Monopole besonders profitabel. Das gilt jedoch nicht nur für die Liefergeschäfte, auf die der Bund Bürgschaften und Garantien in Höhe von 7—8 Mrd DM gewährt hat, sondern auch für die inzwischen realisierten Direktinvestitionen, die bei der Hermes-Kredit-Versicherungs-AG⁴ mit 454 Mio DM zu Buche stehen. Insgesamt haben BRD-Firmen etwa 800 Mio DM im Iran angelegt.

Dabei muß weiter berücksichtigt werden, daß nach einer erstmals 1975 veröffentlichten Bilanz das Anlagevermögen der größten Aktiengesellschaften im Iran zwei- bis viermal mehr wert war als das Aktienkapital und die Gewinne sich auf 30—62 % der Aktienteile beliefen; die Dividenden schwankten zwischen 10 und 27 %. Investitionen, die sich nicht nach 3—4 Jahren amortisiert haben, gelten als unrentabel, die Renditeerwartungen liegen bei 20 %. Sie ist es kein Wunder, daß z. Z. 360 westdeutsche Firmen im Iran tätig sind.

Seit 1973 haben sich die BRD-Direktinvestitionen aufgrund des sog. „Ölbooms“ mehr als verdreifacht. Nach der Statistik ist das meiste Kapital, nämlich fast die Hälfte, in den Erdöl- und Erdgasbereich geflossen. Es folgen Kapitalanlagen in der Chemie (15 %), in der Elektrotechnik und Elektronik (13 %), im Bankwesen, im Fahrzeugbau sowie in der Pharmazie.⁵

Inzwischen zählen die 14 000 westdeutschen Techniker, Berater usw. mit zu den größten Ausländerkolonien im Iran.

Andererseits beschloß der Schah 1974, sich „Verbündete für die risikoreichen Entwicklungsprojekte“⁶ im Iran zu verschaffen und stieg bei verschiedenen BRD-Konzernen wie Krupp und der deutschen Babcock & Wilcox AG ein. Die Übernahme von 25,01 % des Stammkapitals der alten Waffenschmiede Friedrich Krupp GmbH (Muttergesellschaft von 135 Unternehmen) sanierte den noch 1966 mit 3 Mrd DM beim Bund verschuldeten Konzern und verschaffte ihm mit einem Auftragsbestand von gegenwärtig 400 Mio DM eine sichere Basis im Iran. Der Schah erstand die Aktien zu 400 % über dem jeweiligen Börsenkurs und sie mußten zum großen Teil erst wieder aus den Händen



Bundesdeutscher Rüstungsexport-Schlager Fregatte

der wichtigsten Institute des westdeutschen Finanzkapitals zurückgekauft werden. Kein Wunder, daß diese Anbindung der sog. Petrodollars — ganz im Sinne des schon damals von Graf Lambsdorff propagierten „Recyclings“ — den lebhaften Beifall der herrschenden Kreise in der BRD fand.

Zur gezielten Steuerung des Technologie-Transfers und zur Einflußnahme auf die Entwicklung ganzer Industriezweige wurden darüber hinaus solche Beratungsfirmen wie Pars Alman Design and Engineering Co. (PADECO, zu 50 % Krupp), Iran System Analysis and Management Corp. (ISAM, zu 40 % Messerschmitt-Bölkow-Blohm) sowie die Klöckner-IDRO Consulting und die Ferro-Consulting mit der August Thyssen-Hütte gegründet. Hinzu kommt die Tatsache, daß westdeutsche Experten — selbstverständlich gegen Bezahlung — im iranischen Planungsministerium tätig wurden. Kein anderes Land der Erde hat heute in diesen wirtschaftlichen Bereichen so enge, vertraglich abgesicherte und für die Entwicklung des Iran entscheidende Positionen inne wie die Bundesrepublik.

Hauptkapitalinvestoren im Iran

Vom Center for the Attraction and Protection of Foreign Investments registrierte ausländische Privatinvestitionen im Iran

Land (Mio Rial ¹)	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
Insgesamt	1 336	4 044	4 500	3 979	6 537
darunter:					
Japan	221	1 659	2 867	1 707	2 728
Frankreich	102	23	61	629	214
USA	349	1 090	797	589	1 324
Bundesrepublik					
Deutschland	131	662	130	238	1 730
Großbritannien	29	25	52	135	148
Belgien	59	-	-	-	-
Italien	5	-	-	-	-

1) 100 Rial = ca. 2,94 DM.

(Quelle: BfA-Marktinformation, Iran . . . , a. a. O., S. 8)

Wichtigste Handelspartner des Iran

Angabe (Mrd Rial)	Ausfuhr ¹ des Iran					% der Einfuhr	Angabe (Mrd Rial ¹)	Einfuhr des Iran					% der Einfuhr
	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1976/77			1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1976/77	
Gesamtausfuhr	42,84	39,25	40,72	38,00	100,0		Gesamteinfuhr	253,19	448,08	800,82	901,76	100,0	
darunter nach:							darunter aus:						
EG insgesamt	14,16	11,81	10,58	11,46	30,1		EG insgesamt	110,21	170,18	319,33	383,95	42,6	
Bundesrepublik							Bundesrepublik						
Deutschland	7,18	6,29	5,51	6,08	16,0		Deutschland	49,58	80,32	138,88	160,59	17,8	
Italien	1,57	1,15	1,99	2,33	6,1		Großbritannien	23,79	35,87	70,66	63,85	7,1	
Großbritannien	1,98	1,46	0,99	1,14	3,0		Italien	9,54	13,51	28,56	51,90	5,7	
Frankreich	1,61	1,78	1,21	1,02	2,7		Frankreich	12,17	16,40	35,45	50,46	5,6	
Niederlande	0,80	0,62	0,42	0,46	1,2		Niederlande	6,08	10,38	22,72	31,26	3,5	
Belgien	0,80	0,36	0,26	0,28	0,7		Belgien	7,33	11,52	19,49	19,53	2,2	
Dänemark	0,22	0,15	0,18	0,12	0,3		Dänemark	1,31	1,94	3,04	5,27	0,6	
Luxemburg	0,00	0,00	0,02	0,03	0,1		Irland	0,01	0,04	0,14	0,90	0,1	
Irland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0		Luxemburg	0,40	0,20	0,39	0,19	0,0	
Sowjetunion	0,89	6,39	7,63	5,59	14,7		Japan	37,16	67,71	126,66	155,50	17,2	
USA	3,70	3,12	31,6	2,51	6,6		USA	33,02	89,53	158,20	139,28	15,4	
Saudi Arabien	0,56	0,87	1,16	1,76	4,6		Schweiz	4,5	8,41	18,52	33,44	3,7	
Österreich	0,34	0,20	0,42	1,28	3,4		Indien	3,74	7,71	29,73	22,24	2,5	
Japan	2,91	2,13	1,33	1,26	3,3		Australien	3,51	4,96	13,05	12,12	1,3	
Kuweit	1,01	1,48	1,77	1,19	3,1		Südkorea	101	2,52	6,13	11,87	1,3	
Ungarn	0,90	0,89	1,58	1,07	2,8		Rumänien	3,21	3,94	11,38	10,39	1,2	

1) Ohne Erdöl und Erdölprodukte

1) 100 Rial = ca. 2,94 DM (Stand Ende Juli 1978)

(Quelle: BfA-Marktinformation, Iran. Wirtschaftsdaten, Köln, November 1978, S. 7/8)

BRD-Waffen für Killertruppen des Schah

Diese enge Verbindung schlägt sich auch im militärischen Bereich nieder, obwohl hier unter dem Einfluß der NATO-Konkurrenten lange Zeit nicht alle Möglichkeiten genutzt werden konnten. Ein Durchbruch wurde aber mit dem Verkauf von 6 Unterseebooten zum Stückpreis von 150 Mio DM und der vorgesehenen Lieferung von Fregatten und weiteren Marineeinheiten im Werte von 1,4 Mrd DM erzielt.

Schon zuvor waren die Killer-Truppen des Schah mit 10 000 G-3-Gewehren, 1 000 Maschinengewehren MG-42, panzerbrechenden Raketen und Minensuchbooten aus bundesdeutscher Produktion versorgt worden. Insbesondere florierende der Export ganzer Rüstungsproduktionsstätten wie Geschütz- und Panzerkettenfabriken. Allen voran führte die im Besitz des Bundes befindliche Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH den Bau einer Gewehr- und Munitionsfabrik mit einem Investitionsvolumen von 400 Mio DM durch. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß mit den hier hergestellten Gewehren heute wehrlose Demonstranten zu Tausenden niedergemetzelt werden.⁷

Die oben beschriebenen Positionen der auf ihre z. T. persönlichen Beziehungen zum Schah ehemals so stolzen BRD — Konzerneigentümer im Iran sind nun durch den offenbar unaufhaltsamen Sturz des Regimes gefährdet. So ließ beispielsweise der Ayatollah Khomeini als führender Repräsentant der Opposition verlauten: „Von jetzt an wird jedem Staatsoberhaupt, das den Schah stützt (im Fall der Entmachtung des Monarchen), das Öl entzogen, und alle Verträge mit dem jeweiligen Land werden als annulliert betrachtet.“⁸ Zum Verhalten ausländischer Gesellschaften im Iran äußerte er: „Viele von ihnen haben gegen die Interessen des iranischen Volks verstoßen und nur an den eigenen Profit gedacht.“⁹ Sämtliche Verträge des Schahs wie die Beteiligung am westdeutschen Krupp-Konzern seien ungültig, weil er ohne Wahlen an die Macht gekommen sei.

Angesichts dieser bedrohlichen Situation war im Oktober 1978 Wirtschaftsminister Lamsdorff in den Iran geeilt, um „Farbe zu bekennen“, d. h. die Großaufträge für Atomkraftwerke und Marineeinheiten zu retten und dem Schah die uneingeschränkte Unterstützung der Bundesregierung zu versichern. „Weder mit

ultrareaktionären noch mit kommunistischen Gruppen kann ich mir eine sinnvolle Weiterentwicklung dieses Landes und ein Aufrechterhalten der Stabilität in dieser für uns lebenswichtigen Region vorstellen,“¹⁰ bekannte er. Das aber bedeutet nichts anderes, als daß eine „sinnvolle“ Entwicklung des Iran eben nur durch die Diktatur des Schah-Regimes gewährleistet sei.

Diese Haltung, die auch von der amerikanischen Regierung vertreten wird und als deren prononciertester Vertreter bis hin zu einer Intervention zugunsten des Schahs der ehemalige US-Botschafter im Iran und CIA-Chef Helms auftritt,¹¹ wird aber inzwischen mehr und durch andere Lösungsvarianten der Krise (siehe AIB-Aktuell in diesem Heft und AIB 1/1979) ergänzt. Dazu zählt vor allem der Versuch, „gemäßigte“ Kräfte der Nationalen Front zu Verhandlungen mit dem Schah zu bewegen und eine „spanische Lösung“¹² anzustreben, also die teilweise Entmachtung des Schahs und die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie.

Anmerkungen:

- 1) Zur Nationalen Front vgl. AIB 1/1979, S. 10—11
- 2) Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), 14. 12. 1978 oder Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30. 12. 1978
- 3) SZ, 5. 12. 1978
- 4) Die Hermes-Kreditversicherungs-AG ist als Treuhänder des Bundes mit der technischen Abwicklung von Ausfuhrversicherungen u. ä. betraut.
- 5) Angaben nach: SZ, 14. 3. 1975 und FAZ, 3. 12. 1978
- 6) Nach einer Aussage des Schah während eines Interviews, das in einer Sendung der ARD am 28. 7. 1975 ausgestrahlt wurde.
- 7) Das wird durch die folgende Aussage des Zeit-Korrespondenten J. Joffe bewiesen: „... geschützt von jeweils einem Zug Infanteristen, deren bajonettbewehrte G-3 Gewehre aus deutscher Lizenzproduktion wie Lanzen auf die vorbeihastenden Passanten zielen.“ Die Zeit, 17. 11. 1978
- 8) SZ, 14. 12. 1978
- 9) SZ, 10. 11. 1978
- 10) Zit. nach: Wirtschafts-Woche, 3. 11. 1978
- 11) Vgl. Time, New York, 18. 12. 1978
- 12) Die SZ schreibt dazu am 20. 11. 1978: „In Hofkreisen hieß es, der Schah habe regelmäßige Diskussionen mit dem spanischen Botschafter über die Umwandlung Persiens in eine konstitutionelle Monarchie in Freiheit geführt und sei sehr an dem Modell interessiert.“

Das Massaker von Kahramanmaraş Mitte Dezember 1978 und die Ausrufung des Kriegsrechts haben in der demokratischen Öffentlichkeit das Bewußtsein für die tiefe Krise, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der Türkei erfaßt, geschärft. Entgegen der Version großbürgerlicher Kommentatoren ist dieses Blutbad nicht das Ergebnis von Feindseligkeiten zwischen religiösen Gruppen, sondern ein weiterer, bedeutender Schritt hin zum angestrebten Sturz der Ecevit-Regierung und zur Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Türkei. Es zeigte sich, daß sich die Ecevit-Regierung und die rechte Führung der Republikanischen Volkspartei (CHP) dem Druck der Reaktion und insbesondere der Armeespitze beugten und der Verhängung des Kriegsrechts zustimmten. Das bedeutet einen direkten Eingriff der Generalität in das politische Leben des Landes. Das bedeutet eine weitgehende Entmachtung der Regierung.

Dieser Umstand wird am deutlichsten in der Bildung eines sog. „Koordinationsgremiums“ sichtbar, in dem neben Ecevit der Generalstabschef Evren und ein weiterer General, Yardımcıoğlu, sitzen. Mit diesem Gremium, das in der Verfassung nicht vorgesehen ist, werden alle Minister von den wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen, vom Parlament ganz zu schweigen. In 13 Provinzen des Landes, einschließlich Istanbul und Ankara, wird die zivile Verwaltung unter den Befehl von hohen Offizieren gestellt, von denen viele der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) nahe stehen. Neben der Exekutive ist auch die Gerichtsbarkeit der direkten Kontrolle und Beeinflussung der reaktionären Generäle unterworfen (Kriegsgerichte).

Die türkische Krise, die durch die Ereignisse Ende 1978 eine dramatische Zuspitzung erfahren hat, wird durch zwei Momente charakterisiert: Sowohl die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, wie auch die Widersprüche zwischen der monopolistischen und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie haben sich äußerst verschärft. Das türkische Monopolkapital und der Imperialismus sehen in dieser Situation

den Ausweg im Faschismus, in offener oder parlamentarisch verschleierter Form.

Die Wahrscheinlichkeit, daß sie dieses Ziel mit Hilfe eines Militärputsches ansteuern, ist mit der Verhängung des Kriegsrechts gestiegen. Aber auch die andere Variante, über eine große Koalition zwischen der CHP und der Gerechtigkeitspartei (AP) die demokratischen Rechte und Freiheiten auf „parlamentarischem“ Wege aufzuheben, wird erwogen. Die letztere böte den zusätzlichen Vorteil, daß sie ein Zusammengehen der CHP mit den anderen demokratischen Kräften verhindern würde.

Die mehrteilige AIB-Serie über die Türkei, die mit dieser Nummer beginnt, soll ein Beitrag zur Zerstreuung des Rauchvorhanges sein, hinter dem der Imperialismus im allgemeinen und die Herrschenden der Bundesrepublik im besonderen ihre Mittäterschaft in der Türkei zu verbergen suchen. Die Darstellung folgt der historischen Entwicklung (siehe auch Türkei-Chronologie), versucht aber insbesondere folgenden Fragen nachzugehen:

- Welche Faktoren haben das Einschwenken der Türkei auf den kapitalistischen Entwicklungsweg bewirkt, nachdem dort einer der ersten siegreichen nationalen Befreiungskämpfe — unter Kemal Atatürk — stattfand?

- Was sind die Stationen der erneuten Unterwerfung unter den Imperialismus?

- Was ist die Bilanz einer mehr als dreißigjährigen Politik im Schlepptau (bzw. als Speerspitze) der NATO-Mächte?

- Was sind die Ziele, Probleme und Tendenzen des antiimperialistischen Kampfes in der gegenwärtigen Türkei?

Neben diesen allgemeineren Fragestellungen erscheint es notwendig, auf drei gesonderte Probleme, die von bürgerlichen Chronisten mit Vorliebe verzerrt werden, einzugehen. Es sind dies das Wesen und die Rolle des Kemalismus, die Bedeutung des Kampfes der türkischen Arbeiterklasse für das nationale Unabhängigkeitsstreben und die Lage bzw. Gegenaktion der türkischen Lohnabhängigen in der BRD.

Wir hoffen, daß diese AIB-Serie dazu beizutragen vermag, das Interesse für und die Solidarität mit den Demokraten der Türkei hierzulande zu wecken.

Kemal Sahin

Von Atatürk zu Ecevit (1. Teil)

Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und die Geburt der türkischen Republik aus dem 1. Weltkrieg sind zwei Seiten eines Prozesses. So steht am Anfang die Frage nach dem Charakter des Osmanischen Reiches und den Ursachen seines Verfalls. Das Eigenartige besteht darin, daß einerseits die Macht der feudalabsolutistischen osmanischen Monarchie vor allem auf der Unterdrückung fremder Völker beruhte, die als Resultat feudaler Eroberungspolitik seit dem Mittelalter gewaltvoll im osmanischen Staatsverband gehalten wurden. Andererseits aber wurde das Osmanische Reich zunehmend selbst Opfer imperialistischer Großmachtspolitik, insbesondere Englands, Frankreichs und Rußlands.

Verfallsprozeß des Osmanischen Reichs

Die Ursachen des ökonomischen Niedergangs des Osmanenreiches sind mit den weltwirtschaftlichen Umwälzungen am An-

fang des 16. Jahrhunderts verknüpft. Die Verlagerung des Schwerpunktes des Welthandels vom Mittelmeer zur Atlantikküste und die „Preisrevolution“ infolge der Edelmetallimporte aus der Neuen Welt (Amerika) lösten eine tiefe ökonomische Krise aus. Ihr folgte eine langandauernde politische Krise. Aufstände und blutige Feldzüge zu deren Unterdrückung verwüsteten von 1500 bis 1610 über ein Jahrhundert lang das anatolische Kernland. Von den verheerenden Folgen dieser Kämpfe, die unter der Bezeichnung „Großer Aufruhr der Erzürnten“ in die Geschichte eingegangen sind,¹ hat sich das Land nicht mehr erholt.

Mit dem Aufblühen der kapitalistischen Manufaktur in den Ländern Westeuropas im 18. Jahrhundert wurde auch deren (zunächst in Frankreich, später England) ökonomische Vorherrschaft im Osmanischen Reich faktisch durchgesetzt. Napoleons Vorstoß nach Ägypten war der erste, wenn auch erfolglose Versuch, diese ökonomische Vorherrschaft durch die militärische und die politische zu ergänzen. Nach wieder aufflammen-

chen brachen aus. Allein in Kleinasien starben auf diese Weise mehr als 2,5 Mio Menschen. Ebenso starben während des 1. Weltkrieges etwa **siebenmal** mehr Soldaten an Hunger, Krankheiten und in Folge ungenügender Bekleidung als in Folge von Feindeinwirkungen.⁵

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß bereits ein Jahr nach Kriegseintritt in zahlreichen Gebieten Anatoliens große Bauernaufstände ausbrachen, die sich gegen die erdrückenden Kriegsabgaben wandten. Der harte Kern dieser Aufständischen wurde durch die Soldaten gebildet, die das sinnlose Morden nicht mitmachen wollten und mit ihren Waffen desertiert waren. Sie schlossen sich in Gruppen zusammen, überfielen die Reichen und verteilten die Beute unter die Armen. Es gab eine große Anzahl von solch bewaffneten Verbänden, die ganze Landstriche kontrollierten und unter der Bevölkerung große Berühmtheit erlangten. Am Ende des Krieges überstieg die Zahl der Deserteure die der verbliebenen Soldaten.⁶

1918 war die Niederlage des Osmanischen Reiches besiegelt. Die Hauptverantwortlichen für die abenteuerliche Politik der Regierung flüchteten in einem deutschen U-Boot nach Deutschland. Ein Waffenstillstand wurde vereinbart, bereits vorher hatten die Alliierten mit der Besetzung strategisch wichtiger Punkte begonnen. Französische, britische, italienische Truppen kontrollierten alle Häfen, Eisenbahnknotenpunkte und Telegraphenverbindungen. Vor der Hauptstadt Istanbul lagen britische, französische und amerikanische Kriegsschiffe. 1919 landete ein griechisches Expeditionskorps in Izmir und begann mit der Okkupation Westanatoliens. Zu diesem Zeitpunkt belief sich die Stärke der alliierten Besatzungstruppen (ohne Berücksichtigung der griechischen) auf über 100 000.

Die Alliierten lösten das osmanische Parlament auf, verhängten eine Pressezensur, verboten Versammlungen und Demonstrationen und begannen mit Massenverhaftungen unter der Bevölkerung. Sie wurden dabei vom Sultan, der neuen, probritischen Regierung und der Istanbuler Großbourgeoisie tatkräftig unterstützt. Die Kapitulationen wurden wieder eingeführt, die Banken, Bergwerke, Industriebetriebe wurden unter die Kontrolle von alliierten Offizieren gestellt, die Waffen der türkischen Armee beschlagnahmt. Die Beendigung der eigenstaatlichen Existenz des türkischen Volkes war eine beschlossene Sache. Gleichzeitig entbrannte eine heftige Konkurrenz um die Aufteilung der osmanischen Gebiete.

Anfänge des türkischen Volkswiderstands

Im Gegensatz zur verräterischen Haltung des Sultans und der Großbourgeoisie leistete das Volk spontanen Widerstand gegen die Eindringlinge.

In Anatolien wurden bewaffnete Kampfgruppen gebildet, die das Vordringen der Besatzer verhinderten und manche Orte auf eigene Faust befreien konnten. Dabei spielten die bäuerlichen Widerstandsgruppen, die sich schon während des Weltkrieges formiert hatten, eine bedeutende Rolle. Im besetzten Istanbul wurden von Arbeitern, Studenten und Intellektuellen Demonstrationen organisiert: Allein an der großen Kundgebung zum Protest gegen die Besetzung Izmirs am 23. 6. 1919 nahmen 200 000 Menschen teil. Illegale Widerstandsgruppen überfielen Waffendepots und schmuggelten die Beute in die noch nicht besetzten Gebiete.

Der Einfluß der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht im benachbarten Rußland auf die Volksbewegung in der Türkei war groß. Die Veröffentlichung und die Annullierung der geheimen Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und dem Zaren zur Aufteilung der Türkei sowie der Verzicht auf alle Vorrechte und Konzessionen in der Türkei durch die Sowjetregierung half den patriotischen Kräften des Landes, eine entschlossener Haltung im Kampf gegen die imperialistischen Eindringlinge einzunehmen.



Gründer der TKP M. Suphi, E. Nejat

Bei der Organisation der Guerillakämpfer spielten die ersten türkischen kommunistischen Gruppen, die überwiegend durch aus russischer Kriegsgefangenschaft und aus Deutschland zurückgekehrte Soldaten und Arbeiter gebildet wurden, eine hervorragende Rolle. Mit dem Aufschwung der Volksbewegung formierten sich auch revolutionäre Organisationen.

Im September 1920 tagte in Baku der 1. Kongreß der **Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)**, an dem 74 Delegierte von kommunistischen Organisationen aus zahlreichen Städten Anatoliens, aus Istanbul und aus dem Ausland teilnahmen. Sie verabschiedeten ein Programm, Statuten und wählten das erste Zentralkomitee. Damit wurden die einzelnen Organisationen in einer einheitlichen Partei zusammengefaßt. Die TKP stellte sich den gemeinsamen Kampf aller antifeudalen und antiimperialistischen Kräfte bis zur vollständigen Befreiung des Landes als vordringlichste Aufgabe.

Schon zuvor, im Mai 1920 war die **Grüne Armee** gegründet worden. Wie schon der Name andeutet (grün ist die heilige Farbe des Islam), stand diese Organisation unter dem Einfluß des islamischen Gedankenguts, betrachtete aber gleichzeitig die „Rote Armee als ihren besten Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus“ (Art. 19 ihres Programms). Ihr Programm enthielt revolutionärdemokratische Forderungen, so z. B. die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens, seine kostenlose Zurverfügungstellung für die Bauern und eine auf dem allgemeinen Wahlrecht basierende Volksregierung. Sie hatte sich den Kampf bis zur völligen Vertreibung des Imperialismus aus Asien zum Ziel gesetzt. Der Einfluß der Grünen Armee unter der armen Bauernschaft, insbesondere bei den bewaffneten Kampfgruppen, wuchs sehr schnell, so daß sie in wenigen Monaten über Tausende von Kämpfern verfügte.

Unter dem Eindruck der Erfolge der bewaffneten Volkskräfte begann auch die nationale Bourgeoisie in Anatolien sich dem Widerstand anzuschließen. Auch Intellektuelle, jüngere Offiziere, mittlere und kleinere Vertreter der islamischen Geistlichkeit sowie Großgrundbesitzer traten nun auf die Seite der patriotischen Kräfte über. Diese Kreise hatten sich bereits Ende 1918 in lokalen **Vereinen zum Schutze der Heimat** organisiert, orientierten sich jedoch zunächst vornehmlich an den Interessen ihrer eigenen Region und glaubten durch Veröffentlichung von Aufrufen und Appellen an die Siegermächte ihre Ziele erreichen zu können. Sie knüpften ihre Hoffnungen insbesondere an das 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten W. Wilson über einen „gerechten Frieden“.

Der harte Widerstand, mit dem entgegen den Befehlen der osmanischen Regierung, den Eindringlingen begegnet wurde, und der die Pläne der Engländer, „die Türkei innerhalb von zwei Wochen in die Knie zu zwingen“, zunichte machte, veranlaßte den Sultan, in Anatolien „für Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Mit dieser Aufgabe wurde General Mustafa Kemal betraut, der Mitte Mai 1919 in Kleinasien landete.

Mustafa Kemal, Sohn eines Zollbeamten aus Saloniki, hatte im

1. Weltkrieg als General der Armee des Sultans bei der Abwehr der alliierten Landung an den Dardanellen Berühmtheit erlangt und besaß seitdem in der Armee große Popularität. Er war der chauvinistischen Politik der Jungtürken vor 1918 entgegengetreten und als scharfer Gegner des Kriegseintritt auch nicht durch die Folgen der Niederlage belastet. Kemals unmittelbares Ziel war es, den militärischen Widerstand gegen die Aufteilung der Türkei zu organisieren.

Den ersten großen Auftrieb erhielt die Widerstandsbewegung als sich Nachrichten von der Landung griechischer Truppen am 15. 6. 1919 im Lande verbreiteten. Sofort nach seiner Landung in Samsun setzte sich Kemal mit den militärischen und zivilen Führungskräften der einzelnen Provinzen in Verbindung. Ein Kongreß, an dem 25 Delegierte der östlichen Regionen teilnahmen, fand in Erzurum statt. Die Organisation des nationalen Widerstandes wurde beschlossen, den Befürwortern eines amerikanischen Mandats wurde eine Abfuhr erteilt. Die dringlichste Aufgabe, die Schaffung eines Exekutivorgans, einer revolutionären Gegenregierung, wurde jedoch nicht gestellt. Inzwischen war Kemal vom Sultan seines Postens enthoben und nach Istanbul zurückbeordert worden.

Der Kongreß von Sivas, der vom 4. bis 9. September 1919 mit 19 Delgierten tagte, sollte das ganze Land repräsentieren. Sowohl die Beteiligung wie auch die Ergebnisse waren dürftig. Es wurde stundenlang darüber diskutiert, ob der Kongreß sich überhaupt mit Politik befassen solle oder nicht.⁷ Einen ebenso großen Raum nahm die Diskussion über die Beantragung eines amerikanischen Mandats ein. Besonders die Vertreter der Istanbul Bourgeoisie und der anderen Hafenstädte, die durch Handelsbeziehungen mit dem Imperialismus verbunden waren, traten mit dieser Forderung auf. Der Kongreß ließ diese Fragen offen, bezeugte die ergebenheit zum osmanischen Sultan und verlangte die Bildung einer neuen Regierung in Istanbul. Durch Schreiben an alliierte Regierungen wurde der friedliche Charakter der nationalen Bewegung beteuert. Ferner wurde ein Repräsentativausschuß mit M. Kemal an der Spitze gewählt. Damit war ein Organ geschaffen, das nach Innen und nach Außen immer mehr als Exekutive auftrat.

Der erbitterte Widerstand der Volksmiliz gegen die Besatzungstruppen und das geschickte Taktieren von Mustafa Kemal ge-

genüber den Alliierten und dem Sultan erzwang bald Zugeständnisse. Es gelang dem Repräsentativausschuß die zivilen und militärischen Verwaltungsstellen in Anatolien von den Anhängern der Istanbul Regierung zu säubern. Die administrativen, telegraphischen und postalischen Verbindungen zu Istanbul wurden abgebrochen, der Sultan als ein Gefangener hingestellt, der in seinen Entschlüssen unfrei war und daher wider Willen handeln mußte.

Die im Oktober 1919 neugebildete Regierung des Sultans mußte dieser Entwicklung Rechnung tragen und stimmte der Forderung nach umgehenden Parlamentswahlen zu. In dem im Januar 1920 in Istanbul zusammengetretenen Parlament waren die Nationalisten in der Mehrheit und verabschiedeten den sog. **Nationalpakt**. In ihm wird die Unabhängigkeit der Gebiete innerhalb der im Jahre 1919 festgelegten Grenzen, die Aufhebung der ausländischen Kontrolle über die Finanzen und die Politik der Türkei gefordert. Er enthält einen Verzicht auf die bis zum Waffenstillstandsvertrag besetzten arabischen Gebiete und erklärt die Bereitschaft, über eine allgemeine Regelung bezüglich der Öffnung der Meerengen für den internationalen Handelsverkehr zu verhandeln.

Formierung einer revolutionären Gegenregierung

Diese „Magna Carta“ der türkischen Befreiungsbewegung bedeutete eine grundsätzliche Absage an die alten expansiven und chauvinistischen Ziele der jungtürkischen Politik: die Vorherrschaft im islamischen Orient (Panislamismus) und die Sammlung aller Türkenstämme unter osmanischer Führung (Pantürkismus/Panturanismus).

Die Reaktion der Alliierten auf die Proklamation des Nationalpakts war die Besetzung Istanbul durch britische Marineinfanterie am 16. 3. 1920.

Das konnte den weiteren Aufschwung der Bewegung nicht aufhalten. Im Gegenteil, die dadurch bewirkte Klärung der Fronten erleichterte es vielen Schwankenden, auf die Positionen der Nationalisten überzugehen. Außerdem konnte nun mit dem Hinweis auf die besetzte Hauptstadt eine revolutionäre Gegenregierung in Anatolien geschaffen werden. Im April 1920 kon-



Türkische Partisanen bei der Verfolgung griechischer Truppen

Länderdaten Türkei

Fläche: 779.452 qkm, damit mehr als dreimal größer als die BRD.

Bevölkerung: 42 Mio (1977), davon rund 1/4 Kurden; arabische und andere nationale Minderheiten, allerdings zahlenmäßig geringer.

Bevölkerungswachstum: jährlich 2,5 %.

Größte Städte: Istanbul 4,5 Mio, Ankara (Hauptstadt) 2 Mio, Ismir 1 Mio, Samsun 905.000.

Religion: Mehr als 98 % islamisch, davon etwa 10—15 Mio schiitisch und der Rest sunnitisch.

Währung: Türkisches Pfund (TL) 1 TL = 0,09 DM (Mitte 1978).

Staatsform: Parlamentarische Republik mit Zweikammersystem. Streng zentralistisch. Es gibt 11 legale Parteien, davon sind 6 im Parlament vertreten. Die Kommunistische Partei der Türkei ist seit 56 Jahren illegal. Die Armee, insbesondere die hohen Generäle, die eng mit dem Monopolkapital verbunden sind, spielen eine gewichtige Rolle im politischen Leben.

Zahlreiche antidemokratische Gesetze und ein ausgebauter Unterdrückungsapparat, der eng mit dem CIA, dem SAVAK und den BRD-Geheimdiensten zusammenarbeitet.

Massenorganisationen: Etwa 1,5 Mio Gewerkschaftsmitglieder die sich im wesentlichen auf zwei Gewerkschaftsbünde verteilen: DISK (fortschrittlich) und Türk-Is (die Spitze wird von reaktionären und sogar faschistischen Kräften beherrscht, obschon es an der Basis eine beachtenswerte fortschrittliche Strömung gibt). Die Gewerkschaftsbewegung ist sehr zersplittert: Es gibt ca. 800 Gewerkschaften, von denen sich die meisten auf einen Betrieb beschränken.

Die fortschrittlichen Berufsorganisationen von Ingenieuren, Anwälten, Ärzten und Lehrern sind einflussreich. Es gibt starke Jugend- und Frauenorganisationen, die demokratischen Organisationen der armen und der mittleren Bauernschaft werden aufgebaut.

Diese demokratischen Massenorganisationen sind eines der Hauptziele der Terroranschläge der faschistischen MHP, die alleine 1978 über 1000 Tote forderten.

Westlicher „Vorposten“: 61 von 199 US-Militärstützpunkten, die im Mittelmeerraum verteilt sind, befinden sich in der Türkei, die Doppelmitglied der imperialistischen Militärpakte NATO und CENTO (bis 1959 Bagdad-Pakt) ist. Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1963 und 1970.

Wirtschaft: Die eurasiatische Türkei steht zwar an der Schwelle von einem Agrar- zu einem Industriestaat, hält aber noch immer das Schlußlicht im südeuropäischen Entwicklungsniveau. Das **Prokopfeinkommen** von 515 Dollar (Portugal 1030) lag mit einem Index (gemessen an USA = 100) von 10,5 Mitte der 70er Jahre hinter Portugal

mit 22 oder Mexiko mit 16,5 (Iran 7, BRD 70). Der Anteil der **Landwirtschaft** an den Erwerbstätigen machte 1973 noch immer über 60 % aus, gegenüber Portugal 30 %, Mexiko und Iran über 40 % (BRD 7 %). Der Anteil der **Industrie** an den Erwerbstätigen lag hingegen bei nur 15 %, der Portugals bei über 30 %, Mexiko und Iran bei über 20 % (BRD 48 %). Das Brutto sozialprodukt der Türkei wird zu 28 % aus der Landwirtschaft, zu ca. 29 % aus der Industrieproduktion (Portugal 41 %) erbracht.

Der schwachen Infrastrukturentwicklung und Rohstoffbasis ist ein verhältnismäßig geringer Anteil ausländischer Direktinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1975/76 etwa 0,6 % geschuldet, gegenüber Portugal 6 %, Mexiko 6,5 % und Iran 5 %. Dafür ist die **Auslandsverschuldung** mit über 50 % des BIP (1976) und einer Höhe von mehr als 25 Mrd Dollar doppelt bis dreimal so hoch wie die der anderen Vergleichsländer.

Etwa 2/3 des **türkischen Außenhandels** entfallen auf die westlichen Hauptländer. Die BRD ist der mit großem Abstand führende Hauptexporteur in die Türkei (1977), gefolgt von den USA, Italien, Großbritannien, der Schweiz und Frankreich. Der abhängige Charakter der türkischen Wirtschaft widerspiegelt sich ferner in der Außenhandelsstruktur: Während die Importe zu ca. 52 % aus Rohstoffen und zu 45 % aus Investitionsgütern bestehen, stellen Agrarprodukte mit einem Anteil von 60 % den Bärenanteil an den Exporten. Der steigende Exportanteil von industriellen Erzeugnissen (heute rund 30 %) zeigt allerdings einen tendenziellen Wandel an. In der **Einkommensverteilung** rangiert die Türkei unter den Ländern mit der größten Konzentration. Das obere Zehntel der Bevölkerung verfügt über 45 % am Nationaleinkommen, gegenüber Argentinien oder der Bundesrepublik um 40 %.

Soziales: Die **Analphabetenrate** entspricht mit 48 % (1974/75) dem Standard der arabischen Länder, verglichen mit Portugal 28 % oder Mexiko 27 %. Dreimal so hoch wie in diesen Ländern liegt in der Türkei auch die **Kindersterblichkeit** mit 15,3 (Todesfälle bis zum 1. Lebensjahr bei 100 Geburten). Die **Lebenserwartung** beträgt 58 Jahre, Der Anstieg der **Lebenshaltungskosten** (Juli 1978, gegenüber dem Vorjahr) betrug in Ankara 64,4 % und in Istanbul 70,4 %. Die Zahl der **Arbeitslosen** ist auf 3—3,5 Mio zu schätzen, bei einer arbeitsfähigen Bevölkerung von 16—17 Mio. Hinzu kommen mehr als 5 Mio Menschen in der Landwirtschaft (d. h. 50 % der dort Beschäftigten), die nur in den Monaten Juli/August (Ernte) beschäftigt sind, sowie ein Heer türkischer Gastarbeiter, das alleine in der BRD (1976) über 500 000 zählt.

stituierte sich in Angora die **Große Nationalversammlung (GNV) der Türkei**, die jede Gewalt in sich vereinte, Regierung, Gesetzgebung und vollziehende Gewalt übernahm. Das bedeutete den ersten tatsächlich revolutionären Schritt.

Diese offene Rebellion wurde von den britischen Imperialisten durch die Organisation von konterrevolutionären Aufständischen in verschiedenen Städten Anatoliens beantwortet. Gleichzeitig wurden die Führer der nationalen Bewegung vom Sultan-Khalifen vogelfrei erklärt. Die regulären Truppen, die die GNV-Regierung gegen die konterrevolutionären Kräfte einsetzte, liefen auf die feindliche Seite über und ermordeten ihre eigenen Offiziere. Allein die bewaffneten Volkskräfte der Grünen Armee waren imstande, die Aufstände der Khalifenanhänger zu unterdrücken. Auch der Vormarsch der griechischen Truppen wurde hauptsächlich durch diese Einheiten zum Stillstand gebracht (allerdings nach erheblichen Gebietsverlusten).

Aufgrund der neuen Situation wurde der Sultan-Regierung von den Imperialisten der **Vertrag von Sèvres** aufgezwungen (10. 8. 1920). Dieser Vertrag, der mit Ausnahme eines kleinen Gebietes in Zentralanatolien praktisch das gesamte Land an ausländische Mächte verteilte und insbesondere von den britischen Nahostplänen inspiriert war, wurde von der GNV nie anerkannt.

Die Große Nationalversammlung, die allein die Souveränität der Nation verkörpern sollte, entwickelte sich zum wichtigsten Organ im nationalen antiimperialistischen Kampf. Ihre Tätigkeit blieb nicht auf die Organisation des militärischen Widerstandes beschränkt. Bereits drei Tage nach der Wahl einer Regierung richtete ihr erster Vorsitzender, Mustafa Kemal, als ersten außenpolitischen Akt ein Schreiben an Lenin, in dem er vorschlug, zusammen mit Sowjetrußland „gegen die imperiali-

stischen Regierungen vorzugehen und die von ihnen unterjochten Menschen zu befreien“.⁸ Mustafa Kemal war sich im Unterschied zu anderen Führern der Befreiungsbewegung über den historischen Standort dieser Bewegung und die Bedeutung, die die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland für diese Bewegung hatte, durchaus im Klaren. Am 14. 8. 1920 stellte er in einer Rede vor der GNV fest, „daß es die Oktoberrevolution gewesen war, die dem imperialistischen System den entscheidenden Stoß versetzte und damit den Völkern des Ostens den Weg zu ihrer Befreiung erleichtert hatte.“

In diesem Zusammenhang muß jedoch betont werden, daß die antiimperialistische Haltung der Nationalisten keineswegs frei von Widersprüchen war. So haben sie vom Sommer 1920 bis Frühjahr 1921, als die sowjetischen Geld- und Waffenlieferungen bereits im Gange waren, zahlreiche Versuche unternommen, sich mit den französischen und/oder britischen Imperialisten für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sowjetmacht zu einigen. Der Außenminister der GNV, Bekir Sami, machte noch im März 1921 in London entsprechende Angebote,⁹ die jedoch an der starren Haltung Englands scheiterten.

Diese doppelzüngige Politik sowie die abenteuerlichen Pläne bezüglich der kaukasischen Gebiete, die von einem Teil der nationalistischen Führung gehegt wurden, verzögerten den Abschluß des beabsichtigten Freundschaftsvertrages mit der Sowjetregierung. Schließlich wurde am 16. 3. 1921 in Moskau der sowjetisch-türkische Vertrag über Freundschaft und Brüderlichkeit unterzeichnet. Damit war die Sowjetregierung die erste ausländische Macht, die die GNV-Regierung anerkannte. Außerdem schenkte sie dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden türkischen Volk 10 Mio Goldrubel, Waffen und Ausrü-

stungen aller Art, einschließlich Geschützen, die für die Bewaffnung von zwei Divisionen ausreichten.¹⁰

Das Zusammengehen Ankaras und Moskaus schuf eine nicht unbeträchtliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der nationalen Befreiungsbewegung. Die Gegenregierung in Ankara hatte in den weiteren Auseinandersetzungen den Rücken frei, und im Bündnis der Entente-Mächte, einschließlich der Griechen, zeigten sich die ersten Risse.

Mit der Bildung der GNV hatte sich die nationale Bourgeoisie ein organisatorisches Zentrum des nationalen Befreiungskampfes geschaffen. Damit sah sie sich auch zu einer generellen Abrechnung mit den kommunistischen und konsequent demokratischen Kräften in der Lage. Ein umfassender Plan hierzu wurde wohl nicht zufällig parallel zu den erwähnten Annäherungsversuchen an die Imperialisten in Gang gesetzt.

Mustafa Kemal und seine Umgebung waren durch den rasch wachsenden Einfluß der Grünen Armee alarmiert. Selbst die Mehrheit in der GNV war ihm nicht mehr sicher. So wurden am 17. 7. 1920 und 4. 9. 1920 zweimal hintereinander zwei Kandidaten der Grünen Armee gegen den ausdrücklichen Wunsch Kemals in Kampfabstimmungen zum Innenminister gewählt.¹¹ Im Herbst 1920 beauftragte Mustafa Kemal einige seiner engsten Vertrauten mit der Gründung einer „offiziellen KP“. Dieser Versuch, durch eine grobe Fälschung die Bevölkerung irreführen, schlug jedoch fehl.

Endgültiger Sieg im Befreiungskrieg 1922/23

Am 28. Januar 1921 wurden 15 führende ZK-Mitglieder der TKP, an ihrer Spitze der Vorsitzende Mustafa Suphi und der Generalsekretär Ethem Nejat in einem Hinterhalt heimtückisch ermordet. Sie waren, einer Einladung der GNV-Regierung folgend, auf dem Weg nach Ankara. Am nächsten Tag begann die Offensive der regulären Truppen gegen die Guerillaverbände, wobei die Regierung die kämpfenden Guerillas von hinten angriff und ein weiteres Vorrücken der griechischen Truppen in Kauf nahm. Die Große Nationalversammlung, die diese Maßnahmen nicht billigte, wurde durch Falschmeldungen getäuscht.¹² Im März 1921, nach der Ausschaltung der Guerillaverbände als Machtfaktor, wurden Hunderte von Kommunisten, Gewerkschaftern, Schriftsteller, Abgeordnete und Guerillaführer verhaftet und zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt. Damit war die Volksbewegung ihrer Führung beraubt und konnte die Vorherrschaft der Kemalisten nicht mehr in Frage stellen.

Die Kemalisten konzentrierten sich auf den Aufbau der regulären Armee. Dabei spielten die sowjetischen Waffen und die Verlagerung der Truppenverbände von der Ostgrenze an die Westfront eine entscheidende Rolle. Im September 1921 gelang es den Truppen der nationalen Befreiungsbewegung unter der Führung Kemals nach der dreiwöchigen Schlacht an der Sakarya die griechische Offensive zum Stehen zu bringen und den beabsichtigten Durchbruch nach Ankara zu verhindern. Dieser Sieg, der unter großen Opfern sowohl der Soldaten wie auch der zivilen Bevölkerung zustande kam, festigte die Positionen der Kemalisten außerordentlich.

Italien hatte im Juni als erster Entente-Staat begonnen, seine Truppen zurückzuziehen und Frankreich beschloß nun im Oktober 1921 das sog. Franklin-Bouillon-Abkommen, in dem der Abzug der französischen Truppen in Kilikien, die Fixierung der syrisch-türkischen Grenze und die diplomatische Anerkennung der Regierung in Ankara vereinbart wurden. Damit gewann die kemalistische Regierung eine bilaterale Revision des Sèvres-Vertrages und das Bündnis der Entente-Mächte in der türkischen Frage war endgültig zerbrochen. Nach fast einjährigem Stellungskrieg gelang den nationalen Kräften bei Dumlupınar der Durchbruch und mit der Einnahme Izmirs am 9. 9. 1922 der endgültige Sieg im Befreiungskampf.

In den harten und langwierigen Verhandlungen, die der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Lausanne (Juli 1923) vor-

ausgingen, gelang es der Delegation unter der Leitung Ismets (der spätere Ismet İnönü) die vollständige Unabhängigkeit auf politischem Gebiet, wie sie der Nationalpakt forderte, durchzusetzen und das Interventionsrecht der Alliierten zugunsten der nationalen Minderheiten zu beseitigen. Die nationale Unabhängigkeit und die territoriale Integrität wurden international anerkannt. Die Kapitulationen in rechtlichen, finanziellen, ökonomischen und anderen Bereichen wurden annulliert. Die ausländische Gerichtsbarkeit wurde abgeschafft, alle Gefängnisse, Post- und Fernmeldeeinrichtungen wurden nationaler Gesetzgebung unterstellt.

Es gab jedoch auch einige wichtige Fragen, bei denen Zugeständnisse gemacht wurden. Hier zeigte sich die Neigung der nationalen Bourgeoisie, selbst in grundsätzlichen Fragen Kompromisse mit dem Imperialismus zu suchen und eine Vertiefung des nationalen Befreiungskampfes zu vermeiden.

Das wurde besonders in der Diskussion über das Schicksal der Meerengen deutlich, als Tschitscherin, der sowjetische Vertreter, alleine für die Anerkennung der türkischen Souveränitätsrechte eintrat und die türkische Delegation schweigend die britischen Vorschläge unterstützte. So wurden die Bestimmungen des Sèvres-Vertrages weitgehend übernommen: Die Meerengen wurden entmilitarisiert und unter internationale, d. h. imperialistische, Kontrolle gestellt. Ebenso verpflichtete sich die nationale Regierung, ihren Anteil an den osmanischen Staatsschulden zurückzuzahlen (die Tilgung dauerte bis 1954!) und die Zölle fünf Jahre lang nicht zu erhöhen. Für die ausländischen Investitionen in der Türkei wurde ein befristetes Schutzabkommen vereinbart.

Insgesamt betrachtet stellte der Vertrag von Lausanne jedoch einen Sieg dar, der alle diesbezüglichen Vorstellungen aus der osmanischen Zeit weit übertraf und für die nationalistischen Befreiungsbewegungen in Asien und in Afrika lange Zeit beispielhaft wurde. Sie schrieb Jawaharlal Nehru 1944: „Kemal Pascha war natürlich bei Moslems ebenso wie bei Hindus beliebt. Er hatte nicht nur die Türkei vor fremder Herrschaft befreit und vor der Aufteilung bewahrt, sondern hatte auch die Machenschaften der europäischen Mächte, besonders Englands, vereitelt.“¹³ Glasneck weist nach, daß auch in den anderen Ländern Asien und Nordafrikas die Führer der nationalen Befreiungsbewegungen von dem Erfolg der türkischen Nationalisten stark beeinflußt wurden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. z. B. S. Yerasimos, *Azgelismislik Sürecinde Türkiye*, Istanbul 1977, Band I, S. 357—449 (Originaltitel: *Turquie: Le processus d'un sous-développement. Dissertation*). Die grundlegende Untersuchung der Ursachen und Folgen der „Celali Wirren“ stammt von M. Akdag: *Türk Halkinin Dirlik ve Düzenlik Kavgasi*, Istanbul 1975.
- 2) K. Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution*, Frankfurt/M. 1969, S. 49. Dieses Buch ist eines der informativsten in deutscher Sprache. Es muß jedoch beachtet werden, daß Steinhaus in vielen Punkten die Thesen der kemalistischen Selbstdarstellung unkritisch übernimmt.
- 3) Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Noveyschaya Istoria Turtsii*, Moskau 1968. Zit. nach der türkischen Übersetzung: *Ekim devrimi sonrası Türkiye tarihi*, I, Istanbul 1978, S. 9—10
- 4) Ebenda, S. 19
- 5) S. Yerasimos, a. a. O., Band III, S. 1173
- 6) K. Steinhaus, a. a. O., S. 72, Fußnote 157
- 7) S. Sele, *Anadolu İhtilali (Die Anatolische Revolution)*, Istanbul 1968, S. 283
- 8) D. Avcioglu, *Milli Kurtulus Tarihi (Geschichte der nationalen Befreiung)*, Istanbul 1974, Band 2, S. 752, Fußnote 358. Die Existenz dieses Briefes, der sich in den Archiven der UdSSR befindet, wird von einigen türkischen Wissenschaftlern bestritten.
- 9) D. Avcioglu, *Milli Kurtulus Tarihi*, a. a. O., S. 804
- 10) D. Avcioglu, *Milli Kurtulus Tarihi*, a. a. O., S. 819
- 11) D. Avcioglu, *Milli Kurtulus Tarihi*, S. 585 und Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Noveyschaya Istoria Turtsii*, a. a. O., S. 54
- 12) S. Sele, a. a. O., S. 467—68 und 474—484
- 13) Zit. nach: J. Glasneck, *Der Kemalismus und seine Bedeutung für den antimperialistischen Kampf der Völker Asiens und Afrikas*, in: *Wissenschaftliche Zeitung*, Halle, Nr. 4 1978, S. 111.

Seit im Juli 1978 die mauretische Regierung Moktar Ould Daddahs gestürzt wurde, ist Bewegung in den Westsaharakonflikt geraten. Dem Militärregime unter Generalstabschef Mustafa Ould Salek erleichterte die sahraouische Befreiungsbewegung Frente POLISARIO eine außenpolitische Kurskorrektur, indem sie noch im gleichen Monat einseitig das Feuer einstellte. Zweiseitige Friedensverhandlungen kamen in Gang. Andererseits verschärfte das marokkanische Hassan-Regime seinen Druck auf den Alliierten. Er wird untermauert durch eine Truppenpräsenz Marokkos von noch immer 9000 Mann auf mauretischem Territorium. Und im Dezember 1978 holte sich König Hassan II. auf Staatsbesuchen in Washington und Paris Flankenschutz für seine unnachgiebige Annexionsposition. Die ruinöse Wirtschaftslage des Erzexportlandes Mauretanien, seine einseitige Abhängigkeit von der EG und speziell von Frankreich (vgl. AIB 3/1978) machen es für westliche und marokkanische Pressionen anfällig. Marokko wiederum, als Feuerwehrruppe der NATO in Zaire, gegen Benin und Angola (UNITA-Ausbildung!) wohlprobt, wird stellvertretend für die Westmächte gegen das sozialistisch orientierte Algerien, die äußere Hauptstütze der POLISARIO, mobil. In den letzten Monaten mehrten sich marokkanische Militärübergriffe auf algerisches Gebiet (z. B. Angriff auf Kap Sigli, in der ostalgerischen Region Bejaia, am 16. 12. 1978) in der offensichtlichen Absicht seiner Destabilisierung; dies ausgerechnet in einer Situation, da Präsident Boumediennes Erkrankung und Tod im November/Dezember die Nachfolgefrage aufwarf und Hoffnungen auf einen Rechtsschwenk in Algerien nährte. Die Spekulationen auf ein Umfallen Algeriens in der Westsaharfrage aber schätzt nicht allein der Generalsekretär der POLISARIO, Mohammad Abdel-Aziz (siehe Interview), als haltlos ein. Wie auch das hier dokumentierte Politische Manifest des IV. POLISARIO-Kongresses zeigt, verfügen die sahraouischen Befreiungskämpfer über ein klares Konzept für einen demokratischen Frieden in der Westsahara. Ungeachtet der labilen Position Mauretaniens (es setzte am 5. Dezember die Verhandlungen aus) geben ihr nicht zuletzt die ökonomisch-militärische Krise des Hassan-Reiches (siehe Beitrag von L. Heinrich) und der jüngste Erfolg auf der XXXIII. UN-Vollversammlung Grund zur Ermutigung. Am 13. Dezember 1978 verabschiedete das Weltforum mit 90 gegen 10 Stimmen bei 39 Enthaltungen das bislang weitestgehende Votum, in dem es „das unveräußerliche Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“ feststellte.

Interview mit Mohammad Abdel-Aziz

Nein zu einem Ministaat!

FRAGE: Haben die Krankheit des algerischen Staatspräsidenten, Houari Boumedienne, und die daraus resultierende Unsicherheit über die politische Zukunft des Landes, das Ihr wichtigster Verbündeter ist, die Suche nach einer friedlichen Lösung des Westsaharakonflikts beeinflusst?

M. ABDEL-AZIZ: Boumedienne ist ein großer Staatsmann, der in der arabischen Welt und auf internationalem Gebiet eine wichtige Rolle gespielt hat. Algerien verfolgt eine klare Linie, die auf der Nationalcharta (vgl. AIB 1/1977; d. Red.) basiert. Das Land hat zuverlässige politische Grundfesten und seine Stimme zählt einiges in der internationalen Politik. Das algerische Volk hat die Erfahrung eines langen nationalen Befreiungskrieges hinter sich. Das sahraouische Volk befindet sich zur Zeit in eben diesem Prozeß. Unsere Beziehungen mit Algerien sind sehr eng und haben eine dauerhafte Grundlage.

Unbegründete Angriffe gegen Algerien

Bestimmte Kreise in Europa und in der arabischen Welt haben die Krankheit Boumediennes ausgenutzt, um eine Kampagne unbegründeter Gerüchte und Angriffe gegen Algerien ins Leben zu rufen.

Es ist bekannt, daß die Unterstützung aller um nationale Befreiung kämpfenden Völker den Kern der algerischen Außenpolitik bildet. Boumedienne hat immer betont, daß ein Wechsel in der Staatsführung an diesem Aspekt algerischer Politik nichts ändern würde. Wir sind fest von der Ernsthaftigkeit der algerischen Unterstützung für unsere Sache überzeugt.

FRAGE: Auf dem IV. Kongreß der Frente POLISARIO haben Sie von dem neuen mauretischen Regime unter Oberstleutnant Ould Salek gefordert, die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) anzuerkennen, das zur Zeit besetzte Gebiet der Sahara den POLISARIO-Behörden zurückzugeben und sei-



POLISARIO-Generalsekretär M. Abdel-Aziz

ne Truppen hinter die vor dem Krieg geltenden Grenzen zurückziehen. Wie lange werden Sie den derzeitigen Waffenstillstand auf mauretanischem Gebiet einhalten, wenn die mauretanische Regierung auf Ihre Friedensvorschläge nicht positiv eingeht?

M. ABDEL-AZIZ: Zunächst einmal ist es der Kongreß der Frente POLISARIO, der befugt ist, in allen wichtigen Fragen politischer und strategischer Natur zu entscheiden. Der Kongreß betrachtet den Waffenstillstand als solchen als nicht be- ständig. Bis jetzt ist er eingehalten worden.

Es wäre ein logischer Schritt für ein neues Regime in Nouak- çott, die DARS anzuerkennen. Die DARS ist daran interes- siert, gute Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Ach- tung und Zusammenarbeit zwischen Mauretanien und dem sah- raouischen Volk zu erhalten. Der IV. Kongreß hat jedoch nicht um eine Anerkennung der DARS durch Mauretanien gebeten. Im Rahmen der vorgeschlagenen Bedingungen für die Grund- legung des Friedens hat der IV. Kongreß Mauretanien aufgefor- dert, die Souveränität der DARS im gesamten Gebiet des ehe- maligen Spanisch-Sahara anzuerkennen und den mauretanisch verwalteten Teil des Gebietes an die DARS abzutreten.

Keine Verhandlungsergebnisse mit Mauretanien/Marokko

FRAGE: 1975 hat der erste Generalsekretär der POLISARIO, Mustafa el-Ouali, von der Möglichkeit eines Staatenbundes mit Mauretanien gesprochen, und zwar für den Fall, daß die West- sahara unter einer POLISARIO-Regierung unabhängig wird. Ist ein derartiges Vorhaben immer noch möglich, oder ist es nach drei Jahren heftiger Kämpfe in der Wüste unrealistisch ge- worden?

M. ABDEL-AZIZ: In diesem Zusammenhang muß man sehen, daß Ouali nicht von einem Staatenbund mit Mauretanien im strengen Sinn gesprochen hat. Vielmehr hat er von einer Einheit mit dem mauretanischen und anderen arabischen Völkern im Rahmen einer panarabischen Einheit gesprochen.

In der gegenwärtigen Situation in diesem Gebiet ist die Frage der Vereinigung mit Mauretanien nicht unmittelbar von Bedeu- tung. Erst wenn das sahraouische Volk seine Souveränität in der gesamten Westsahara wiedergewonnen hat, wird es möglich sein, diese Frage noch einmal zu überdenken. Wir könnten nicht über Vereinigung oder Föderation mit einem Land spre- chen, das immer noch einen Teil unseres nationalen Territori- ums besetzt hält.

FRAGE: Was war das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Vertretern der POLISARIO und mauretanischen Diplomaten, die kürzlich in Bamako stattfanden? Wurden in der malischen Hauptstadt Verhandlungen mit Marokko aufgenommen?

M. ABDEL-AZIZ: Es stimmt, daß Verhandlungen zwischen der DARS und dem neuen mauretanischen Regime stattgefun- den haben. Die jüngste Gesprächsrunde fand in Bamako statt. Bis jetzt wurden keine positiven Ergebnisse erzielt, in erster Li- nie weil die mauretanischen Delegierten keine bedeutsamen Schritte auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung der Sahara- frage unternommen haben.

Was Marokko angeht, kann ich Ihnen versichern, daß es keine Verhandlungen oder auch nur Gespräche in Bamako gegeben hat. Der marokkanische König entsandte eine ranghohe Dele- gation. Diese Delegation hat sich mit einem POLISARIO- Mitglied getroffen, das aber nur ein einfacher Kämpfer unserer Organisation ist.

Wir haben das mit Rücksicht auf den malischen Präsidenten Moussa Traore getan, da er uns gebeten hatte, mit den Marok- kanern zusammenzutreffen. Obwohl der marokkanische Dele- gationsleiter das Treffen als positiven Schritt in Richtung auf eine neue Ära der Friedensbemühungen bezeichnet hat, gab Kö- nig Hassan nach dem Treffen eine Erklärung ab, in der er von der traditionellen marokkanischen Position in der Sahara-Frage nicht abwich. So sieht sich das sahraouische Volk leider ge-

zwungen, den bewaffneten Kampf fortzuführen, da er die einzi- ge Antwort auf die unversöhnliche marokkanische Haltung zu sein scheint.

FRAGE: Frankreich und bestimmte afrikanische Staaten haben einen Friedensplan entworfen, der einen sahraouischen Mini- staat unter POLISARIO-Kontrolle und in den Grenzen der zur Zeit mauretanisch besetzten Gebiete der Sahara vorsieht. Wä- ren Sie bereit, einem solchen Plan zuzustimmen?

M. ABDEL-AZIZ: Ich versichere Ihnen, daß wir weder von Frankreich noch irgend einem anderen afrikanischen Staat offi- ziell auf die Möglichkeit eines solchen Planes angesprochen worden sind. Wir haben von sog. Lösungen erst durch westliche Publikationen etwas erfahren.

Man muß freilich die Tatsache im Auge behalten, daß die Län- der, die vermutlich hinter einem solchen Plan stecken, diejeni- gen sind, die früher die Sahara und ihr Volk als keine Grund- lage für einen lebensfähigen Staat bezeichnet haben, weder was das Territorium noch die ausreichend große Bevölkerung be- trifft. Also stellt sich uns die Frage, wieso sie jetzt eine solche Pseudolösung präsentieren, die darauf abzielt, das Problem mit der Errichtung eines Ministaates zu beseitigen. Die einzige ak- zeptable Lösung für das sahraouische Volk ist die Konstituie- rung und Anerkennung der DARS auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Spanisch-Sahara.

FRAGE: Bislang haben 17 Staaten die DARS anerkannt. Au- ßer Algerien ist von der arabischen Welt nur der Südjemen un- ter diesen Staaten. Wieso hat die POLISARIO nur einen so be- grenzten diplomatischen Erfolg in der arabischen Welt?

M. ABDEL-AZIZ: Wie Sie gesagt haben, wurde DARS von 17 Staaten, einschließlich der zwei aus der arabischen Welt, aner- kannt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die DARS keine Unter- stützung von den Völkern der arabischen Welt und den anderen Kontinenten erhält.

Wenn andere arabische Staaten die DARS nicht offiziell aner- kannt haben, so helfen sie uns doch auf anderen Wegen. Zum Beispiel gewährt uns Libyen entscheidende Unterstützung, des- gleichen Syrien. Wir sind sicher, daß mit zunehmendem Erfolg des sahraouischen Kampfes auch andere Länder der arabischen Welt einer diplomatischen Anerkennung der DARS zustimmen werden.

FRAGE: Unterhalten Sie Beziehungen zur PLO?

M. ABDEL-AZIZ: Wir unterstützen das Recht des palästinensi- schen Volkes auf Selbstbestimmung und wir sind der Mei- nung, daß eine Lösung der Palästina-Frage notwendigerweise die Unterstützung und Beteiligung der PLO erfordert.

Frankreichs Ministaats-Idee ist inakzeptabel

FRAGE: Welche Rolle billigen Sie jetzt, nach der bewaffneten Intervention Frankreichs während des letzten Jahres, der von Präsident Giscard d'Estaing geführten Regierung in den Bemü- hungen um einen Frieden in der Sahara zu?

M. ABDEL-AZIZ: Frankreich ist ständiges Mitglied des UN- Sicherheitsrates, der für Frieden und Sicherheit auf der ganzen Welt verantwortlich ist. Frankreich ist auch eine Atommacht und hat ein bedeutendes Gewicht in Fragen der Weltpolitik. Wir sind der Meinung, daß die französische Regierung ihre Macht und Einflußmöglichkeiten nicht mißbrauchen sollte, um kurzfristige eigene Interessen durchzusetzen. Frankreich sollte seine Position nutzen, um die Rechte der Völker und die Prinzi- pien internationaler Gerechtigkeit zu unterstützen.

Dies ist in der Westsahara nicht der Fall, da Frankreich seine militärische Macht benutzt hat, um die Aggressoren gegen das sahraouische Volk zu unterstützen. Wir hoffen ernsthaft, daß Frankreich seine Haltung noch einmal überdenkt.

FRAGE: Ein Vertreter der spanischen Regierungspartei UCD (Demokratische Zentrumsunion) hat am IV. Kongreß der PO- LISARIO teilgenommen. Erwarten Sie, daß die spanische Re- gierung das Madrider Dreimächte-Abkommen aufkündigt, das

die gesetzliche Grundlage für die Aufteilung der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien bildet?

M. ABDEL-AZIZ: Der Teilname des UCD-Vertreters am letzten POLISARIO-Kongreß folgte ein gemeinsames Kommuniqué, in dem die spanische Regierungspartei die POLISARIO als den einzigen Repräsentanten des sahraouischen Volkes anerkennt. Mehr noch: Spanien hat eingewilligt, das Recht des sahraouischen Volkes auf Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anzuerkennen. Weiter erkennt es die Tatsache an, daß es ohne die Respektierung der Rechte des sahraouischen Volkes keinen Frieden in der Westsahara geben wird. Wir betrachten dies als positiven, ja bedeutungsvollen Schritt in Richtung auf eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der DARS und Spanien. Spanien ist die ehemalige Kolonialmacht und unsere beiden Länder haben viele gemeinsame Interessen. Wir denken, daß dies die Basis für eine Aufkündigung des verhassten Madrider Abkommens sein könnte.

FRAGE: König Hassan von Marokko weilte kürzlich zu einem Staatsbesuch in den USA. Wie beurteilen Sie die amerikanische Politik in der Westsahara? Haben Sie Kontakte zur Carter-Administration?

M. ABDEL-AZIZ: Hassan hat versucht, bei verschiedenen internationalen Anlässen Unterstützung für seine nicht-

M. ABDEL-AZIZ: Es ist völlig normal, daß die Sowjetunion die elementaren Rechte des sahraouischen Volkes anerkennt. In dieser Hinsicht ist die sowjetische Haltung ähnlich der des Internationalen Gerichtshofes. Das Fischereiabkommen erstreckt sich nicht auf die Gewässer der DARS, es gilt nur für marokkanische Gewässer.

Ich möchte noch hinzufügen, daß der Kampf des sahraouischen Volkes nicht auf einen Sturz der marokkanischen Regierung abzielt. Unser Kampf ist der einer nationalen Befreiung. Daher können wir uns auch nicht in die Rechte anderer Staaten, Handelsverträge mit Marokko oder Mauretanien abzuschließen, einmischen.

FRAGE: Auf der letzten Gipfelkonferenz der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit; d. Red.) in Khartum wurde die Konstituierung eines „Komitees der Weisen“ beschlossen, das einen Bericht an den amtierenden Präsidenten verfassen soll, mit dem Ziel, eine außerordentliche Gipfelkonferenz zur Saharafrage einzuberufen. Wäre dies Ihrer Meinung nach ein positiver Schritt?

M. ABDEL-AZIZ: Der Khartumer Beschluß war positiv und kennzeichnet einen großen Erfolg des sahraouischen Volkes. Er berücksichtigt den Bericht der Vereinten Nationen, der 1975 von einer Sonderkommission verfaßt wurde und den Wunsch des



unterstützbare Position in der Westsahara zu gewinnen. So hat er versucht, zahlreiche westliche Länder in der Sahara vor vollendete Tatsachen zu stellen und sie in einen gefährlich eskalierenden Konflikt in diesem Gebiet hineinzuziehen.

Jetzt will Hassan seine Politik den USA aufzwingen, zu einer Zeit, wo die eine Seite der kriegführenden Parteien bereits eine friedliche Lösung anstrebt. Wir sind mit der Neutralität der USA im Saharakonflikt — insbesondere mit der Entscheidung, keine Waffen nach Rabat zu liefern, die gegen die Streitkräfte der POLISARIO und gegen das sahraouische Volk eingesetzt werden würden — zufrieden. Wir hoffen, daß die USA bei dieser Haltung bleiben werden.

Wir hatten Kontakte mit amerikanischen Diplomaten, auch mit dem US-Vertreter bei den Vereinten Nationen Andrew Young.

FRAGE: Die Sowjetunion hat das Recht des sahraouischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkannt. Aber gleichzeitig hat sie wichtige Handelsabkommen mit Marokko geschlossen, einschließlich eines Fischereiabkommens, das nach Aussagen von Beobachtern die Küstengewässer einschließt. Halten Sie die sowjetische Westsahara-Politik für ambivalent?

sahraouischen Volkes nach Unabhängigkeit sowie die POLISARIO als einzige Befreiungsorganisation des sahraouischen Volkes anerkannte. Auch die Forderung nach Entkolonialisierung ist darin enthalten.

Insofern ist das Dossier offen für internationale Organisationen wie die OAU und die UNO. Der Beschluß von Khartum berücksichtigt ebenfalls die Meinung des Internationalen Gerichtshofes, wonach keine früheren Bindungen zwischen der Westsahara und Marokko oder Mauretanien Gültigkeit haben. Ich möchte noch hinzufügen, daß Nouakchott (Hauptstadt Mauretaniens; d. Red.) und Rabat (Hauptstadt Marokkos; d. Red.) in jüngster Zeit in einem Versuch, sich gegen die OAU und die UNO zu stellen, taktiert haben. Sie haben versucht, die Diskussion über die Sahara in der UNO zu verhindern. Die Aufgabe des Komitees ist es, die außerordentliche Gipfelkonferenz zur Saharafrage vorzubereiten.

Wir halten es für die Pflicht des amtierenden Präsidenten Gaffer al-Numeiri, die Konferenz einzuberufen. Seine Verantwortung in dieser Angelegenheit ist groß.

(Quelle: The Middle East, London, Nr. 51, Januar 1979, S. 39—41.)

IV. Kongreß der Frente POLISARIO

Politisches Manifest

Vom 25.—30. September 1978 tagte der IV. Allgemeine Volkskongreß der Frente POLISARIO. Neben dem hier dokumentierten Politischen Manifest verabschiedete der Kongreß eine überarbeitete Fassung des Nationalen Aktionsprogramms der POLISARIO und eine Verfassung für die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Während das in AIB 11—12/1976 bereits in vollem Wortlaut dokumentierte Programm der Bewegung lediglich in einigen Punkten geringfügig geändert bzw. aktualisiert worden ist, formuliert das Politische Manifest wichtige Grundprinzipien und Essentials für eine Lösung des Westsaharakonflikts. Dabei wird insbesondere auf die neue Situation nach dem Regierungswechsel in Mauretanien abgehoben.

Fünf Jahre und einige Monate sind seit der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes unseres Landes unter der Führung der Frente POLISARIO verflossen. Dieser Kampf reiht sich historisch ein in den Rahmen eines langen hundertjährigen politischen und militärischen Kampfes, den unser Volk gegen alle kolonial-expansionistischen Versuche führte.

Durch die großen Siege, die heroischen Taten unseres Volkes und seine ungeheuren freiwilligen Opfer in diesem hartnäckigen Kampf bleibt seine entschlossene Haltung, sein Vaterland zu befreien und sein Wille, die territoriale Integrität seines Landes zu erhalten, unverbrüchlich. So findet der IV. Allgemeine Volkskongreß, der Kongreß des Märtyrers Sidi Ould Haidoug, unter der Losung „Der Kampf für die Errichtung der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens geht weiter“ in einer wichtigen und entscheidenden Situation statt, in der das sahraouische Volk sich gegen die kolonial-expansionistischen Kräfte gestellt hat. Es ist dies ein Kampf gegen die kriminellen Pläne, die darauf abzielen, der Freiheit der Völker einen Stoß zu versetzen und sie mit Gewalt an der Ausübung ihrer legitimen Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit zu hindern.

Diese Situation wird durch Faktoren und Ereignisse charakterisiert, die man folgendermaßen zusammenfassen kann:

1. Auf innenpolitischem Gebiet

Auf diesem Gebiet registriert der Kongreß mit Befriedigung das erreichte Niveau in der Entwicklung der Institutionen und Organisationen des Staates durch die Verbreiterung und Vertiefung des Bewußtseins und der Politisierung des Volkes im Rahmen der Konsolidierung der nationalen Einheit. Dies konkretisiert sich in der Fähigkeit unserer staatlichen Volksinstitutionen, die Aufgaben des nationalen Befreiungskampfes und die Erhöhung des Niveaus der Volksmassen auf allen für unser Volk lebensnotwendigen Gebieten zu realisieren.

Auf dem Gebiet des **Schulwesens** hat der Kongreß dessen Verbreiterung auf alle Ebenen festgestellt, was die Eliminierung des Analphabetentums sowohl in den einzelnen Schichten des Volkes als auch in den verschiedenen Organisationen und Körperschaften wie der Volksbefreiungsarmee und den Massenorganisationen betrifft und große Veränderungen im Interesse des Kampfes unseres Volkes bewirkt und zur Erhöhung des Bewußtseins und der Konsolidierung des Fortschritts unseres Volkes beigetragen hat. Das Schulwesen auf allen Ebenen und auf allen Studienstufen hat eine sehr große Zahl von Kindern der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) umfaßt. Dies garantiert, daß die künftigen Generationen vor Unwissenheit bewahrt werden und sich die nationale Persönlichkeit des sahraouischen Volkes für immer festigt.

Auf dem Gebiet der **Gesundheitsversorgung** würdigt der Kongreß alle großen Anstrengungen, die auf diesem Gebiet entfaltet wurden, die einerseits durch den Bau von Krankenhäusern für die Aufnahme und Pflege der Bürger, und andererseits durch eine Gesundheitspolitik gekennzeichnet sind, die sich auf den Geist der Vorbeugung, auf die Schaffung von nationalen Kadern und verschiedenen Spezialisten unter Ausschöpfung der eigenen Kräfte unseres Volkes stützt.

Der Kongreß registriert die beachtliche Entwicklung in der quantitativen Erhöhung der **Nahrungsmittel**, obwohl sie noch nicht das gewünschte Niveau besonders auf qualitativem Gebiet erreicht hat; je-

doch werden die Siege unseres Volkes und die Verbreiterung der Unterstützung durch seine Freunde die notwendige Steigerung der Hilfe auf quantitativem und qualitativem Gebiet mit sich bringen.

Der Kongreß hat ebenso mit Stolz die große Entwicklung, die kämpferische Erfahrung und die hohe Moral der **Sahraouischen Volksbefreiungsarmee** festgestellt, die sich in der siegreichen und historischen militärischen Operation ebenso materialisiert haben wie in ihrer Entwicklung auf ein solches Niveau, daß den Okkupationskräften trotz ihrer Pläne und der direkten Unterstützung von außen, der militärische Zusammenbruch bevorsteht, was die baldige Rückkehr des Gleichgewichts in der Region ankündigt. Der Kongreß begrüßt die Rolle, die die Sahraouische Volksbefreiungsarmee bei ihrem eigenen Aufbau auf politischem und organisatorischem Gebiet spielt. Dies hat ihr erlaubt, die Stufe der Vollendung der Befreiung der DARS zu erreichen und ein wesentlicher Faktor zu sein, der zur Garantie des Friedens, der Stabilität und des Gleichgewichts in der Region beiträgt.

2. Auf diplomatischer Ebene

Die auf internationaler Ebene errungenen politischen und diplomatischen Siege sind die direkte Konsequenz des Kampfes unseres Volkes auf allen Ebenen, genauso wie sie ein Beweis für die Unterstützung sind, die unsere gerechte Sache bei den Ländern und Völkern der Welt genießt, was sich in zahlreichen Unterstützungsbekundungen, für unsere gerechte Sache auf allen Kontinenten und in verschiedenen Kreisen niederschlägt.

Unser Volk hat erreicht, alle kriminellen Pläne und schmutzigen Manöver des Feindes zum Scheitern zu bringen, trotz der enormen Mittel an Menschen und Material, die der Feind in seinem gegen unser Land geführten Aggressionskrieg einsetzte und trotz seiner Verneinung der Existenz unseres Volkes und seines vergeblichen Versuchs, alle Ausstrahlung unserer gerechten Sache auf internationaler Ebene zu verhindern. Die Erneuerung und erneute Versicherung ihrer in diesen letzten zwei Jahren gefaßten Positionen durch die internationalen Organisationen (UNO, OAU, Nichtpaktgebundene), die darauf bestehen, daß die Frage der Westsahara eine Frage der Entkolonialisierung ist, und die davon ausgehen, daß unser Volk das Recht auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und territoriale Integrität hat, beweist unbestreitbar, daß die internationale Gemeinschaft die Politik der vollendeten Tatsachen und der Gewalt, die bis jetzt von den Regimes von Rabat und Nouakchott gegen unser Land verfolgt wurde, ablehnt.

Wenn auch die expansionistischen marokkanischen und mauretanischen Regimes es ablehnen, die Existenz unseres Volkes anzuerkennen, so bildet die Anerkennung der Frente POLISARIO als einziger und legitimer Repräsentant unseres Volkes und der DARS als vollkommen souveräner Staat eine klare Absage an die expansionistischen Vorhaben der Invasoren. (. . .)

Die Entscheidung vom 12. Juli 1978 hat neue Bedingungen und eine Dynamik des Friedens geschaffen, die im Interesse der Völker der Region genutzt werden müssen. Der Stopp der militärischen Operationen auf mauretanischem Territorium ist eine deutliche Demonstration des Willens des sahraouischen Volkes, gute Beziehungen mit allen Völkern des arabischen Maghreb und besonders mit dem mauretanischen Brudervolk zu knüpfen.

Der Stopp der militärischen Operation auf mauretanischem Territorium ist eine wertvolle Gelegenheit für das mauretanische Volk und seine neue Regierung, die Aggressions- und Hochverratspolitik zu revidieren, die von der vorigen Regierung betrieben wurde. Diese Politik hat aus Mauretanien ein Wesen gemacht, das von der direkten Okkupation von Seiten der expansionistischen und kolonialistischen Kräfte bedroht und eine materielle und menschliche Reserve eines expansionistischen Aggressionskrieges gegen ein Brudervolk geworden ist, einen historischen Verbündeten des mauretanischen Volkes gegen die expansionistische Politik Marokkos.

Der IV. Allgemeine Volkskongreß erinnert daran, daß unser Kampf ein Befreiungskampf für die nationale Unabhängigkeit und nicht dazu be-

stimmt ist, fremde Regimes zu stürzen. Deshalb ist unser Kampf gegen die expansionistische Aggressionspolitik gegen unsere Souveränität und territoriale Integrität gerichtet und wird unermüdlich fortgesetzt bis zur vollkommenen und kompletten Befreiung des letzten Zolls des Territoriums der DARS.

Der Kongreß verlangt von der neuen mauretanischen Regierung:

1. Die offizielle Anerkennung der Souveränität der DARS auf der Gesamtheit des Territoriums der Westsahara.
2. Die Rückgabe des Teils, das sie besetzt hält, an die Behörden der DARS.
3. Den Rückzug der mauretanischen Kräfte bis zu ihren international anerkannten Grenzen (Grenzen von 1960).

Die Souveränität des mauretanischen Volkes wäre keine reale, wenn sie auf der Schädigung des sahraouischen Volkes basiert. Ebenso hängt die Unabhängigkeit von Mauretanien, ja sogar seine Existenz in hohem Maße von der Unabhängigkeit und der Existenz des sahraouischen Volkes ab, da der Expansionismus des marokkanischen Regimes auf alle Völker der Region abzielt und zwar im wesentlichen auf das sahraouische und das mauretanische Volk, auf die es immer noch gierig ist.

Die Beziehungen der historischen Solidarität und der brüderlichen und freundschaftlichen Bindungen, die zwischen den Völkern des arabischen Maghreb und insbesondere zwischen dem sahraouischen und mauretanischen Volk bestehen, dürfen nicht von den einen zum Schaden der anderen ausgenutzt werden.

Diese Beziehungen datieren nicht von heute, sondern sind das Ergebnis eines langen gemeinsamen Kampfes gegen die kolonialistischen fremden Aggressionen; so sind diese historischen Beziehungen Beziehungen des Kampfes, der Solidarität und der guten Nachbarschaft. Die Wiederherstellung dieser Kampfsolidarität gegen Kolonialismus, Expansionismus und Aggression ist unvermeidlich.

Die Freiheit ist die Voraussetzung für jede Entscheidung. Davon ausgehend haben sich die Freiheit und die Unabhängigkeit des sahraouischen Volkes in seiner historischen Errungenschaft materialisiert: der DARS, die eine grundsätzliche Rolle bei der Wiederherstellung der Stabilität und des Gleichgewichts in der Region spielt.

Das unveräußerliche Recht unseres Volkes auf Freiheit und auf Unab-

hängigkeit beharrlich zu verleugnen und sich zu weigern, seinem freien Wunsch nach wirklichem und gerechten Frieden zu entsprechen, der auf der gegenseitigen Achtung der Souveränität basiert, das hieße, sich in gefährlicher Weise weiterhin darauf zu versteifen, die kolonialistische Invasion unseres Landes fortzusetzen, deren Verantwortung mit allen ihren Konsequenzen diejenigen Staaten übernehmen, die sich zum Stellvertreter des spanischen Kolonialismus machen wollten.

Die Fortsetzung der Okkupation unseres Landes mit Waffengewalt ist mit ernststen Konsequenzen für den Frieden und die Sicherheit in der Region und in der Welt verbunden. Der Kongreß macht auf die Gefahr aufmerksam, die jede Lösung mit sich bringt, die nicht den Willen des sahraouischen Volkes und seines einzigen und legitimen Vertreters, der Frente POLISARIO, achtet, seine nationale Unabhängigkeit innerhalb der Grenzen seines Staates, der DARS, zu erhalten.

Keine Initiative, wie ernst sie auch gemeint sei, kann wirklich zum Ziel führen, wenn sie nicht mit der entschlossenen Haltung unseres Volkes rechnet, seine Souveränität und seine nationalen Rechte zu verteidigen, die von allen internationalen Organisationen anerkannt werden, insbesondere von der UNO, die der wirklich geeignete Rahmen der Entkolonialisierung unseres Landes bleibt, und der OAU, die die schwere Verantwortung trägt, unser Volk und seine Rechte auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit zu verteidigen.

Das sahraouische Volk ist eine Realität, die militärisch und politisch existiert, eine historische und tiefe Realität, die man nicht übergehen kann. Die Leugnung dieser Realität durch Marokko und Mauretanien bleibt die Ursache des aktuellen Konflikts.

Die internationale Gemeinschaft, alle friedliebenden Organisationen und Kräfte werden ohne Zweifel den guten und freien Willen des sahraouischen Volkes anerkennen, frei, souverän und in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben, wie es in den Prinzipien und den Initiativen, die es unaufhörlich vor aller Welt erklärt, deutlich vor Augen geführt wird. Der Kampf zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens geht weiter!

(Quelle: Pressematerial der Frente POLISARIO, o. O., Oktober 1978)

Marokko

Lothar Heinrich

Hassans Aderlaß



Wenn es auch gerade aus seinem Mund pure Demagogie ist, so ist das, was König Hassan II. seinen Abgeordneten am 13. 10. 1978 sagte, doch durchaus wahr: „Ich verberge Ihnen nicht, daß, wenn wir dem bislang eingeschlagenen Weg weiter folgen, wir zu einer Gesellschaft kommen, in der der Armee sehr arm und der Reiche übermäßig reich sein wird.“¹ Was hier allerdings als zukünftige Perspektive beschrieben wird, ist in Wirklichkeit die Situation, in der sich das Land schon immer befindet. Allerdings stimmt es, daß dieser Differenzierungsprozeß seit der Unabhängigkeit des Landes 1956 fortgeschritten ist und

zur Zeit eine ganz besondere Zuspitzung erfährt.

Angesichts der potentiellen wirtschaftlichen Ressourcen des Landes ist das keineswegs ein naturwüchsiger Zustand, sondern das Ergebnis einer dem Klassencharakter des Regimes entsprechenden Entwicklungsstrategie, auf die der Begriff des „Wachstums ohne Entwicklung“ (Samir Amin) zutrifft. In den 60er Jahren war Marokko durch die ständig wachsende Macht der alautischen Monarchie und der von ihr vertretenen Klassen der Agrar- und Kompradorenbourgeoisie bzw. der Reste der Feudalklasse zum Nachteil der „nationalen“ Bourgeoisie und vor allem der Arbeiter und Bauern gekennzeichnet. Sporadische Volksaufstände (u. a. am 23. 3. 1965 in Casablanca), vor allem aber die beiden Militärputschversuche von 1971 und 1972 hatten gezeigt, daß die soziale Basis des Regimes gefährlich eng geworden war.

Der König antwortete darauf mit der Ankündigung einer Neuorientierung der Wirtschaftsstruktur und verkündete 1973 sogar den „marokkanischen Sozialismus“. Der Zweck der Versprechen war die Befriedigung nationalistischer Gefühle der Bevölkerung und — angeblich — die Stärkung der nationalen Klein- und Mittelbourgeoisie als Puffer zwischen der Kompradorenbourgeoisie und der werktätigen Bevölkerung.

Die wichtigste Reform bestand in den „Marokkanisierungs-gesetzen“ von 1973, durch die die deutlichsten Zeichen der neokolonialen Abhängigkeit des Landes verdeckt werden sollten. Als Hauptpunkt wurde für die „Marokkanisierung“ eine Beteiligung von 50 % marokkanischen Kapitals vorgeschrieben. Durch Schachtelbeteiligung, d. h. durch die Beteiligung so

„marokkanisierter“ Firmen an ausländischen Firmen, kann der faktische marokkanische Anteil jedoch beliebig gesenkt werden. Die Oppositionszeitung *Souffles* veröffentlichte im April 1974 eine eingehende Analyse dieser Reform und machte deutlich, daß entgegen der offiziellen Propaganda diese Gesetze von Anfang an nicht darauf angelegt waren, die marokkanische Wirtschaft in irgendeiner Weise von der kapitalistischen Welt abzukoppeln noch die „nationale“ Bourgeoisie nennenswert zu stärken. Einerseits fielen aus der Liste der zu marokkanisierenden Firmen bzw. Sektoren all diejenigen heraus, an denen das internationale Kapital interessiert war; dazu gehört u. a. der Tourismussektor, der Bergwerkssektor bis auf die schon in Kolonialzeiten verstaatlichte Phosphatindustrie und die übrige Großindustrie. Die innere Logik dieser Liste besteht darin, daß sie das Feld des Appetits der marokkanischen Kompradorenbourgeoisie und deren Grenzen, die ihr durch die Strukturen der politischen, ökonomischen und kulturellen Abhängigkeit vom ausländischen Großkapital gesetzt werden, abgesteckt. Diese Kompradorenbourgeoisie war auch die einzige, die finanziell in der Lage war, von der Ausschaltung des kleinen und mittleren Auslandskapitals wesentlich zu profitieren. Zu ihr gehören nicht zuletzt hohe Funktionäre, Polizeiinspektoren, Richter und natürlich Mitglieder der königlichen Familie. Obwohl die „Marokkanisierung“ also im wesentlichen ein Beitrag zur Stärkung der Allianz zwischen der herrschenden Klasse Marokkos und des imperialistischen Kapitals war, war dieses dennoch im ersten Moment erschreckt. Zu seiner Beruhigung wurden daher im gleichen Jahr das „Investitionsförderungsgesetz“ (13. 8. 1973) und am gleichen Tag das „Exportförderungsgesetz“ erlassen, die die ohnehin schon überaus „liberale“ Politik in dieser Hinsicht noch auf die Spitze trieben.

Bei einer durchschnittlichen Kapitalamortisierungsdauer von höchstens 4 Jahren und so gut wie ungehindertem Gewinntransfer bleibt es daher nicht aus, wenn das ausländische Privatkapital heute in Marokko stärker denn je vertreten ist.

Über 50 % des Auslandskapitals ist immer noch französisch, gefolgt von US-amerikanischem, saudiarabischem und westdeutschem Kapital.² Allein das französische Kapital kontrolliert 22 Jahre nach der Unabhängigkeit 60 % der Metallindustrie, 50 % der Zementindustrie und 40 % der chemischen Industrie. Die im Charakter des Regimes ohnehin angelegte Außenorientierung der marokkanischen Wirtschaft wurde durch klare Empfehlungen seitens der Weltbank 1964 noch verstärkt.

Entgegen anderslautenden Absichtserklärungen haben alle Wirtschaftspläne vor allem den Exportsektor und den Tourismus gefördert, eben jene Sektoren, in denen auch das Auslandskapital und die diesem eng verbundene Kompradorenklasse am stärksten engagiert sind. Der Staat, der immerhin ca. 50 % der Gesamtinvestitionen tätigt, nimmt sich der Sektoren an, in denen die Amortisierungszeit dem imperialistischen Kapital zu lang erscheint.

Auf diese Weise hat Marokko durch hohe Kapitalinvestitionen (durch den marokkanischen Staat und ausländisches privates und öffentliches Kapital) einige Erfolge erzielt. Es konnte eine 1963 noch inexistenten Zuckerindustrie aufgebaut werden, die bewässerten landwirtschaftlichen Flächen wurden durch eine großangelegte „Politik der Staudämme“ wesentlich ausgeweitet. Die Investitionen stiegen zwischen 1972 und 1977 von 15 % auf 21 % und auch das Prokopfeinkommen ist offiziellen Zahlen zufolge zwischen 1976 und 1978 von 471 auf 597 Dollar³ angestiegen.

Diesen offiziellen Wachstumszahlen steht jedoch eine weniger positive Statistik gegenüber und vor allem auch soziale Realitäten, die mit den ohnehin zweifelhaften bürgerlichen Wirtschaftsstatistiken kaum gefaßt werden. Der vorige Fünfjahresplan (1973—77) ist im wesentlichen an der außenorientierten Struktur der marokkanischen Wirtschaft gescheitert. Entgegen der offiziellen Erwartungen hat es nach 1974 einen Verfall des Preises für das Hauptexportgut des Landes, Rohphosphat, gegeben, so daß die Phosphateinnahmen 1977 4,5 % niedriger wa-

ren als im Jahr zuvor.

Gleichzeitig verschlechterte sich — teilweise aus klimatischen Gründen — die Situation im Agrarbereich. Marokko war genötigt, sich an den internationalen Getreidemarkt zu wenden. Seine landwirtschaftlichen Exporte deckten daher 1977 die Agrarimporte nur zu 60 %. Das Handelsbilanzdefizit wuchs daher zwischen 1975 und 1976 um das Doppelte und erreichte 1977 die Rekordhöhe von 1,9 Mrd US-Dollar. Einem US-Report von 1976 zufolge wird Marokko in den 80er Jahren hinter Ägypten und Zaire das höchste Handelsbilanzdefizit in der Welt haben. An dieser Situation wird sich zweifellos sobald nichts ändern. Die jüngste Ankündigung des Königs, Marokko werde aufgrund neuer Erdölfunde demnächst Erdöl exportieren, haben sich inzwischen als pures Ablenkungsmanöver gegenüber der marokkanischen Öffentlichkeit erwiesen.⁴

Herbe Folgen des Westsaharakrieges

Hinzu kommen die Ausgaben für den Aggressionskrieg gegen das sahrauische Volk. Die Militärausgaben des Landes haben sich seit 1975 verdreifacht und der Kauf weiteren Materials ist vorgesehen. Dazu gehört u. a. ein Radarsystem der US-Firma Westinghouse für 250 Mio Dollar, 50 Mirage-Kampfflugzeuge für 650 Mio Dollar und eventuell das elektrische Überwachungssystem Projekt Westwind der US-Firma Northrop Page und Decisions & Designs Inc. für 200 Mio Dollar.⁵

Das Ergebnis dieser Politik war die Verschiebung oder gar endgültige Streichung zentraler Entwicklungsprojekte des letzten Fünfjahresplans, so des Baus des seit über 10 Jahren geplanten metallverarbeitenden Komplexes von Nador, und schließlich die Unmöglichkeit ab 1978 einen neuen Fünfjahresplan vorzulegen. Stattdessen wurde ein dreijähriges Spar- und Übergangsprogramm verabschiedet.

Aber auch dieser Plan, der u. a. das Lebensniveau der Bevölkerung weiter zugunsten der Militärausgaben zu senken droht und der darüber hinaus den parasitären Tourismussektor zuungunsten der Industrialisierung fördert, wird kaum eine Wende herbeiführen.⁶ Es ist schon heute deutlich, daß beispielsweise die Begrenzung von Luxusimporten über den schwarzen Markt umgangen wird. Gleichmaßen ist auch nicht zu erkennen, wie bei der fortdauernden Außenorientierung so wie sie sich auch im Übergangsplan widerspiegelt, die negative Entwicklung des Verhältnisses zwischen Exporteinnahmen und Schuldentilgung für die gewaltigen Auslandsanleihen umgekehrt werden könnte. Diese Anleihen haben sich zwischen 1976 und 1978 von 9,7 % auf 23 % des Exportes angewachsen. Gleichzeitig sind die Einnahmen des so sehr geförderten Tourismus seit Kriegsbeginn um ca. 25 % gefallen.

Für die werktätige Bevölkerung schlägt sich diese Entwicklung allgemein in einer zunehmenden Verschlechterung ihrer Lebensumstände nieder. Städtische und ländliche Bevölkerung sind gleichermaßen von einer weit über 10 % liegenden Inflation betroffen, die nicht zuletzt als Ergebnis ungehemmten Spekulantentums für einige Güter wie etwa Fleisch 1977 bei 100 % lag (siehe *Financial Times*). Hinzu kommt als eines der Hauptprobleme das der Arbeitslosigkeit und das des mit dem Bauernleben verbundenen Problems der Ausbreitung von Bidonvilles (Elendsquartieren) an den Rändern der Städte. Auf dem Land leben 55 % der aktiven Bevölkerung.

Die Politik des Regimes besteht aufgrund seiner Klassenbasis im wesentlichen in technokratischen Reformen mit dem Ziel einer exportorientierten Kapitalisierung der Landwirtschaft. Die Marokkanisierung der Betriebe französischer Colons (Großgrundbesitzer) und der Ausbau des Bewässerungswesens haben daher zu einer weiteren Konzentrierung gerade des fruchtbaren Landes in den Händen einer kleinen Klasse von Großgrundbesitzer — deren größter der König selbst ist — geführt. Diese Klasse kontrolliert heute 1/3 der gesamten Landwirtschaftsfläche und 1/2 der bewässerten Fläche. Das sind die 300 herrschenden Familien. Während insgesamt 3 % der Landbevölkerung über

Politische Gefangene

Die blutige Unterdrückung jeder ernstes Opposition ist ein zentraler Bestandteil des alautischen Regimes.

1959, drei Jahre nach der formalen Unabhängigkeit des Landes, befahl die damalige Kronprinz und heutige König Hassan die Strafexpedition gegen die Bauern in Rif, die sich erhoben hatten. Er ertränkte den Aufstand im Blut. 1965 schoss Armee und Polizei in Casablanca die u. a. für eine bessere Schulbildung demonstrierende Jugend der Stadt zusammen. Nach dem Aufstandsversuch von 1973 wurden im Mittleren Atlas ganze Familien ausgerottet.

Seit 1956 hat es 28 politische Prozesse, 12 davon seit 1975, gegeben. Dutzende Oppositionelle wurden ermordet, unter ihnen antikoloniale Widerstandskämpfer wie Cheikh el Arab und Roudani, der weltweit bekannte Führer der Nationalen Union der Volkskräfte - UNFP, Mehdi Ben Barka (1965 in Paris), und Omar Ben Jelloun (1975). Nach dem Staatsstreichversuch von 1971 wurden 400 Kadetten der Militärschule von Ahermoumou mit Maschinengewehren erschossen.

Dutzende Oppositionelle sind unter der Folter gestorben, unter ihnen die Mitglieder der revolutionären Organisation Illal Amam, El Abdi und Abdelatif Zeroual. Andere sind seit Jahren verschwunden, ohne daß man etwas über ihren Verbleib wüßte. Dazu gehören 100 Soldaten, die an den Putschversuchen von 1971 und 1972 beteiligt waren. 20 von ihnen hätten bereits 1974, 1975 und 1976 freigelassen werden müssen, sind aber nie mehr gesehen worden. Dazu gehört auch Houcine al-Manouzi, der 1972 auf dem Flughafen von Tunis entführt wurde. Er war in den 60er Jahren aktiv an der gewerkschaftlichen Organisierung marokkanischer Arbeiter in Belgien beteiligt gewesen.

Seit der Aggression gegen das sahraouische Volk — einer Zeit, die angeblich durch eine innenpolitische Liberalisierung des Regimes gekennzeichnet ist — sind rund 1000 Personen entführt und festgenommen worden, darunter 150 Sahraouis aus Südmarokko, von denen man seitdem nichts mehr gehört und gesehen hat. In 12 Prozessen, darunter dem Massenprozeß gegen die revolutionäre marxistische Opposition in Casablanca Anfang 1977 wurden 250 Verurteilungen ausgesprochen, darunter 44 Lebenslänglich und Dutzende zwischen 10 und 30 Jahren. Verhaftungen ohne Prozeß und Folter verschiedenster Art sind an der Tagesordnung. Dazu gehört auch die seit 4 Jahren bestehende Isolationshaft Abraham Serfatys, der in Casablanca vor Gericht seine und seiner Mitangeklagten Solidarität mit den sahraouischen Volk bekundet hat.

Am 22. Oktober 1978 wurde in Lüttich bei einem Treffen verschiedene Solidaritätskomitees, an dem aus der Bundesrepublik das Maghreb Komitee e. V. teilnahm, für 1979 die Durchführung einer internationalen Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko beschlossen (siehe Maghreb Informationen, Bonn, Nr. 6—7/1978). **MAGHREB KOMITEE e. V.**

80 % des Bodens verfügen, sind 40 % völlig ohne Land. Diese Großgrundbesitzer zahlen aber nur 1 % der Steuern, während die verarmten Massen über die Konsumptionssteuern 50 % aller Steuern aufbringen.⁷ Das Ergebnis liegt auf der Hand: eine ländliche Arbeitslosigkeit von ca. 60 %, eine Landflucht von ca. 90 000 Bauern im Jahr in Städte mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 40 % oder — wie vor allem in einigen politisch als unruhig bekannten Gebieten des Rif — nach Europa.⁸ Die entsprechende Einkommensverteilung der Gesamtgesellschaft sieht dann so aus, daß 55 % der Bevölkerung 20 % des Nationaleinkommens auf sich konzentrieren, wobei die 20 % städtische Bevölkerung 30 % aneignet, gegenüber 50 %, in die sich die hohen Funktionäre, Kompradoren und Feudalherren teilen.⁹

1960 konsumierte die herrschende Klasse achtmal mehr als die Masse des Volkes, 1977 schon 31 mal mehr.¹⁰

Eine solche Entwicklung kennzeichnet ein Regime, von dem die heute durch den Außenminister in der Regierung vertretene national-bourgeoise Istiqlal-Partei in ihrer Tageszeitung L'Opinion sagt: „In Marokko haben eine Handvoll Feudalherren das Ruder des Staates an sich gebracht und sich die Reichtümer des Landes angeeignet. Weniger als 300 Familien, die die herrschende Oligarchie bilden, beuten 18 Mio Marokkaner aus“. Ein solches Regime kann keine selbstzentrierte ökonomische Entwicklung im Interesse der nationalen Bourgeoisie geschweige denn der arbeitenden Massen in Gang setzen. Der Ent-

wicklungsweg des Landes ist daher nicht nur kapitalistisch, sondern im engeren Sinn neokolonial.

Diese Entwicklung wird selbstredend durch die versuchte Annexion der Westsahara nicht im mindesten in Frage gestellt, obwohl gerade eine solche Hoffnung die theoretische Grundlage für die Unterstützung der marokkanischen Saharapolitik durch die linke Opposition ist. Die Ausbeutung der zahlreichen Rohstoffe der Westsahara, vom Rohphosphat von Bou Craa über den Fischreichtum zu den vorhandenen — wenn auch noch nicht ausgebeuteten — Rohöl-, Eisen- und wahrscheinlich auch Uranvorkommen¹¹ würde zweifellos den gemeinsamen Appetit der marokkanischen Kompradorenbourgeoisie und ihrer ausländischen Partner ganz besonders befriedigen und darüber hinaus allerdings auch eine weitere Industrialisierung des Landes ermöglichen. An Charakter und Struktur des marokkanischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems würde sich jedoch nichts grundlegend ändern.

Bis jetzt jedoch ist durch den Widerstand der Frente POLISARIO von einem marokkanischen Zugriff auf diese Rohstoffe ohnehin faktisch keine Rede. Im Gegenteil verschlingt das Sahara-Abenteuer nicht nur riesige Summen für den militärischen Bereich im engeren Sinn, sondern auch für die sog. Entwicklung der neuen „Provinz“. Dabei handelt es sich in erster Linie um kostenaufwendige aber wirtschaftlich auf absehbare Zeit nicht gewinnträchtige Infrastrukturmaßnahmen, die für die militärische Kontrolle und das geplante Projekt der massenhaften Ansiedlung von Marokkanern¹² notwendig sind.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Unfähigkeit Marokkos, angesichts der neuerlichen Erweiterung des Weltphosphatmarktes das Phosphat von Bou Craa gegen den Willen der Frente POLISARIO zur Verfügung zu stellen, mit dazu beiträgt, das Marokko in der Sahara-Frage in letzter Zeit auf eine deutliche Reserviertheit seitens seiner traditionellen Verbündeten Frankreich und USA stößt.¹³ Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes selbst haben sich allerdings bislang noch nicht materiell auf die Sahara-Politik des Regimes ausgewirkt.

Anmerkungen:

- 1) Jeune Afrique, Paris, 13. 12. 1978
- 2) Demain l'Afrique, Paris, 4. 12. 1978
- 3) Middle East, Newsletter (MEN), London, 19. 11. 1978
- 4) Ebenda; Africa, London, Nr. 10/1978; Events, London, 1. 12. 1978
- 5) Events, 1. 12. 1978; (MEN), 19. 11. 1978
- 6) Siehe L'Economiste du tiers monde, Paris, Nr. 11/1978
- 7) Al Ikhtiar ath-Thaouri, Nr. 3/1978
- 8) A. Baroudi, Maroc — impérialisme et émigration, Paris 1978
- 9) L'Opinion, Rabat, 6. 3. 1977
- 10) New African, London, Nr. 8/1978
- 11) E. Assidon, Sahara occidental — un jeu pour le nordouest africain, Paris 1978; J. Mercer, Spanish Sahara, London 1976
- 12) Extra Dienst, Westberlin, 8. 12. 1978
- 13) Maghreb-Informationen, Bonn, September 1978

Zwangsarbeit für tunesische Gewerkschafter

- Tunesien als Festfall einer steckengebliebenen Entkolonisation
 - Gewerkschaftsbewegung in Tunesien
 - Die ökonomischen Beziehungen BRD-Tunesien
- Das sind einige Themen aus dem Bereich des Maghreb. Wir unterstützen die Solidaritätsaktion für die inhaftierten tunesischen Gewerkschafter. Deshalb rufen wir auf, Gelder dafür bereitzustellen. Spendenkonto Sparkasse Bonn, Kto. Nr. 69 989, Stichwort Tunesien.

MAGHREB INFORMATIONEN Nr. 6/7 Schwerpunkt Tunesien

Erscheinungsweise 12mal jährlich. Sie sind zu beziehen über:
MAGHREB KOMITEE e. V., Blücherstr. 26, 5300 Bonn 1.
Kto.-Nr. 69 583 Sparkasse Bonn Weitere Informationen und Probestempel bitte anfordern.

Interview mit Osman Mohammed Ali

Die Opposition wird rege

Sudans Präsident Numeiri machte 1978 durch seine OAU-Präsidentschaft, seine Assistenz für Sadats Kapitulationismus und eine sog. nationale Versöhnungspolitik im Innern — von ihr blieben nur die Kommunistische und Baath-Partei des Sudan ausgeschlossen — von sich Reden. Ende 1978 bestärkte er mit einer Rundreise nach Washington, Bonn, Brüssel und Madrid seinen prowestlichen Anbieterkurs (siehe Hintergrundmaterial zum Sudan in AIB 11/1977). Zu diesen Fragen und der derzeitigen Situation der demokratischen Bewegung des Sudan befragte das AIB das Führungsmitglied der Sudanesischen Jugendunion, Osman Mohammed Ali.

AIB: Dem sudanesischen Staatschef und neuen OAU-Präsidenten Numeiri wird in den zunehmenden Aggressionen gegen die arabische und afrikanische Befreiungsbewegung eine Vermittlerrolle zugeschrieben. Wie ist die außenpolitische Rolle Numeiris tatsächlich einzuschätzen?

O. M. ALI: Der Sudan spielt eine wichtige Rolle in der Achse Kairo-Riad, die vom US-Imperialismus zur Durchsetzung seiner Interessen in diesem Gebiet geschmiedet wurde. Die Achse entstand nach der Niederlage der USA in Vietnam und dem Oktoberkrieg 1973. Die USA entwickelten diese Politik, um andere Völker in anderen Teilen der Welt für ihre Interessen kämpfen zu lassen.

Der Sudan spielt tatsächlich eine wichtige Rolle. Dieser Rolle sowie den Finanzen aus Saudi Arabien ist es zu verdanken, daß Somalia zur Teilnahme an den Aktionen dieser Achse gewonnen werden konnte.

Was ihre gegenwärtigen strategischen Ziele betrifft, so kämpfen sie mit allen Mitteln für den Sturz der Revolutionäre in Äthiopien. Deshalb versuchen sie, den Sudan und Äthiopien in eine militärische Konfrontation zu treiben — im vergangenen Jahr 1977 hatten sie ihre ganzen Truppen entlang der Grenze stationiert. Sie versuchen, sich einzumischen und sie versuchen auch die eritreanische Revolution zu vereinnahmen, um einen Anteil der von reichen, reaktionären arabischen Ländern bereitgestellten finanziellen Unterstützung in die eigene Tasche zu wirtschaften. Sie versuchen, die Differenzen zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der eritreanischen Bewegung auszunutzen, sie protegieren die Minderheit reaktionärer Eritreaner wie Saleh Sabbe, um ihm zu einer führenden Rolle zu verhelfen. Ihre Hilfe an die Eritreaner ist natürlich nicht ehrlich gemeint, denn sie wird dazu benutzt, der äthiopischen Revolution so viele Probleme wie möglich zu schaffen.

Die Achse ist auch gegen den Südjemen gerichtet. Man hat versucht, mit allen Mitteln Druck auf den Südjemen auszuüben, mit Anleihen und mit Finanzhilfe aus Saudi Arabien. Als dies mißlang, versuchte man es mit einem Staatsstreich. Doch das südjemenitische Volk bereitete dieser Verschwörung eine Niederlage (siehe Dokument in AIB 10/1978; d. Red.).

Die Achse besteht nun hauptsächlich aus dem Sudan, Saudi Arabien und Ägypten, aber auch Nordjemen und Somalia sind daran beteiligt. Ihr ganzes Gerede über die Sicherheit am Roten Meer ist Augenwischerei, denn alle diese Länder machen gemeinsame Sache mit den USA. Wir wissen, daß die

Israelis einige Teile des Roten Meeres kontrollieren, aber keiner von ihnen spricht über die Israelis. Vielmehr sprechen sie über eine russische Intervention in diesem Gebiet, aber soweit das Auge reicht, ist davon nichts zu sehen.

AIB: Bedeutet die nationale Versöhnungspolitik Numeiris eine Allianz der Klassenkräfte im Sudan?

O. M. ALI: Die in letzter Zeit propagierte nationale Versöhnung, die das Numeiri-Regime vertritt, wurde hauptsächlich aufgrund ausländischer Interessen an diesem Lande entworfen. Sie, die US-Imperialisten, setzen auf Numeiris Einsatz in Afrika und im Nahen Osten. Deshalb versuchen sie sein schwaches Regime dadurch zu stärken, daß sie einige seiner natürlichen Verbündeten im Lande zu einer aktiven Teilnahme und zur Unterstützung des Regimes gewinnen wollen.

Nationale Versöhnung Numeiris?

Das ist bereits in anderen Ländern in der Region erreicht worden. So zum Beispiel in Marokko, wo die Imperialisten König Hassan zur Versöhnung mit der rechten Opposition und sogar mit dem linken Flügel drängten, indem sie ihnen einen symbolischen Status im Parlament zugestanden. Und so können sie dort jetzt von der Wahrung der Menschenrechte sprechen.

In der gleichen Weise versucht das Numeiri-Regime, die rechte Opposition auf seine Seite zu ziehen: Er hat sie ermuntert, eine aktive Rolle in seiner Partei (der 1972 gegründeten und einzig zugelassenen Partei, der Sudanesischen Sozialistischen Union (SSU); d. Red.) einzunehmen und er hat ihr auch gewisse Positionen in seinem Kabinett gegeben.

AIB: Was bringt die nationale Versöhnungspolitik der demokratischen Bewegung im Sudan?



Präsident Numeiri und Frankreichs Giscard d'Estaing (r.)

O. M. ALI: Durch diese nationale Versöhnung wurden politische Gefangene freigelassen, darunter alle Demokraten und Kommunisten. Aber der Charakter des Systems hat sich nicht geändert, da das Regime seine repressiven Gesetze weiterhin aufrechterhält. Das Gesetz zur Staatssicherheit dient vor allem der grausamen Unterdrückung, das Gesetz über die Vorbeugehaft zur Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren für unbestimmte Zeit. Jeder kann aus politischen Gründen seine Arbeit verlieren und es ist nicht erlaubt, sich zu organisieren oder seine politischen Ansichten zu äußern.

Man kann also sagen, die politische Versöhnung ist hauptsächlich eine Versöhnung innerhalb der sudanesischen Rechtskräfte, zwischen dem was Opposition genannt wurde, und dem reaktionären Regime Numeiris.

AIB: Der Führer der nicht zugelassenen Umma-Partei, Sadik el Mahdi, ist mit anderen rechten Kräften mittlerweile rehabilitiert worden. Wie stark und einheitlich ist die Rechtsopposition wirklich? Welche Positionen bzw. Forderungen vertritt sie?

O. M. ALI: Die Rechtsopposition hat versucht, das Militärregime zu stürzen und dabei ist sie durch zahlreiche erfolgreiche Militärputsche geschwächt worden. Weil sie dadurch in eine sehr geschwächte Position geriet, begann sie nun sich mit dem Numeiri-Regime wieder zu versöhnen, was ihren herkömmlichen Interessen widerspricht.

Die meisten Anhänger Mahdis gehören der oberen Mittelschicht an, sie sind Besitzer von größeren landwirtschaftlichen Betrieben und haben ein Interesse an einer kapitalistischen Entwicklung des Landes. Sie treten also nicht für eine reale Demokratie ein und sie kuschen innerhalb des Einparteiensystems. Sie stimmen dem Führerprinzip im Staat zu und setzen sich alle für die Bekämpfung der Kommunisten im Lande ein. Sie erreichten, daß einige fanatische Moslembrüder sich ihnen angeschlossen haben und die nationale Versöhnung aktiv unterstützen.

Große Teile der Opposition aber, die in der Nationalen Unionspartei (ebenso wie alle anderen politischen Parteien außer der SSU seit 1969 verboten; d. Red.) vertreten sind, haben sich noch nicht entschlossen, die nationale Versöhnung zu unterstützen. Ihr Führer ist noch im Ausland. Sie fordern mehr Demokratie, mehr demokratische Rechte für das ganze Volk, und sie bestanden sogar darauf, daß Demokraten und Kommunisten freigelassen werden müßten, bevor sie der nationalen Versöhnung zustimmen.

AIB: Wer ist der Führer dieser Kräfte?

O. M. ALI: Er heißt Shari Hussein al Hindi.

Beziehungen BRD—Sudan

Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1972 ist der Sudan eines der Schwerpunktländer der BRD-Entwicklungshilfe:

Aus öffentlichen Mitteln (Kredite und Zuwendungen) erhielt der Sudan 1950–76 312 Mio DM (Afrika insgesamt 7,3 Mrd DM), davon 1972–76 232 Mio DM (3,9 Mrd DM).

Seit 1975 ist der Sudan auch ein Vorreiter für „Dreiecksgeschäfte“ der BRD. Für Infrastrukturprojekte (Hafen und Straßenbau) liefert Bonn know how mit etwas Kapital; Hauptfinanzier ist Saudi Arabien, in die profitträchtigen Aufträge teilen sich u. a. Klöckner, Rheinstahl, Strabag und Krupp.

Die Einfuhren des Sudan aus der BRD stiegen von 9,9 (1973) auf 28,9 Mio £S (1976; 1 £S = 6,80 DM), während die Ausfuhren in die BRD von 13,9 (1973) auf 12,7 Mio £S (1976) zurückgingen. Den „Mäßigungs“kurs Numeiris in Nahost und in der OAU prädestiniert ihn zur Rolle des Mittelmans der neokolonialistischen BRD-Interessen im arabisch-afrikanischen Raum, die Bonn zuletzt mit dem Abkommen vom 2. 10. 1978 honorierte. Ihm zufolge erhält der Sudan als erstes Land in der Welt von der BRD 110 Mio DM als Kapital- und technische Hilfe statt wie bisher rückzahlbar nunmehr als Geschenk. Der Nachlaß der 436 Mio DM sudanesischer Gesamtschulden gegenüber der BRD gilt als sicher.

AIB: Die demokratische Bewegung des Sudan war in den letzten Jahren schweren Verfolgungen ausgesetzt . . .

O. M. ALI: Ja, nach dem blutigen Militärputsch von 1971 wurden mehrere Führer der kommunistischen und demokratischen Bewegung des Sudan hingerichtet. Tausende wurden ins Gefängnis geworfen, verloren ihre Arbeit und sind die ganze Zeit hindurch von der Militärdiktatur verfolgt worden. Die demokratischen und kommunistischen Kräfte haben seither versucht, ihre Organisationen wieder aufzubauen und sie starteten eine große Kampagne zur Befreiung aller politischen Gefangenen – mit Erfolg.

In diesem Zusammenhang möchte ich allen internationalen Organisationen für ihre Solidarität danken. Sie hat uns sehr geholfen, die reaktionäre Aggression gegen die demokratische Bewegung abzuwehren.

Gegen Streikbewegungen machtlos

AIB: Gibt es Anzeichen eines Neuaufschwungs der Oppositionsbewegung?

O. M. ALI: In der letzten Zeit haben die demokratischen Kräfte mehr Einfluß in den Gewerkschaften und anderen Organisationen gewonnen. Obwohl die Regierung versucht hat, die Gewerkschaften zu beherrschen und ihre Partei sich ständig bemüht, Arbeiter zu bestechen und sämtliche Wahlen zu verfälschen, ist es ihnen nicht gelungen, die Arbeiterbewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das zeigen die Streikämpfe, die das ganze Land erfaßten. Die Streikenden widersetzten sich den Gesetzen, die jegliche Streiks illegalisieren und die seit 1971 sehr streng gehandhabt werden.

AIB: Wann begannen diese Streiks?

O. M. ALI: Es gab in den letzten Jahren mehrere Versuche zu streiken, aber jedes Mal wurden alle Streikenden von der Regierung inhaftiert. In einzelnen Fällen setzten sie sogar Militäreinheiten gegen die Streikenden ein. Aber diesmal war die Streikbewegung sehr breit und die Regierung war zu schwach, um dagegen vorzugehen, beispielsweise wieder Militär einzusetzen.

AIB: Dies war im vergangenen Sommer?

O. M. ALI: Ja, die Streiks begannen im April/Mai 1978. Der Bahnarbeiterstreik war der größte. Sie zwangen die Regierung, durch neue Wahlen die Gewerkschaften umzugestalten. Auch die Textilarbeiter streikten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Techniker, die im Bereich der medizinischen Versorgung, für die landwirtschaftliche Forschung und in anderen Bereichen tätig sind, streikten ebenfalls mit Erfolg. Anfang Juli d. J. sollten die Gehälter der Ärzte aufgrund ihres erfolgreichen Streiks erhöht werden.

Die ökonomische Lage im Sudan verursacht eine Menge Probleme für die Regierung. Sie konnte die Löhne nicht erhöhen und für die Streikenden hat sie nur Versprechungen übrig. Deshalb erwarten wir, daß die Streiks in den nächsten Monaten fortgeführt werden.

Besonders negativ auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen hat sich die Abwertung des sudanesischen Pfund um 30 % ausgewirkt und niemand glaubt daran, daß die Löhne aller Werktätigen in Sudan erhöht werden, obwohl dies versprochen worden ist.

AIB: Trifft diese Situation auch auf die Landwirtschaft zu?

O. M. ALI: Die Bauern des Sudan leben unter äußerst schlechten Bedingungen. Der Grund dafür liegt in der Erhöhung der Produktionskosten und der sinkenden Einnahmen. Bekanntlich ist der Sudan vor allem von seinem Hauptprodukt Baumwolle abhängig. Die landwirtschaftliche Produktion sinkt vor allem auch wegen der sinkenden Nachfrage auf dem internationalen Markt. Da das Einkommen der Bauern und Landarbeiter immer geringer wird, werden auch sie wahrscheinlich bald Streikmaßnahmen ergreifen.

Mengistu Haile-Mariam

Priorität für die Produktionsschlacht



Anlässlich des 4. Jahrestages des Sturzes der Monarchie in Äthiopien hielt der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (DERG) Mengistu Haile Mariam am 12. September 1978 eine Rede, in der er auch die schwierige wirtschaftliche Lage und ihre Ursachen zum Gegenstand macht. Mit der kürzlich erfolgten „Proklamation über die Bildung des Obersten Rates für die nationale revolutionäre Entwicklungskampagne und zentrale Planung“ soll nun, nachdem gegen die eritreanische Separatistenbewegung eine militärische Wende erzwungen wurde, auch an der wirtschaftlichen Front der Durchbruch erreicht werden.

Wenn wir eine Einschätzung des politischen Kampfes und des international erlangten Sieges vornehmen, fühlen wir uns ermutigt für den Kampf, der vor uns liegt. Wir dürfen nicht vergessen, daß sowohl die Innenpolitik als auch die Außenpolitik im vorrevolutionären Äthiopien durch den Imperialismus kontrolliert wurde.

Obwohl es genügend menschliche und materielle Ressourcen hatte, war das vorrevolutionäre Äthiopien eines der rückständigsten Länder der Welt. 85 % der Gesamtbevölkerung waren Pächter, 90 % waren Analphabeten, 85 % hatten keinerlei medizinische Betreuung und alles in allem blieben 90 % der Bauern regelrecht vergessen. Obwohl die Bedingungen in den Städten leicht besser erschienen, waren die Nutznießer die gleiche Handvoll Mitglieder der herrschenden Klasse. Während der Zeit des feudal-bürgerlichen Regimes war Äthiopien, kurz gesagt, ein Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung an Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetentum litt, wohingegen eine kleine Anzahl von Ausbeutern und Unterdrückern in der Lage war, ein luxuriöses Leben zu führen, ohne zu arbeiten.

Eine Revolution zerschlägt reaktionäre Strukturen, behält die besseren und bildet neue. Ausgehend von dieser Wahrheit, haben wir — wenn wir den revolutionären Prozeß untersuchen, den wir durchgemacht haben — viele Dinge betreffs des ersten erfüllt, während wir in bezug auf das zweite durch den Druck unserer Feinde gezwungen wurden, zurückzubleiben. Auch wenn die Kontrolle der Wirtschaft, welche die Grundlage für die Existenz jeder Gesellschaft bildet, in der Hauptsache von der Kontrolle der Ausbeuter befreit wurde, um den Interessen der breiten Massen zu dienen, hatten wir keine friedliche Pause, um sie entwickeln zu können. Von unseren Feinden gezwungen, uns auf die politischen und militärischen Bereiche zu konzentrieren, konnten wir uns nicht so stark der Wirtschaft zuwenden, wie wir es gern getan hätten.

In der Tat, in einigen Gebieten sind die ökonomischen Aktivitäten praktisch auf Grund der Eskalation des Kampfes von der politischen zur hauptsächlich militärischen Konfrontation zum Stehen gekommen. Auch heute können wir nicht sagen, daß die

ökonomischen Aktivitäten vollständig wieder aufgenommen wurden. Die Wunde, die der Krieg der Wirtschaft geschlagen hat, ist noch nicht geheilt. Der Kampf, der von jetzt ab beim Aufbau der Wirtschaft geführt werden muß, erfordert ungeheure Opfer.

Bevor wir unseren zukünftigen Kurs markieren, ist es notwendig, unsere gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Bedingungen zusammenzufassen.

Betrachten wir zuerst die **Landwirtschaft**, die das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bildet. Der ländliche Boden, der vollständig im Besitz der alten herrschenden Klasse war, wird nun mehr oder weniger in drei Typen eines zusammenhängenden Systems nutzbar gemacht: Bauernvereinigungen, staatliche Güter und Neusiedlungen (seßhaft gewordene Nomaden; d. Red.). Während durch die Hilfe, die die Regierung entsprechend ihren Möglichkeiten gewährt, sich die Bauern und Neubesiedler organisierten und ihre Wirtschaften verbessern, wird auf den staatlichen Gütern versucht, die Produktion zu erhöhen. Was den Viehbestand anbetrifft, so sind die Aussichten ebenfalls optimistisch. Wir haben 25 Mio Rinder, 23 Mio Schafe, 17 Mio Ziegen u. a. Ebenfalls ist unser Fischereipotential nicht zu unterschätzen. Die Hauptverantwortung der breiten Massen besteht darin, die Quantität und die Qualität dieses Reichtums besser zu nutzen und gleichzeitig jede Vergeudung zu vermeiden. Jetzt sind Anstrengungen des Volkes im Gange, um die Aufforstung des — jährlich um 200 000 ha anwachsenden — Ödlandes durchzuführen. Die Zahl der ständigen Landarbeiter wuchs in der Zeit von 1975/76 bis 1977/78 von 8485 auf 21 362 und die der Saisonarbeiter von 57 709 auf 64 584. Zu Beginn 1976/77 wurden 255 935 Familien angesiedelt. Da die Entwicklung unserer Wasserressourcen für das Wachstum unserer Wirtschaft entscheidend ist, wurden eine umfassende Studie angefertigt und ein Plan vorbereitet, um die Ressourcen von 52 Flüssen zu erschließen. Viele unserer Flüsse fließen über unsere Grenzen hinaus in andere Länder. In Anerkennung des großen Bedarfs unserer Nachbarländer an Wasser sind wir von unserer Seite bereit, im Geiste der guten Nachbarschaft eine gemeinsame Vereinbarung zu erreichen und mit den betreffenden Ländern zusammenzuarbeiten, so daß wir diese Flüsse im beiderseitigen Interessen nutzen können.

Noch besteht in den städtischen Gebieten eine schreckenerregende Situation in bezug auf den Mangel an Nahrungsmitteln. Warum trat das auf? Die Antworten sind zahlreich und umfassend. Die Hauptquelle des Problems ist nicht nur, daß keine ausreichenden Ernteerträge erzeugt wurden; sie liegt darin, daß es nicht möglich war, die Ernte entsprechend dem Bedarf der städtischen Bevölkerung zu verteilen. Da die Regierung nicht in der Lage war, geeignete Strukturen zu schaffen, die dem Druck der Konterrevolutionäre entsprechend widerstehen konnten,

wurde der Verteilungsprozeß durch reaktionäre Händler kontrolliert. Hinzu kommt eine falsche Auffassung bei den Bauern. Der andere Grund für den Mangel ist der Krieg, den die Reaktionäre gegen uns eröffnet haben. Es ist wichtig zu bemerken, daß dieser Krieg nicht nur zum Nahrungsmittelmangel beigetragen, sondern uns auch gezwungen hat, Getreide zu importieren.

Individualismus führt zum Kapitalismus

Hier und da sehen wir Individualismus seitens der ländlichen Hersteller. Wir müssen gegen dieses Erbe des feudal-bürgerlichen Systems kämpfen. Dieser Individualismus der Bauern hat sich selbst in der Beziehung zum Nahrungsmittelmarkt gezeigt. Was wir noch heute in unserem Land sehen, ist die alte anarchische Beziehung zwischen Käufer und Verkäufer. Nicht nur, daß es nicht möglich war, diese anarchische Beziehung zwischen Käufer und Verkäufer zu kontrollieren, es wurde auch die Mitwirkung der Regierung am Vermarktungsprozeß nicht genügend erhöht. Das Problem kann nicht gelöst werden, wenn dies nicht getan wird. Wenn dies nicht getan wird, können wir keine kollektive Wirtschaft entwickeln und den Individualismus und die kleinbürgerlichen Tendenzen der Bauernschaft nicht überwinden. Mit anderen Worten, diese Situation der Bauern könnte uns nicht zum Sozialismus führen, sie führt zum Kapitalismus. Diese Tendenz zum Individualismus oder zur Selbstbereicherung kann sehr gefährlich sein, wenn wir sie nicht im Keime ersticken.

Die Reaktionäre fördern nicht nur diese Haltung, sondern benutzen sie auch als Instrument, um Uneinigkeit und Konflikte innerhalb der Reihen der sich plagenden Massen zu säen.

Es hat sich konkret erwiesen, daß die Bemühungen der Bauern, ihren kleinen Besitz gemeinsam zu bestellen und ihre landwirtschaftlichen Geräte gemeinsam zu nutzen, sehr viel nützlicher sind als die Verfolgung individualistischer Interessen. Die Praxis zeigt, daß kollektive Unternehmen zu einer größeren Produktion führen als individualistische Anstrengungen. Diese Praxis muß aus einer revolutionären Überzeugung erwachsen. Wir schätzen mehr denn je den Wert der kollektiven Landwirtschaft. Doch da diese Haltung nicht über Nacht entwickelt werden kann, ist die Rolle der politischen Kader von allergrößter Bedeutung. Unser Kampf besteht nicht darin, die verfaulten Feudalisten durch neue Typen von Ausbeutern zu ersetzen, sondern darin, den Sozialismus aufzubauen.

Es besteht kein Zweifel, daß die kollektive Landwirtschaft in dem Maße gestärkt wird, wie sie von der Regierung Unterstützung erhält. In Übereinstimmung mit ihren Möglichkeiten wird die Regierung langfristige Anleihen für die Entwicklung der kollektiven Landwirtschaft gewähren. Sie wird Düngemittel zur Verfügung stellen, niedrigere Steuern für kollektive Farmen erheben und verschiedene Arten von Diensten zu sehr niedrigen Kosten zur Verfügung stellen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte auch den staatlichen Gütern gewidmet werden. Da sie eine der Grundlagen für unsere zukünftige sozialistische Ökonomie bilden, sind sie das Angriffsziel unserer Feinde. Zum Beispiel ist es bedeutsam, daran zu erinnern, daß während der Jahre 1975 bis 1976 unsere Feinde Ernten im Werte von 80 Mio äthiopischen Birr (1 Birr = 1,20 DM; d. Red.) vernichteten und riesige Mengen moderner landwirtschaftlicher Maschinen unbrauchbar machten. Auch wenn es organisatorische und administrative Probleme gab, als diese Farmen nationalisiert wurden, zeigen sie heute Anzeichen von Verbesserungen als ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiter und der Zusammenarbeit progressiver Verwalter. Da diese Farmen das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bilden sollen, müssen sie noch vergrößert und in die Lage versetzt werden, ihre Erträge um das Mehrfache zu erhöhen.

Auf den Gebieten der Industrie und des Handels überwiegt unsere Schwäche unsere Stärke. Der niedrige Stand der industriellen Entwicklung ist eines der Zeichen der Rückständigkeit unseres Landes. Während des feudal-bürgerlichen Regimes betrug

der Anteil der **Industrie** am Bruttoinlandsprodukt nur 10 %, ihr Anteil am Gesamtexport nur 5 %. Die Betriebe waren im Besitz ausländischer Kapitalisten und wurden von Ausländern geleitet.

Seitdem die Hauptindustriezweige nationalisiert und im Januar 1975 unter Regierungskontrolle gestellt wurden, sind 132 Betriebe reorganisiert worden. Als ein Ergebnis wurde die Ausbeutung der Arbeiter beendet. Die meisten der zeitweiligen Arbeiter wurden ständige Beschäftigte; die Arbeiter haben jetzt volles Recht auf Rente; die Arbeitsbedingungen haben sich verbessert. Seit Beginn der Revolution ist die Zahl der Betriebsarbeiter um 30 % gestiegen, und äthiopische Bürger haben die Leitung dieser Betriebe übernommen. Mit einiger Unterstützung durch die Regierung leistet das Kunsthandwerk einen größeren Anteil an unserer Volkswirtschaft. Das stimmt optimistisch.

Im Vergleich zu einigen bescheidenen Erfolgen, die auf dem Gebiet der Industrie erzielt wurden, stehen wir jedoch wesentlichen Schwierigkeiten gegenüber. Es ist bekannt, daß Betriebe in der administrativen Region von Eritrea, die 30 % der Gesamtzahl der Betriebe des Landes bilden, aufgrund der konterrevolutionären Aktivitäten der Sezessionisten stillgelegt wurden. Ein Drittel dieser Betriebe wurde gesprengt und zerstört.

Aufgrund von konterrevolutionären Aktivitäten der reaktionären Regierung von Somalia und der Separatisten in Eritrea konnten wir nur den Hafen von Assab benutzen anstatt die gewöhnlichen drei Anschlüsse zum Meer. Dadurch hatten wir viele Schwierigkeiten. Der Hafen von Assab wurde überfüllt und die Güter konnten nicht schnell genug transportiert werden. Die verspätete Entladung kostete uns eine beträchtliche Summe Devisen. Auch die Industrie sah sich großen Schwierigkeiten gegenüber, da es nicht möglich war, sie ausreichend und pünktlich mit Materialien zu versorgen.

Auch wenn der Handel wie andere Entwicklungsbereiche zu einem Ziel der konterrevolutionären Sabotage gemacht wurde, hat er einige Verbesserungen gezeigt. Verglichen mit 1973/74 sind unsere Exporterlöse um 75 % und die Importerlöse um 68 % angestiegen. Die Regierung kontrolliert ein Drittel des Exports und zwei Drittel des Imports.

Mobilisierung aller Ressourcen

Um die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung zu überwinden, müssen wir das Problem des Mangels an Gütern lösen, die Qualität und Quantität der Güter erhöhen, die uns befähigen, Devisen zu erwerben, und Anstrengungen unternehmen, um die Grundlage für eine allgemeine und umfassende ökonomische Entwicklung zu legen. Es wurde ein Plan entworfen, innerhalb der nächsten Jahre in Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern im Werte von 600 Mio äthiopischen Birr Nahrungsmittel-, Zucker-, Textil- und Zementfabriken sowie metallverarbeitende Werke zu bauen. Weiterhin war es in den letzten vier Jahren möglich, von verschiedenen Ländern und internationalen Organisationen Beihilfen zu erhalten im Werte von 597 Mio äthiopischen Birr für die Entwicklung der Bewässerung, Kaffeeverarbeitung, die Nutzung der Wasserressourcen, den Bau von Häusern zu niedrigen Kosten sowie staatlichen Gütern und anderen Projekten. Obwohl mit einigen Projekten schon begonnen wurde, waren wir aufgrund der Probleme, denen wir gegenüberstanden, nicht in der Lage, all unsere Pläne zu erfüllen. Aber von jetzt ab werden maximale Anstrengungen unternommen, um diese Pläne zu realisieren. Wir wissen, daß die Hilfe, die wir von den Bruderländern und internationalen Organisationen erhalten, wichtig ist. Aber die Grundlage für unsere langfristige ökonomische Entwicklung ist die volle Teilnahme der breiten Massen am Aufbau unseres revolutionären Äthiopien unter vollständiger Ausnutzung der natürlichen Ressourcen des Landes.

(Quelle: The Ethiopian Herald, Addis Abeba, 12. 9. 1978; gekürzt)

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

112 Krise / Gewerkschaftliche Politik / Wissenschaft Bürgerproteste und Herrschaft

F. Haug: Thesen über gewerkschaftsorientierte Wissenschaft

K.-E. Lohmann / M. Ernst-Pörksen: Methodische Probleme einer alternativen Wirtschaftspolitik

J. Goldberg: Zur Einschätzung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise

W. Goldschmidt: Krise und Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

W. Andritzky: Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor

U. Wahl-Terlinden: Technokratie, weibliche Sozialisation und Ökologiebewegung

M. Meyer-Renschhausen: Kernenergie und ihre Alternativen

J. Friedrich: Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument

S. Schmidlin: Strategien der antimonopolistischen Strategien in der Schweiz

Kongreßberichte: Weltkongreß für Philosophie; Weltkongreß für Soziologie; Datenschutztagung

Alle Hefte 176 S.; 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM

Im Abo 8,50 DM, Schüler und Studenten 7,- DM

Jahresabo (6 Hefte): 51,- DM, Studenten 42,- DM zzgl. Versandkosten

113 Spontaneität und Ideologie

Editorial: Zum vorliegenden Heft. Sonderverkauf. Die akademische Schreibweise.

T. Waldhubel: Spontibewegung - Flucht in den Alltag?

W. Enderwitz: Jugendreligionen

J. Rohwer: Revolutionäres Potential in der neuen Jugend

E. Göbel: Zur Lage der Studenten

W. Gestigkeit: Das Selbstverständliche als Problem

historisch-politischer Bildung

R. Nemitz: Mut zur Erziehung als konservativer Spontaneismus

W. F. Haug: Notizen zur gegenwärtigen Ideologischen Arbeit

der EKD

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

AS 33 GULLIVER 5: Englisch / Unterrichts- und Studienreform

AS 34 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 4

herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 35 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussion

(Beiträge von M.Bolle, J.Glombowski, J.Goldberg,

R.Hickel, J.Huffschild, H.Riese, K.H.Tjaden, W.Volgt

u.a.)

AS 36 STAMOKAP-THEORIE — Probleme und Diskussion —

STAAT UND MONOPOLE (III)

herausgegeben von Werner Goldschmidt

AS 37 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 4

AS 38 30 JAHRE BILDUNGSPOLITIK

Schule und Erziehung (VII)

AS 39 GULLIVER 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen

AS 40 THEORIEN ÜBER IDEOLOGIE

(Projekt Ideologie-Theorie)

AS 41 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 5

herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 42 MUSIK 50er JAHRE/herausgegeben von Dietrich Stern

AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE

Projekt Automation und Qualifikation Band 4

AS 44 EUROKOMMUNISMUS

— STRATEGIE FÜR DIE BUNDESREPUBLIK ?

Zu einer marxistischen Theorie der Politik (Arbeitskreis

westeuropäische Arbeiterbewegung, Christoph Kie-

venheim, Karin Priester, Detlev Peukert u.a.)

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten; Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM.

Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 4 61 90 61

Rainer Falk

Geisels „relative Demokratie“

Wenn der neue brasilianische Präsident, General Joao Baptista Figueiredo, am kommenden 15. März in sein Amt eingeführt werden wird, findet er keine rosige Situation vor. Sie ist mehr denn je durch die Polarisierung der sozialen Kräfte, wirtschaftliche Schwierigkeiten und die dadurch bewirkte politische Krise des Regimes gekennzeichnet.

Bei den Wahlen am 15. November 1978 erreichte die einzig zugelassene Oppositionspartei Demokratische Bewegung (MDB) über die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, ohne daß sich dieses Nein des Volkes zur Diktatur in einer entsprechenden Repräsentation in Senat und Kongreß niedergeschlagen hätte. Diese offensichtliche Diskrepanz zwischen dem Volkswillen und den durch das System geschaffenen institutionellen Mechanismen findet vor allem ihre Erklärung in dem von Geisel seit 1974 verfolgten Konzept. Was von seinem Verfechter mit den Schlagworten „schrittweise Öffnung“ oder „relative Demokratie“ umschrieben wird, stellt in Wirklichkeit eine systemgerechte Antwort auf den Vormarsch der MDB bei den Wahlen von 1974 (vgl. AIB 4/1977) dar.

Beschneidung der Demokratischen Bewegung (MDB)

Ursprünglich als Scheinalternative mit nur graduellen Differenzen zur Regierungspartei ARENA geschaffen, wurde die MDB mehr und mehr zu einem Instrument, vermittels dessen die unterschiedlichsten Schattierungen der antidiktatorischen Opposition ihre Frontstellung zum militärfaschistischen Regime zu artikulieren vermochten.

Zunächst erließ Geisel daraufhin 1976 die nach dem ehemaligen Justizminister genannte Lex Falcao, mit der den Kandidaten der Oppositionspartei faktisch die Nutzung von Radio und Fernsehen im Wahlkampf unmöglich gemacht wurde. 1977 folgte das sog. „April-Paket“, mit dem u. a. 1/3 der zu wählenden Senatsmitglieder durch ein vom Präsidenten ernanntes Wahlkollegium bestimmt wird. Darüber hinaus ließ Geisel den Wahlmodus dahingehend verändern, daß der industrialisierte Süden gegenüber den ländlichen Zonen (Hochburgen der ARENA) deutlich unterrepräsentiert ist. Diese Maßnahmen waren nun eher das Gegenteil jener proklamierten „Öffnung“ des Regimes. Die Spielregeln der Diktatur wurden nicht in Richtung Demokratie „relativiert“, sondern gerade im Hinblick auf eine weitere Einschränkung der durch das offizielle Zweiparteiensystem gegebenen Artikulationsmöglichkeiten.

Noch vor dem Amtsantritt Geisels hatten Berater des US-amerikanischen State Department, so der Politologe Huntington, an brasilianischen Hochschulen und Militärakademien ihrer Sorge Ausdruck verliehen, der unter der Oberfläche der brutalen Diktatur angesammelte soziale Sprengstoff könne sich entweder in einer revolutionären Situation oder in einem Kurswechsel von Teilen des Militärs à la Peru entladen. Deshalb sei ein kontrollierter Übergang von „harten zu immer mildernden Repressionsstufen“ einzuleiten, in dessen Ergebnis ein größerer Teil der wirtschaftlich an das kapitalistische System gebundenen Oberschicht an den maßgeblichen Entscheidungsprozessen auf der politischen Ebene zu beteiligen sei.

Dieses „Öffnungskonzept“ schließt beides ein, eine gewisse „Liberalisierung“ in bestimmten Bereichen (signalisiert etwa

durch die Aufhebung der Vorzensur für eine Reihe von Presseorganen) und die zeitweilige Verschärfung der Repressionsmaßnahmen, wenn der Prozeß außer Kontrolle der Regierung zu geraten droht. Es beinhaltet jedoch keinesfalls die Aufgabe des Herrschaftsanspruchs jener Koalition von Auslandskapital, einheimischer Finanzoligarchie und Militärführung, die der brasilianische Faschismus repräsentiert.

Auf gewissen Unstimmigkeiten innerhalb der Militärführung über die Bewerkstelligung dieses Anpassungsprozesses deutet allerdings die Vorgeschichte der Nominierung Figueiredos zum Präsidenten. Der ursprüngliche Kandidat der rechten Ultras, der ehemalige Armeeminister Silvio Frota, wurde Mitte Oktober 1977 nach einem schleichenden Putschversuch entlassen, womit der Weg für den Armeegeheimdienstchef Figueiredo so gut wie frei war.

Figueiredo ist der Kandidat jener Gruppierung innerhalb des Militärs, die von ihrer Statur her genau nach dem Geschmack der Multis ist. Die Kampagne zu Figueiredos Gunsten wurde aus einem Geheimfonds finanziert, den internationale Konzerne mit 600 Mio Cruzeiros (ca. 75 Mio DM) gespeist hatten und den ein dreizehnköpfiges Gremium (u. a. mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister Delfim Neto) residierte. Zu Figueiredos Planungsstab gehören der Präsidentschaftsgeheimdienstchef Geisels, General Golbery do Couto e Silva, und der Privatsekretär Geisels, Heitor de Aquino Ferreira. Golbery war vor seiner Ernennung Direktor von Dow Chemical do Brasil. Aquino ist der Repräsentant des ausländischen Agrarkapitals und war vorher Direktor der brasilianischen Besitzungen des US-Multimillionärs Daniel Ludwig, der nördlich des Amazonas über ein Gebiet von 3 Mio ha verfügt. Als Geheimdienstchef koordinierte Figueiredo darüber hinaus genau zu jener Zeit seine Aktionen gegen „gewisse kirchliche Aktivitäten“ mit der chilenischen DINA, als deren Leiter Contreras den Christdemokraten Orlando Letelier in New York umbringen ließ.

Kein Wunder ist es angesichts all dessen, daß auch die Sprecher des westdeutschen Auslandskapitals ihre Vorschußlorbeeren auf den General fanden. Der Brasilien-Beobachter des Industriemagazins Überseerundschau meinte gar: „Nach der im Oktober zu erwartenden Wahl des Generals Figueiredo zum Präsidenten der Republik werden die wärmenden Strahlen einer aufgehenden neuen Sonne der Macht die Wähler wohligh umfluten und beeinflussen.“

Der wenig „strahlende“ Wahlausgang ist umso schmerzlicher für das Regime und die hinter ihm stehenden Kreise, als jene 15% der Stimmzettel, die weiß oder ungültig angegeben wurden, ebenso als Votum gegen die Diktatur gewertet werden müssen.

Weiter ist von Bedeutung, daß die Wahlen innerhalb der MDB

Wahlergebnisse vom 15. November 1978

	SENAT			KONGRESS		
	Stimmen Mio	%	Sitze	Stimmen Mio	%	Sitze
ARENA	13,6	35,8	15	14,9	39,2	231
MDB	18,5	48,6	8	16,5	43,4	189
Weißer	2,6	6,8	—	3,7	9,7	—
Ungültige	3,3	8,7	—	2,9	7,6	—

zu einer Kräfteverschiebung geführt haben. Die Wähler zeigten nämlich eine klare Präferenz für jene Kandidaten, die sich noch am aktivsten für ihre Belange eingesetzt hatten. In Sao Paulo waren die Studentenführer Geraldo Siqueira, Irma Passoni, die die Kampagne gegen die steigenden Lebenshaltungskosten organisiert hatte, und Eduardo Suplicy gewählt.

Letzterer ist als Ökonom dadurch bekannt geworden, daß er die Manipulation des offiziellen Lebenshaltungsindex, nach dem die regierungsamtlich erlaubten Lohnsteigerungen festgesetzt werden, enthüllt hatte. Auf diese Weise steigerte sich die Zahl der „authenticos“ (linke Populisten und sozialistisch orientierte Kräfte) innerhalb der MDB-Fraktion im Kongreß auf 80 Sitze (gegenüber 30 im Jahre 1974). Damit werden diese zur dominierenden Kraft der Bewegung. Da so der Einfluß der „gemäßigten“, d. h. in diesem Falle der sich auf die „Prinzipien der Revolution von 1964“ berufenden MDB-Führer entscheidend untergraben ist, bedeutet der Wahlausgang vom November, daß das Zwei-Parteien-System in der ihm ursprünglich zugeordneten Funktion nunmehr endgültig ad absurdum geführt ist.

Überdies ist am 1. 1. 1979 ein neues Sicherheitsgesetz in Kraft getreten, das — sozusagen als letzter Akt der Geiselschen Öffnungspolitik — den wichtigsten Forderungen der Oppositionsbewegung (Amnestie, Abschaffung aller Ausnahmeverordnungen und -gesetze, Wiederinkrafttreten der Habeas Corpus-Akte, Recht auf freie Parteigründung, volle Gewerkschaftsfreiheit einschließlich des Streikrechts, Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung) den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Dieses neue Sicherheitsgesetz, das an die Stelle der berüchtigten „Institutionellen Akte Nr. 5“ (des entscheidenden Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1968, das allumfassenden diktatorische Vollmachten für den Präsidenten enthielt) tritt, beinhaltet im wesentlichen eine Milderung von Strafen für nach wie vor politisch definierte „Verbrechen“. So wird u. a. die Todesstrafe abgeschafft (die offiziell nie verhängt worden war, jedoch im Zusammenhang mit der Institutionellen Akte Nr. 5 die Handhabe für ungezählte Meuchelmorde in den Militärgefängnissen bildete), ebenso die lebenslängliche Haft. Angeklagte erhalten nunmehr wieder das Recht auf Habeas Corpus. Und die Verjährungsfrist bei gefällten nicht vollstreckten Urteilen wird so weit herabgesetzt, daß zumindest ein Teil der Exilierten zurückkehren kann.

An einer von fortschrittlichen Oppositionskreisen geforderten Neudefinition der Doktrin der nationalen Sicherheit im Sinne der Verteidigung Brasiliens gegen die Ausbeutung durch die ausländischen Konzerne und der Sicherung der Rechte der Bürger gegen Willkür und Unterdrückung geht die „Reform“ jedoch bewußt vorbei wie an den zentralen Forderungen der Opposition überhaupt. Nach wie vor sollen „Verbrechen gegen den sozialen Frieden, nationale Souveränität, territoriale Integrität, repräsentative Demokratie, nationalen Fortschritt und



Generalspräsidenten Geisel (r.) und Nachfolger Figueiredo

der MDB die Stimme gab, verdeutlicht das gewachsene Vermögen der Opposition, die sich im Rahmen der Anpassungspolitik des Regimes bietenden neuen Spielräume für die Verbreiterung der antidiktatorischen Basis zu nutzen. Dies zeigt zugleich, wie schmal der Grat ist, auf dem die „Öffnungspolitik“ des Regimes zu balancieren hat, will sie nicht das Risiko des Öffnens revolutionärer Schleusen eingehen. Besonders die Entwicklung der MDB hat deshalb in Regimekreisen schon seit 1977 diskutierte Pläne aktualisiert, einen neuen modus vivendi in der Parteienstruktur des Landes herbeizuführen.

Das Hauptziel dieser unter der Ägide des Figueiredo-Beraters Golbery erarbeiteten Pläne besteht in der Spaltung der MDB als breiter Sammlungsbewegung der Opposition bei gleichzeitiger Verbreiterung der politischen Basis des Regimes.

Der Ausweg aus dem Dilemma des überkommenen Zweiparteiensystems soll hiernach darin bestehen, daß die im Volk diskreditierte ARENA umbenannt und um die „gemäßigten“ Kräfte der MDB „bereichert“ wird, wobei ein Teil der traditionellen (d. h. nicht „durchkapitalisierten“) Großgrundbesitzer und ideologischen Ultras nach rechts ausschiede. Damit könnte eine Partei entstehen, die ein originärer Vertreter des „dynamischen“ Finanzkapitals wäre und gleichzeitig für einen Teil der durch die Wirtschaftspolitik des Regimes privilegierten Mittelschichten attraktiv werden könnte.

Auf der anderen Seite sieht der Golbery-Plan die Formierung der Kern-MDB nach dem Vorbild der traditionellen populistischen Brasilianischen Arbeiterpartei (PTB) vor. Ihr potentieller Führer wäre der heute noch populäre PTB-Politiker Leonel Brizola, dessen Rückkehr aus dem Exil für Anfang 1979 erwartet wird. Die „authenticos“-Fraktion der MDB soll sich dann als nichtmarxistische sozialistische Partei gründen, während das Verbot der Brasilianischen Kommunistischen Partei (BKP) aufrechterhalten bliebe.

Ein schon existierender Schubladentwurf für ein neues Parteiengesetz nach diesem Schema sieht so hohe Sperrklauseln für Minderheitsparteien vor, daß die beiden Rechts- und Linksgruppierungen von der parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen blieben. Übrig bliebe ein „modernisierter“ Mehrheitsblock des Regimes und eine ähnlich der ursprünglichen MDB entleerte Oppositionspartei.

Es ist jedoch fraglich, ob das Planspiel des Regimes aufgeht. Vor allem die „authenticos“ innerhalb der MDB und andere relevante Kräfte der Oppositionsbewegung, so auch die BKP, vertreten heute die Ansicht, daß das Gesicht der Parteienlandschaft erst mit dem Sturz des Regimes verändert werden könne. Auch Brizola würde es schwer fallen, als Vorsitzender einer PTB, die das bloße Produkt von Spalterplänen der Regierung gegen die MDB wäre, neuen Einfluß zu gewinnen. In der Tat kann das Ziel der demokratischen Bewegung Brasiliens nur darin bestehen, einen demokratischen Neuanfang zu erkämpfen, dessen Charakter von einer Verfassungsgebenden Versammlung bestimmt würde, an deren Wahl sich ausnahmslos alle antidiktatorischen Kräfte frei beteiligen können.

Wirtschaftskrise Brasiliens in Daten

	1973	1974	1975	1976	1977	1978*
Wachstumsraten %	11,4	9,6	4,2	8,8	4,7	4—5
Inflation %	15,1	34,5	29,4	43,3	38,8	40—45
Schulden (in Mrd \$)	12,5	17,1	21,1	25,9	32,0	40,0
Schuldendienst (in Mrd \$)	2,8	3,2	3,9	5,0	6,5	8,5
Handelsbilanz (in Mrd \$)	—	-4,7	-3,5	-2,2	-0,1	-1,0
Schuldendienst (in % vom Export)	45	40	45	49	53	73
* geschätzt						

internationale Harmonie“, Werte, die nirgends definiert werden, strafrechtlich verfolgt werden.

Vielsagend ist es da, wenn Brasiliens neuer Diktator Figueiredo auf die Frage nach weiteren Demokratisierungsmaßnahmen antwortet: „Ich finde, daß 90 % bereits von Präsident Geisel gemacht und vom Kongreß gebilligt worden sind.“

Daß sich die Masse der brasilianischen Bevölkerung von diesem Manöver nicht täuschen ließ und den progressiven Kandidaten

Schon im Juli 1978 hatte sich die Vereinigte Volksbewegung (MPU) als Linksallianz innerhalb der Breiten Front der Opposition (FAO) gegründet, um möglichen, gegenüber Somoza und den USA kompromißbereiten bürgerlichen Kräften ein Gegengewicht entgegenzusetzen.

Im November 1978 kam es jedoch zum offenen Bruch, als nach dem FAO-Austritt der Gruppe der 12 die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) Mitte Dezember 1978 alle wahrhaften Patrioten aufrief, die FAO zu verlassen und sich gemeinsam mit der MPU am Kampf für eine wirkliche Befreiung Nikaraguas von der Somoza-Diktatur zu beteiligen. Sie stellt sich heute als die einzige Alternative zur Somoza-Diktatur dar, wie aus ihren in vollem Wortlaut vorgestellten Grundsatzdokument zu entnehmen ist (Regierungsprogramm der FSLN vgl. AIB 1/1979).

Programm der MPU

1) Einheit: Die Vereinigte Volksbewegung (MPU) hält für grundlegend wichtig die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte dieses Landes, die daran interessiert sind, die Somoza-Diktatur zu stürzen und einen Regierungswechsel voranzutreiben, der den Weg für tiefgreifende Wandlungen der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen ebnet, so daß sie eine konkrete Antwort und eine Befriedigung der Bedürfnisse aller Schichten des Volkes von Nikaragua darstellen. Ohne einen wirklichen Kampf aller Kräfte wird der Kampf gegen Somoza nur zu einem einfachen Wunsch. Die Einheit wird nicht durch ein Manifest proklamiert, sondern man erringt sie, indem die engherzigen persönlichen und parteilichen Interessen beiseite gelassen werden, die in der Vergangenheit das Volk in seinem Kampf um die Befreiung entzweit haben. Die Einheit muß eine effektive Realität sein, die sich in einer besseren Organisation des ganzen Volkes in seinem Kampf gegen eine Diktatur ausdrückt, welche es in ihrer über 42 Jahre lang währenden Existenz in die tiefste Ausbeutung seiner Geschichte stürzte.

2) Regierung: Die MPU hat den Vorsatz, zur Bildung einer Regierung beizutragen, an der alle politischen, wirtschaftlichen, in Gremien vertretenen und kulturellen Kräfte beteiligt sind, die sich darum bemühen, das Land aus der Stagnation, der Abhängigkeit und der Unterentwicklung zu führen, in die es die Diktatur und ihre Verbündeten gestürzt haben. Dafür wird die Regierung eine **totale und bedingungslose Amnestie** für alle Gefangenen verfügen, die eingekerkert wurden, weil sie sich für einen gerechten Wechsel in Nikaragua einsetzten; sie wird auch die sofortige Rückkehr aller, die sich aus dem gleichen Grund im Exil befinden, erlauben. Gleichzeitig wird sie Maßnahmen treffen, indem sie **alle repressiven Gesetze** außer Kraft setzt, die vom regierungsergebenen Kongreß verabschiedet wurden, deren Mitglieder 42 Jahre lang der Familie Somoza als treue Verwalter gedient haben. Die Regierung wird die Achtung der Rechte und Freiheiten der Bürger gewährleisten:

- a) Gedanken- und Pressefreiheit;
- b) Freiheit der Gewerkschafts-, Arbeiter-, Bauern-, Jugend-, Studenten-, kulturellen und sportlichen Organisation;
- c) Bewegungs- und Arbeitsfreiheit.

3) Wirtschaft: Um das Land aus seiner wirtschaftlichen Stagnation zu führen und die Entwicklung voranzutreiben, wird die Einheitsregierung folgende Maßnahmen treffen:

- a) Enteignung aller Güter, Gebäude, Landgüter und Unternehmen der Familie Somoza und Gründung eines Organs, das mit ihrer Verwaltung betraut wird;
- b) Nationalisierung und Enteignung aller Naturreichtümer und der sie ausbeutenden Unternehmen (Minen, Erdöl, Holz usw.);
- c) Nationalisierung und Enteignung aller Unternehmen für den See- und Lufttransport sowie des öffentlichen Verkehrs auf dem Land und Gründung eines Ministeriums, das sie regelt und verwaltet;
- d) Regelung der Preise der lebensnotwendigen Güter, um so der Spekulation und den unkontrollierten Preissteigerungen für Lebensmittel ein Ende zu bereiten;
- e) Ausarbeitung eines Nationalen Wirtschaftsplans, der die Sektoren der privaten und staatlichen Wirtschaft koordiniert, um einen Fortschritt zu erreichen, der den sozialen Bedürfnissen aller Nikaraguaner entspricht.

4) Finanzen: Die notwendigen Ressourcen, um eine Erfüllung der Ziele hinsichtlich der staatlichen Finanzen zu gewährleisten, werden besonders aus drei Quellen gewonnen werden:

- a) allgemeine Revision aller direkten und indirekten Steuern und Aufhebung derjenigen, die der Mehrheit der Verbraucher schaden, besonders die, die direkt Nahrungsmittel und Artikel betreffen, die im Erziehungswesen, in der Medizin, dem Sport und der Freizeit und bei kulturellen Tätigkeiten benutzt werden;
- b) Verstaatlichung des gesamten nationalen und ausländischen Bank-

systems und Reglementierung der institutionalisierten Formen der Finanzoperationen, die dem privaten Sektor vorbehalten sind, und
c) Revision aller von der Somoza-Regierung im Ausland aufgenommenen Kredite und ihrer Anwendung, Aufnahme von Verhandlungen zur Neufestlegung von Fristen und Bedingungen derjenigen Kredite, die wirklich für Werke, die für das Volk nutzbar und von nationalem Interesse sind, eingesetzt wurden.

Die Regierung wird auch Verhandlungen zur Gewährleistung ausländischer Hilfe mit jedem Land der Welt, unabhängig von seiner Ideologie, aufnehmen, wenn die Bedingungen die günstigsten sind.

5) Der Nationale Plan wird der nationalen Industrie Richtlinien geben, um sowohl im verstaatlichten als auch im privaten Sektor der Wirtschaft die nationalen Ziele zu erreichen. Die private Beteiligung in der Wirtschaft wird unterstützt und auf jene Bereiche der Produktion gelenkt werden, die einer Technologie bedürfen, die von privaten Unternehmen unter besseren Bedingungen erreicht werden kann und deren Produktion nicht im Widerspruch zu den kollektiven und nationalen Interessen tritt. Für den staatlichen und privaten Bereich wird von allen aktiven Kräften (Regierung, Gewerkschaften, Unternehmer usw.) eine umfassende Industrialisierungspolitik ausgearbeitet werden, so daß die wirtschaftlichen Subjekte konkrete Kenntnisse über die persönlichen Aussichten und die nationalen Interessen erhalten.

6) Handel: Die Regierung wird die archaischen Handelsformen von Waren, die die Grundbedürfnisse des Volkes befriedigen, beseitigen und die Preise so regulieren, daß für jeden Nikaraguaner der höchste Lebensstandard gewährleistet wird, den die nationalen Ressourcen erlauben. Der Handel wird zu einer wahren Umverteilungsfunktion der Güter gemacht werden, um die Bedürfnisse der breiten Massen zu befriedigen, die fast ein halbes Jahrhundert lang am Rande des Konsums gelebt haben, ohne die elementarsten Rechte auf Gesundheit, Ernährung, Wohnung, Sport, Kultur und Erholung. Dazu wird eine Organisation gegründet werden, die damit beauftragt wird, den Binnen- und Außenhandel zu regulieren und deren Aufgabe darin bestehen wird, die besten Kauf- und Verkaufsbedingungen zu erreichen und Preisgarantien zu schaffen für den nationalen Produzenten, der Waren produziert, die im internationalen Markt Preisspekulationen unterworfen sind.

7) Landwirtschaft: Es wird ein Programm einer integralen Agrarreform entwickelt werden, das der Bildung von Latifundien ein Ende setzt und — mit den der Familie Somoza enteigneten Landgütern — ein Programm von Genossenschaften und staatlichen Unternehmen beginnt, an dem alle landlosen Bauern und diejenigen beteiligt werden, deren Land wirtschaftlich unzureichend ist, um eine Familie zu unterhalten. Im Agrarsektor wird der Akzent auf die Produktion von Getreide gesetzt werden und auf die Produkte, die für eine ausgewogene Volksernährung notwendig sind (Hülsenfrüchte, Früchte usw.).

Die Regierung wird über ein staatliches Finanzierungssystem alle großen, kleine und mittleren Produzenten Kredite für die Agrarproduktion gewähren; besonders die kleinen Landwirte werden technische Hilfe erhalten, um den Ertrag der Ernten zu erhöhen und ihnen ein Einkommen zu garantieren, das es ihnen ermöglicht, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen (Erziehung, Wohnung, Gesundheit, Ernährung usw.).

8) Arbeit: Man wird ein Arbeitsgesetzbuch ausarbeiten, das Arbeitern und Bauern Garantien bietet. Die Arbeitszeit wird 48 Wochenstunden betragen, die so verteilt werden, daß sie den Erfordernissen jedes Wirtschaftsbereiches entsprechen, wobei die Zeiten für Erholung und für kollektive gewerkschaftliche Tätigkeiten zu respektiert sind. Man wird der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung ein Ende setzen und Arbeit für alle garantieren. Die „schwarzen Listen“ werden aufgehoben und jedem Arbeiter ein Lohn garantiert werden, mit dem er seine persönlichen Bedürfnisse und die seiner Familie decken kann. Der Dis-

kriminierung der Frau im Arbeitsleben wird ein Ende gesetzt werden, und sie soll massiv in die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten integriert werden (es soll der Grundsatz gelten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“). Die Ausbeutung durch Kinderarbeit wird verboten und für die Kinder wird der Schulbesuch zur Pflicht gemacht werden; auch der verwahrlosten Kinder und der Kinder der Märtyrer, die im Kampf gegen die Somoza-Diktatur fielen, wird man sich besonders annehmen, sie unterstützen und ihnen eine Ausbildung garantieren.

9) Erziehung: Es werden sofort die notwendigen Schritte getan werden, um durch einen gigantischen Plan auf nationaler Ebene das Analphabetentum zu beseitigen, an dem sich alle Studenten, Lehrer und freiwillige Arbeiter beteiligen werden, die die Erziehung bis in die entferntesten Winkel des Landes tragen. Hierfür wird die Ausbildung von Lehrern und der Bau von Schulen so intensiviert werden, daß kein einziges Tal oder Gebiet ohne Zugang zur Erziehung bleibt. Das Universitätsbudget wird erhöht werden, um der großen Nachfrage derjenigen entgegenzukommen, die für eine höhere Bildung die Fähigkeiten besitzen, denen dazu jedoch die notwendigen Mittel fehlen, besonders unter den Arbeitern und Bauern. Außerdem werden die technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Kenntnisse aller Erzieher in der Primarstufe, der Sekundarstufe, den technischen Schulen und Universitäten vermehrt werden, um den Zielen des sozialen Fortschritts zu entsprechen. Die Erziehung wird zur Pflicht gemacht und alle Nikaraguaner werden Zugang zu ihr haben.

10) Gesundheit: Die Einheitsregierung wird Gesundheits- und Hygieneprogramme einleiten, die die breiten Massen der an den Rand der Gesellschaft gedrängten Arbeiter und Bauern sowie auch die indianischen Gruppen erreichen, um die Krankheiten auszurotten, die sich heute bei den Kindern verheerend auswirken und die breite Volksschichten befallen; es sind besonders Magen- und Darmentzündungen, Malaria, Tuberkulose und andere Krankheiten, die bei Unterernährung und Hunger auftreten. Die Medizin wird einen sozialen Charakter erhalten und allen Nikaraguanern und Ausländern, die im Land wohnen, zugänglich sein. Die Regierung wird den Wert der ärztlichen Dienstleistungen für diejenigen Ärzte und Fachärzte reglementieren, die nicht dem nationa-

len System der sozialen Sicherheit angehören, um so unverzüglich den Handel mit der Gesundheit des Volkes auszurotten. Um diese Ziele im Bereich des Gesundheitswesens zu verwirklichen, werden auf dem Land „Gesundheitszentren“ und regionale Kliniken für erste Hilfe und Kliniken mit Fachärzten zur Behandlung schwerer Fälle gebaut werden. Das Studium für Ärzte und Krankenschwestern wird reformiert und neu strukturiert werden, um schnell Personal ausbilden zu können, das den neuen Bedürfnissen einer Massenmedizin entspricht.

11) Wohnung: Die Regierung des Vereinigten Volkes wird Programme vorantreiben, die eine Wohnung für jede Familie garantieren werden, wozu sofort neue Bauprogramme in den städtischen wie ländlichen Gebieten zu entwickeln sind. Damit werden die Prostruktivität und Raumnot ausgerottet werden, deren soziale und moralische Folgen die geistige Armut des Volkes ist. Die Wohnungen werden aus gutem Material sein und alle hygienischen Einrichtungen, fließend Wasser und Strom haben, die für ein bequemes und gesundes Leben notwendig sind. Die Höhe der Mieten wird so geregelt werden, daß sie nicht wie heute zu einer unerträglichen Last und ständigen Drohung werden, von denen, die mit den Bedürfnissen des Volkes handeln, auf die Straße geworfen zu werden.

12) Streitkräfte: Die Regierung des Vereinigten Volkes wird unmittelbare Schritte unternehmen, um eine nationale Armee zu bilden, die die Interessen des Volkes schützt und das Vaterland verteidigt. Mit ihr als ein Repressionsinstrument in den Händen einer Familie, die es benutzt hat, um sich an der Macht zu halten, muß Schluß sein. Bei der Bildung einer Armee, aus der alle schlechten und korrupten Elemente ausgemerzt werden sollen, wird man den Rang derjenigen Offiziere respektieren, die eine aktive Haltung gegen die Diktatur einnehmen. Das pädagogische, technische und berufliche Niveau aller Soldaten ohne Rang, mittleren Ranges und der Offiziere wird angehoben werden. Die Pfründe und Privilegien der Militärs höherer und niedriger Grade werden aufgehoben werden. Dem Parasitismus innerhalb ihrer Reihen wird ein Ende gesetzt werden und man wird sie aktiv am Entwicklungsprozeß des Landes teilhaben lassen.

(Quelle: Programa del Movimiento Pueblo Unido. Coalicion Popular, Nicaragua, November 1978)

Gründungsmanifest der MPU

Nach einem langen Prozeß fruchtbarer Diskussion unter den 22 Organisationen, aus denen sich das „Komitee für die Freiheit aller politischen Gefangenen und für ein Ende der Unterdrückung“ zusammensetzt, haben wir, die unterzeichnenden Organisationen, uns geeinigt, auf dem Weg zu einem einheitlichen Kampf gegen das Somoza-Regime gemeinsam voranzuschreiten. Aus diesem Grunde sind wir zu folgendem Schluß gekommen: einen einzigen Block der Volkskräfte mit der Bezeichnung Vereinigte Volksbewegung (MPU) zu bilden.

Im Interesse der Arbeiterklasse, Bauern, Studenten und der großen Masse der Arbeiter und aller Menschen Nikaraguas betrachten wir dies als den Kristallisationspunkt der Bewegung für Aktionseinheit im ökonomischen, politischen und sozialen Kampf in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Kampfziele der Vereinigten Volksbewegung (MPU)

1. Mobilisierung des Volkes für den ersehnten Sturz des Somoza-Regimes.
2. Anhebung des Organisationsgrades und der Einheit breiter Bevölkerungskreise.
3. Unterstützung der Entwicklung der Einheit unter den revolutionären Kräften.

In der Situation der akuten Krise, in der das Somoza-Regime sich jetzt befindet, haben sich unserem Volk größere Aussichten einer revolutionären Entwicklung angeboten. Diese Anknüpfungspunkte haben sich in vielfältigen und erfolgreichen Kundgebungen manifestiert, was nicht mit der isolierten Arbeit irgendeiner Partei oder Organisation hätte erreicht werden können.

Die MPU ist sich dessen bewußt und tritt in Aktion, um die dringendsten auf die Aktionseinheit gerichteten Aufgaben zu erfüllen, mit Blick auf die Arbeiterklasse, Bauern, Studenten und andere soziale Schichten der Bevölkerung und um die politische Unabhängigkeit dieser Volksmassen im Kampf gegen die Dynastie des Diktators zu garantieren.

Wir sind davon überzeugt, daß wir mit dem Voranschreiten in der Entwicklung der Aktionseinheit, wie im 3. Punkt der oben genannten Kampfziele formuliert, dieses Treffen mit der Annahme eines vollständigen Programms und einer politischen Linie erfolgreich beschließen können, in der sich die Bildung eines festen Blocks der revolutionären

Kräfte ausdrückt.

Schließlich rufen wir das Proletariat, die Arbeiter allgemein, die Studenten und alle Bereiche und Organisationen des Volkes auf, die Reihen der MPU, der großen Front des Volkskampfes, zu füllen, die die höchsten Ziele und Hoffnungen dieses Prozesses verkörpert und die auf diese Weise volle Unabhängigkeit der Klassen, der Massenpartei und Kampforganisationen garantiert.

Managua, Nicaragua, 17. Juli 1978

Die unterzeichnenden Organisationen sind die Gründungsmitglieder der MPU:

- Kommunistische Partei Nikaraguas (PCN)
- Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN)
- Revolutionäre Studentische Front (FER)
- Marxistisch-Leninistische Studentische Front (FER-ML)
- Revolutionäre Bewegung der Arbeiter (MORE)
- Sozialistische Jugend Nikaraguas (JSN)
- Revolutionäre Jugend Nikaraguas (IRN)
- Zentrum für Gewerkschaftliche Aktion und Einheit (CAUS)
- Unabhängiger Allgemeiner Bund der Arbeit (CGT I)
- Universitätszentrum der Nationalen Universität (CUUN)
- Vereinigung der Oberschüler (AES)
- Bewegung der Oberschüler (MES)
- Studentisches Zentrum der Polytechnischen Universität (CEUPOLI)
- Organisation der Demokratischen Frauen Nikaraguas (OMDN)
- Organisation der Professoren der Rubén-Dario-Universität (APRUD)
- Arbeitendes Volk (PT)
- Nationale Union der Angestellten (UNE)
- Komitee Kampf für Gewerkschaftliche Freiheit (CLLS)
- Union der Fortschrittlichen Intellektuellen und Künstler Mittelamerikas (UIAPCA)
- Vereinigung der Demokratischen Anwälte Nikaraguas (AADN)
- Bund der Jugendbewegungen Managuas (FMJM)
- Komitee der Mütter und Familien Politischer Gefangener

(Quelle: Manifesto of Formation of the United People's Movement (MPU), Nicaragua 1978)

Neokolonialismus in der Krise?



In der gängigen entwicklungspolitischen Debatte der BRD wird der Neokolonialismus-Vorwurf in der Regel lediglich auf einzelne Praktiken und Erscheinungsformen in den Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern bezogen. Er bleibt so notwendigerweise im Symptomhaften stecken (vgl. Rezension in AIB 1/1979). Gerade unter diesem Aspekt verdient die Auseinandersetzung mit einem Buch Beachtung, das die Neokolonialismusproblematik aus der Sicht der politischen Ökonomie des Kapitalismus im historischen Zusammenhang von Entwicklung, Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems behandelt:

H. Schilling, Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, Dietz-Verlag, Berlin 1977, 127 S., 1,60 DM

Das Bändchen besticht keineswegs nur durch seinen niedrigen Preis, sondern vor allem durch die kreative Weiterentwicklung von Erkenntnissen der marxistischen Kolonialismus- und Neokolonialismustheorie in einem Ausmaß, das in der Regel von Lehrheft-Publikationen (Reihe „Politische Ökonomie des Kapitalismus“) wie der vorliegenden nicht erwartet wird. Dabei fällt nicht nur Schillings Bemühen um Präzision in der Verwendung von Begriffen auf. Lesenswert wird das Buch vor allem auch durch die anregende Periodisierung des Entwicklungsverlaufs des Kolonialsystems vom frühkapitalistischen und vormonopolistischen Kolonialismus über sein imperialistisches Stadium bis hin zum Zusammenbruch des „klassischen“ Kolonialsystems. Als besonders fruchtbar erweist sich dabei die konsequent durchgehaltene methodologische Ausgangsfrage, die Antwort auf die vielfältigen Wandlungen in den Formen der imperialistischen Vorherrschaft gegenüber der Dritten Welt in der Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu suchen. Für die im Neokolonialismus zutage tretenden Modifikationen, auf die der Schwerpunkt der Untersuchung gelegt wird, heißt dies, stringent von der Leninschen These „Das ökonomische Monopol — das ist der Kern der ganzen Sache“ auszugehen. Das Lehrheft gliedert sich in die Darstellung des Wesens und der Entwicklungsstufen des Kolonialismus (Kap. 1), den Niedergangsprozeß des imperialistischen Kolonialsystems als Grundzug und Bestandteil der allgemeinen Krise des Kapitalismus (Kap. 2), die ökonomischen Grundzüge des Neokolonialismus (Kap. 3), und schließlich die u. a. durch die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung angezeigte weitere Verteilung der Krise der Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern, die nunmehr auch ihre ökonomische Seite erfaßt (Kap. 4).

Vor dem Hintergrund der seit Nr. 7—8/1978 im AIB laufenden Untersuchung und Diskussion zum Thema BRD-Neokolonialismus soll besonders der Beitrag des Verfassers zum Neokolonialismusproblem hervorgehoben werden. Schilling definiert den Neokolonialismus als „das staatsmonopolistische System der Ausplünderung und politischen Beeinflussung der Entwicklungsländer durch das Monopolkapital und die imperialistischen Mächte, die sich ihren grundlegend veränderten Existenz- und Wirkungsbedingungen anpassen.“ (S. 55) Das **Wesen des Neokolonialismus** sieht der Verfasser in „der Realisierung des objektiven imperialistischen Drangs nach dem Kolonialmonopol unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche.“

In Anlehnung an sowjetische Wissenschaftler vertritt Schilling die These, daß die **entscheidende Formveränderung der Unterordnung der Ent-**

wicklungsländer unter die industriell entwickelten imperialistischen Zentren in der Herausbildung eines „neuen Typus der Abhängigkeit“ bestehe, „der dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in den kapitalistischen Metropolen entspricht.“ In den Vordergrund tritt „die ökonomische Herrschaft der ‚Industriemetropolen‘ über die wirtschaftlich zurückgebliebene Rohstoff-Agrar-Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft, die sich allmählich zu einer komplementären Rohstoff-Industrie-Peripherie wandelt.“ (S. 56). Auch das strategische Hauptziel der Expansion erfährt im Neokolonialismus eine Modifikation: „War es im ‚klassischen‘ Kolonialismus **unmittelbar** ökonomisch bestimmt als Maximierung des Kolonialprofits ohne jegliche Einschränkung der dazu notwendigen Mittel, so kommen im Neokolonialismus die existenziellen Aspekte der Systemerhaltung dazu und erlangen größeres Gewicht. **Strategisches Hauptziel des Neokolonialismus** ist es, ein Ausscheiden der Entwicklungsländer aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem, ihre Hinwendung zum Sozialismus zu verhindern und sie auf den Weg einer begrenzten, abhängigen kapitalistischen Entwicklung zu drängen . . . (S.57).

Aus dieser differenzierten Zielsetzung des Neokolonialismus ergibt sich ein permanenter „Zielkonflikt zwischen dem auf Systemerhaltung gerichteten imperialistischen Gesamtinteresse und dem Interesse des Einzelmonopols an der unmittelbaren Profitmaximierung.“ (S.58).

Macht man sich Schillings Neokolonialismus-Interpretation zu eigen, so erhält man einen Leitfadens für die Dritte-Welt-Politik der kapitalistischen Industrieländer, der eine differenzierte Sicht ihrer einzelnen, oftmals widersprüchlichen Maßnahmen gestattet, ohne den Blick für den Systemcharakter dieser Politik zu verlieren.

Die zweite hier zu besprechende Veröffentlichung

P. Friedländer/G. Liebscher, Neokolonialismus in der Krise, Staatsverlag der DDR, Berlin, 1978, 208 S., 12,80 DM

weist gegenüber der Arbeit von Schilling entscheidende Nachteile auf. Diese bestehen weniger darin, daß wichtige Probleme der Neokolonialismusproblematik einfach ausgeklammert werden. In den Einzelfragen, die behandelt werden, (etwa in der Analyse der Modifikation der internationalen Arbeitsteilung unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution, der neokolonialen Industrieauslagerung, der Darstellung der Leitlinien der entwicklungspolitischen Strategie der BRD usw.) gelangen die Autoren zu oft aufschlußreichen Ergebnissen. Der Informationsgehalt des Buches wird im übrigen durch einen ausführlichen Dokumentenanhang erhöht, der neben der gemeinsamen Erklärung sozialistischer Länder zur IV. Tagung der UNCTAD (die in der BRD bislang überhaupt nicht oder nur verzerrt zur Kenntnis genommen wurde) wichtige Dokumente der V. Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Colombo enthält.

Der gravierendste Einwand kann gegen die Art und Weise erhoben werden, wie die Krise des Neokolonialismus (das eigentliche Thema des Buches) behandelt wird. Im Gegensatz zu Schilling versäumen es die Autoren, das Verhältnis von Kolonialismus und Neokolonialismus sowie den Übergang vom ersteren zum letzteren näher zu untersuchen. Sie belassen es bei der banalen Feststellung: „An die Stelle des Kolonialismus trat der Neokolonialismus.“ (S. 6) Damit hängt zusammen, daß Friedländer/Liebscher den Neokolonialismus anscheinend nicht von vornherein als latent krisenhaften Zustand des Systems der imperialistischen Vorherrschaft gegenüber der Dritten Welt begreifen, wodurch die konstatierte Krise des Neokolonialismus wiederum als relativ losgelöst von der Situation des Imperialismus insgesamt erscheint, die in der marxistischen Theorie im allgemeinen mit dem Terminus „allgemeine Krise des Kapitalismus“ gekennzeichnet wird. Unklar bleibt dem Leser auch, warum der Beginn der 70er Jahre zum Beginn einer neuen Etappe, nämlich der Krise des Neokolonialismus werden mußte, eines Systems, das sich erst in den 60er Jahren (mit dem endgültigen Zusammenbruch des Kolonialsystems) definitiv herausbildete und nun schon wieder verschlissen scheint. Die Folge dieser unpräzisen Bestimmung des Neokolonialismus ist, daß dessen allgemeine Wesenszüge und die seit Beginn der 70er Jahre tatsächlich neu entwickelten Methoden und Instrumente der Beherrschung nicht mehr genau unterschieden werden können. Dadurch aber wird die Erkenntnis des historischen Entwicklungsverlaufs der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt gerade für ihre gegenwärtige Phase entscheidend erschwert.

R. Falk

Kurzinformationen

Kuba

Kuba will 3000 politische Gefangene, darunter alle weiblichen Gefangenen, freilassen. Weitere 600 Inhaftierte, die gegen die Auswanderungsgesetze verstoßen haben, sollen ebenfalls das Land verlassen dürfen. Mindestens 400 Gefangene sollen monatlich freigelassen werden. Das ist — neben der Frage der Familienzusammenführung und der Besuchsmöglichkeiten der im Ausland lebenden Menschen kubanischer Staatsangehörigkeit oder Herkunft — das Ergebnis des Dialogs zwischen Fidel Castro und 75 Vertretern der Exilkubaner aus den USA, Venezuela, Spanien, Panama und Puerto Rico Ende November in Kuba. 90 % der Gefangene hatten — so ein US-Journalist, der kürzlich Kuba besuchte — den von Fidel Castro vorgeschlagenen Dialog begrüßt. Der prominenteste Gefangene Huber Matos jedoch unterzeichnete mit 137 anderen Gefangenen am 10. 10. 1978 eine politische Erklärung, in der der Dialog als „politischer Kuhhandel“ titulierte und eine „bedingungslose Freilassung“ (Le Monde, Paris, 23. 12. 1978) gefordert wird. Denn nicht vorzeitig freigelassen werden alle Häftlinge, die außerordentlich schwere Verbrechen während der Diktatur Batistas begangen haben sowie jene, die terroristischen Gruppen angehört haben — darunter eben auch Huber Matos.

Namibia

Wie nicht anders zu erwarten ging die südafrikanische Marionettenorganisation Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA) als „Sieger“ aus der Wahlfarce von Anfang Dezember 1978 hervor. In der neuen „Verfassungsgebenden Versammlung“ verfügt sie über 41 von 50 Sitzen. Wie Beobachter unterschiedlicher politischer Richtungen feststellten, ist die Bevölkerung mit massiven Methoden der Einschüchterung zur „richtigen“ Stimmabgabe veranlaßt worden. Mit den Wahlen unter vorgehaltenem Gewehr hat das südafrikanische Kolonialregime seiner Turnhallenlösung nunmehr einen Anschein demokratischer Legitimität verliehen. Als illegal und für null und nichtig erklärten demgegenüber die UNO und die Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia (SWAPO) das Manöver. In drei am Schlußtag der 33. Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung verabschiedeten Resolutionen wird die interne Namibia-Lösung u. a. als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit gegeißelt. Der Sicherheitsrat wird dringend ersucht, umfassende und bindende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika „einschließlich eines Handels- und Ölembargos und eines vollständigen Waffenembargos“ gegen Südafrika zu beschließen. Den fünf Westmächten (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Kanada), die sich der Stimme enthielten, wird erneut vorgehalten, daß ihre diplomatischen, wirtschaftlichen und anderen Beziehungen eine Ermunterung der südafrikanischen Manöver in Namibia darstellen. Das Jahr 1979 hat die UN-Vollversammlung zum „Internationalen Jahr der Solidarität mit dem namibischen Volk“ proklamiert. Die SWAPO hat in verschiedenen Erklärungen ihres Präsidenten Sam Nujoma erneut klargestellt, daß sie „als einzige legitime Vertreterin des namibischen Volkes nur bereit ist an Wahlen teilzunehmen, die unter UNO-Kontrolle verlaufen.“ Der bewaffnete Befreiungskampf bleibt bis dahin das einzige Mittel zur Er kämpfung der Unabhängigkeit Namibias.

OPEC

Die Mitglieder der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) haben auf der Ministerratstagung in Abu Dhabi am Persischen Golf beschlossen, 1979 die Weltmarktpreise für Rohöl schrittweise anzuheben. Die Ölpreiserhöhung trat am 1. Januar 1979 mit einer fünfprozentigen Steigerung in Kraft und wird im April, Juli und Oktober voraussichtlich auf insgesamt 14, % aufgestockt werden. Dem Treffen der 13 Ölmänner waren Versuche des amerikanischen Finanzministers Blumenthal und anderer westlicher Politiker vorausgegangen, mit dem Hinweis auf die desolante Weltwirtschaftslage und die Auswirkungen auf die Inflationsrate, eine geringere Erhöhung zu bewirken. Unmittelbar nach Verkündung des OPEC-Beschlusses mußte der amerikanische Dollar — das Zahlungsmittel für Rohöl — erneute Kursverluste hinnehmen, die sich im Januar stabilisierten. Die OPEC-Staaten mußten durch die in den Industrieländern produzierte Inflation und die andauernde Dollarabwertung seit Anfang 1977 einen Kaufkraftverlust von 37—53 % hinnehmen (Financial Times, London, 15. 12. 1978); ihre Industrialisierungsprogramme sind damit gefährdet. Demgegenüber kostet die Tonne Rohöl nach gegenwärtigen Wechselkursen auf dem Weltmarkt kaum mehr als 1974. Die Preise für Benzin und Heizöl liegen jedoch heute weit höher als damals. Dies erklärt die steigenden Profite der Multis in dieser Branche, die nunmehr neuerliche Preissteigerungen als zwingend notwendig angekündigt haben.

Algerien



Der Tod Houari Boumediennes am 27. Dezember 1978 ist ein schwerer Verlust für die algerische Revolution und die arabisch-afrikanische Befreiungsbewegung. Der 53jährige Boumedienne starb nach einem fünf-wöchigen Koma an einer Blutkrankheit. Seit den Anfängen des — 1954 eröffneten — Befreiungskrieges der Nationalen Befreiungsfront Algeriens (FLN) stand der Sohn eines armen Landpächters mit an der Spitze der gegen die französische Kolonialherrschaft kämpfenden Guerillaverbände. 1960 wurde er zu ihrem Generalstabschef ernannt, eine Funktion, die er nach Erringung der Unabhängigkeit im Juli 1962 als Verteidigungsminister und erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten Ben Bella weiter innehielt. Seit Ben Bellas Sturz am 19. Juni 1965 führte er als Staatspräsident, Präsident des neugeschaffenen Revolutionsrates und FLN-Vorsitzender die sozialistisch orientierten Umwälzungen in der Demokratischen Volksrepublik Algerien (siehe AIB 1/1977) an. Federführend war er an der Erarbeitung und Umsetzung der Nationalcharta und neuen Verfassung (1976) beteiligt, die nach seiner Auffassung in die Formierung der FLN zu einer avantgardistischen Partei münden sollte. Eine hervorragende Rolle spielte Boumedienne auch bei der antiimperialistischen Profilierung der Nichtpaktgebundenen, der Unterstützung des palästinensischen und westsaharaischen Befreiungskampfes, zuletzt bei der Schaffung der Arabischen Front der Standhaftigkeit gegen die amerikanisch-ägyptisch-israelische Separatpolitik. Zwischenzeitlich leiteten der achtköpfige Revolutionsrat und die Nationalversammlung verfassungsgemäße Schritte für die Wahl eines neuen Staatspräsidenten ein. Die Benennung eines Kandidaten wird von dem zum 25. Januar anberaumten FLN-Kongress erwartet. Der algerische Revolutionsrat, aus dessen Reihen er kommen dürfte, bekräftigte in einer Grundsatzerklärung vom 3. 12. 1978 seine Verpflichtung „auf die Nationalcharta und die sozialistische Option“ (Afrique Asie, Paris, 11. 12. 1978).

USA—China

Am 1. Januar 1979 erfolgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China als vorläufiger Höhepunkt und konsequente Fortführung der mit Beginn der 70er Jahre einsetzenden Annäherung zwischen beiden Staaten. Dieser diplomatische Akt ist wesentlich Veränderungen in der Politik der Pekinger Führung geschuldet, die durch eine zusehends offenere Frontstellung gegen die sozialistischen RGW-Länder und Befreiungsbewegungen sowie durch wirtschaftlich-militärische Kooperation mit den imperialistischen Hauptmächten (siehe zuletzt den Vertrag mit Japan) gekennzeichnet ist. Das große „Nachsehen“ hat hierbei der bisher umhete Schützling der USA, die nationalchinesische Regierung Taiwans, zu der Washington nun alle Verbindungen bis auf die nichtamtlichen Handels-, Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen einstellte und den militärischen Beistandspakt aufkündigte. Dieses Zugeständnis der USA an die VR China hat zur Folge, daß von nun an das Verhältnis China—Taiwan als „innerchinesische“ Angelegenheit betrachtet wird. Welches Ziel die als „Normalisierung der Beziehungen“ deklarierte Politik verfolgt, drückte jüngst unmißverständlich der Leiter des chinesischen Konsulats in den USA Tschai Tse-min aus, der ihr „eine aktive Rolle im Kampf gegen Expansionismus und Aggression des Hegemonismus“ zuschrieb (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 1. 1979). Was hierunter zu verstehen ist, zeigt die chinesische Drohpolitik gegen die SR Vietnam.

Pinochets unperfekte Verbrechen

Das letzte Vierteljahr 1978 war in Chile reich an Ereignissen, die den wachsenden Widerstand und die zunehmende Schwächung der Diktatur bewiesen. Man schritt langsam aber sicher auf dem Weg der Bildung der notwendigen breiten antifaschistischen Front voran.

Am 6. September 1978 übergaben zwei Gewerkschaftszentralen — das Nationale Gewerkschafts-Koordinationskomitee und die Einheitsfront der Werktätigen — Pinochet ein Dokument, in dem Lösungen für die Probleme der Arbeiter und die Rückkehr zu einem demokratischen Regierungssystem gefordert wurden. Dieses Dokument (im Wortlaut in: Chile-Info des ASK, Frankfurt/M., Nr. 3/1978, S. 13—28), das Gewerkschaftsführer der Unidad Popular, Christdemokraten und Sozialdemokraten unterzeichnet hatten, drückte den einheitlichen Geist und die Kampfbereitschaft der chilenischen Werktätigen aus und markierte den Höhepunkt einer Periode wichtiger Massenaktionen, von denen besonders der Streik in der Kupfermine Chuquicamata (siehe AIB 11—12/1978) großes Aufsehen erregte. Es wurde einmal mehr deutlich, daß es auch nach fünf Jahren Terrorherrschaft der Diktatur nicht gelungen war, die Gewerkschaftsbewegung in die Knie zu zwingen (vgl. I. Ljubetić, Chiles Arbeiter im Widerstand, Frankfurt/M. 1978).

Pinochet reagierte mit weiteren Repressionsmaßnahmen. Am 20. Oktober 1978 gab sein Innenminister die Auflösung von sieben Gewerkschaftsverbänden bekannt, die 526 Einzelgewerkschaften mit über 400 000 Mitgliedern umfassen. Eine Woche später, am 27. Oktober verkündete sein Arbeitsminister die Auflösung aller Gewerkschaftsvorstände im privaten Sektor und rief zu „Neuwahlen“ auf, die vier Tage später stattfinden sollten. Bei dieser Wahlfarce haben etwa 400 000 der 1 1/2 Mio gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten annähernd 7 500 Gewerkschaftsführer gewählt. Kein zuvor amtierender Gewerkschaftsführer durfte kandidieren (auch nicht die, die von der Junta selbst eingesetzt worden waren), sowie niemand der in den letzten zehn Jahren Gewerkschaftsführer gewesen war oder irgend einer politischen Partei angehört hatte. Es wurden keine Kandidatenlisten aufgestellt. Fast 1 Mio Arbeiter durften sich an den Wahlen nicht beteiligen, unter ihnen auch die 400 000 der sieben aufgelösten Gewerkschaftsverbände.

Diese Maßnahmen stießen auf die Ablehnung der großen Mehrheit der Chilenen. Sie wurden u. a. von fast allen Gewerkschaftsführern (sogar von einigen Anhängern der Junta), von der Katholischen Kirche und von allen demokratischen politischen Parteien verurteilt. Entsprechend war auch die Reaktion der Weltöffentlichkeit. Sogar die Regionale Interamerikanische Organisation der Werktätigen (ORIT), die eine klare antikommunistische Haltung einnimmt, beschloß in ihrer Versammlung vom 26. bis 19. November in Lima den Boykott aller Waren von und nach Chile.

Die Diktatur versuchte diesen Boykott zum Anlaß zu nehmen, um bestimmte Kreise auf ihre Seite zu ziehen. Sie startete eine aufwendige nationalistische Propagandakampagne und rief zu einer Kundgebung gegen den Boykott auf. Diese wurde ein totaler Mißerfolg. Nach Angaben der faschistischen Polizei versammelten sich 6 000 Menschen. In Wirklichkeit waren es weit weniger. Dabei ist zu bedenken, daß während der Volksregierung bis zu 1 Mio Menschen allein in Santiago zusammenkamen, um ihre Unterstützung für die Regierung auszu-drücken. Es kann nicht mehr verschleiert werden, daß die Faschisten keinerlei Massenrückhalt haben.



Leidentundort bei Santiago

Dafür findet Pinochet seine Helfershelfer außerhalb der Landesgrenzen. Das faschistische Sprachrohr El Mercurio informierte am 15. 11. 1978: „Mit dem Ziel, dem Präsidenten der Republik, General Augusto Pinochet, eine persönliche Botschaft des bayrischen Ministerpräsidenten und Führers der deutschen Christdemokratie, Franz-Josef Strauß, zu übergeben, sowie um die Einzelheiten eines Projekts zur gewerkschaftlichen Schulung der neuen, kürzlich gewählten Gewerkschaftsführer im Privatsektor zu besprechen, ist der Generalbevollmächtigte der Hans-Seidel-Stiftung für gewerkschaftliche Fragen, Siegfried Lengl, in Chile eingetroffen“. Im gleichen Moment, da Pinochet den Arbeitsorganisationen in Chile neue Schläge versetzte, wurde sein Außenminister in Peking mit großer Herzlichkeit empfangen und neue Handelsabkommen zwischen der VR China und Chile unterzeichnet.

Die Öffentlichkeit in Chile und in der Welt, durch die ständigen mutigen Aktionen der Angehörigen der Verschwundenen über dieses dramatische Problem informiert, wurde durch zwei Nachrichten erschüttert. Am 9. November gab das Ständige Komitee des Chilenischen Episkopats eine Erklärung heraus, in der es u. a. hieß, daß „die Personen, die Verschwundene-Verhaftete genannt werden und die mehrere hundert sind, mit einigen möglichen Ausnahmen unserer Ansicht nach von den Sicherheitsdiensten der Regierung verhaftet wurden ... Wir bedauern, erklären zu müssen, daß wir auch zur Überzeugung gekommen sind, daß viele wenn nicht alle Verschwundenen-Verhafteten außerhalb der Gesetze umgekommen sind.“ (El Mercurio, 10. 11. 1978). Am 1. Dezember erstattete das Vikariat der Solidarität der Katholischen Kirche vor dem Obersten Gerichtshof Anzeige über die Entdeckung eines Massengraves in einem verlassenen Kalkbergwerk in der Nähe von Santiago.

Spektakuläre Leichenfunde

Auf die Existenz dieses Massengraves hatte ein Militär bei der Beichte hingewiesen und sich damit einverstanden erklärt, daß die Katholische Kirche eine Untersuchung einleitet. Bei den Ausgrabungen fand man die verwesenen Reste von mindestens 27 Menschen. Zahlreiche leere Kugelhülsen lagen in der unmittelbaren Umgebung und an einer Mauer waren deutliche Spuren von Einschüssen zu sehen. Wenige Tage später informierte die Kirche über einen weiteren geheimen Friedhof. Er befindet sich auf dem Weg zwischen Santiago und Valparaiso.

Niemand zweifelt daran, daß es sich bei den gefundenen Leichen um einige der von der Junta verschleppten und seitdem verschwundenen Patrioten handelt. Langsam beginnt sich der Schleier zu lüften von dem, was Pinochet als das perfekte Verbrechen geplant hatte.

Ab September 1978 kam es an den chilenischen Universitäten zu mehreren Protestbewegungen der Studenten. Einen Höhenpunkt markierte der viertätige Streik (13.—16. 11.) in der Theologischen Fakultät der Katholischen Universität in Santiago als Protest gegen die Ausweisung von zwei Studenten. Er wurde durch eintätige Solidaritätsstreiks der Studenten der Abteilungen für Philosophie, Geschichte und Sozialarbeit unterstützt. An dieser Studentenbewegung beteiligten sich alle demokratischen Richtungen.

Ähnliches kann man von der Kommission der 24 sagen, die ein Verfassungsprojekt ausarbeitet, als Alternative zum faschistischen Machwerk. In der Kommission finden sich Konservative bis hin zu Kommunisten.

Die Kritik der Katholischen Kirche der Junta gegenüber wird immer entschiedener und härter. Zu ihren vielen Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte in Chile gehört auch ein Symposium, das vom 22.—25. November in der Kathedrale in Santiago stattfand, und an dem sich etwa 2 000 Chilenen und 100 ausländische Gäste beteiligten. Es endete mit lauten Rufen nach „Freiheit, Freiheit!“, „Brot, Gerechtigkeit und Freiheit!“.

1978 endete mit der Verurteilung der Verbrechen Pinochets durch die XXXIII. Vollversammlung der UNO mit 96 gegen 7 Stimmen. Es war der Beweis für das Scheitern der vielen Bemühungen der Faschisten und ihrer Komplizen, das blutige Antlitz der Diktatur unter demagogischer Schminke zu verbergen. Es war ein neuer Erfolg der internationalen Solidarität, die den Kampf des chilenischen Volkes unterstützt, und wird für den Tyrannen sehr negative Folgen haben.

I. Ljubetić